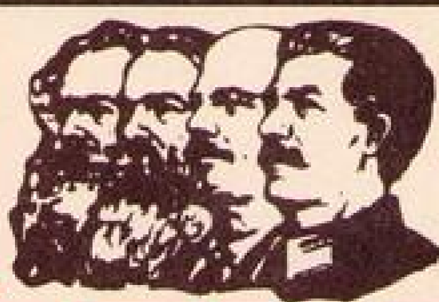
1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 19 vom 13. Mai 1983 — 17. Jahrgang — 1 DM

Die Hungerrebellion von Sao Paulo

Fakten, Hintergründe, Interviews:

Seiten 8 und 9



„Stern"-Schnuppe

Sie stand unter keinem guten Stern, die „Tagebuch"-Geschichte der Hamburger Illustrierten. Aber genug der Wortspiele.

Es kam so, wie der „Rote Morgen" bereits vor der endgültigen Aufklärung über die Fälschung geschrieben hatte: Die Geschichte erwies sich als Flop, die Bauchlandung des „Stern" forderte mit Koch, Schmidt und Heidemann erste Opfer.

Jetzt will der „Stern" die Geschichte der Fälschung bringen. Schließlich will man weiter Geld verdienen. Nun ja — wenn rückhaltlos aufgedeckt wird, wie sich die Geschichte im einzelnen abspielte, ist das sicher von Interesse.

Vorerst wird noch spekuliert, wo die Quelle zu finden sei. Henri Nannen, jetzt selbst wieder Chefredakteur, will eines schon wissen: Sie liegt nicht rechts, nicht bei den Nazis, nicht in Südamerika. Eher schon in der DDR. Welche Eingebung den Quellenforscher leitet, bleibt (noch) im Dunkeln.

Fest steht jedenfalls: Redakteur Heidemann war gut Freund mit den Nazi-Verbrechern vom Schlage Barbies, dem er ja, wie nun bekannt, weitere Freundschaftsdienste angeboten und von dem er vielleicht seinerseits solche noch erwartet hat. Er hätte sich verdienter gemacht, bei ihrer Ergreifung zu helfen, aber hier gilt wohl der Ehrenkodex der Krähen.

„Keine politischen Hintergründe" vermutet Nannen, eher „finanzielles Interesse". Das finanzielle Interesse der „Stern"-Führung (und wem will Nannen weißmachen, er habe von allem nichts gewußt?) war zumindest so groß, daß dafür eine großzügige Unterstützung der heutigen Nazi-Kreise in Kauf genommen wurde.

Daß es beim „Stern" auch Journalisten geben mag, denen das Ganze aus ehrlichen Motiven schwer im Magen liegt, soll nicht bezweifelt werden. Nur Müll hat die Zeitschrift ja nicht geschrieben, und in die generelle Anti-„Stern"-Front sollte man sich nicht gemeinsam mit der „Bild"-Zeitung stellen. Aber Leuten, die aus Profit- und Sympathiegründen die Nazi-Umtriebe fördern, muß das Handwerk gelegt werden.

Soll die Kraft der Warnstreiks verpuffen?

Bis zum Äußersten seien die öffentlichen Arbeitgeber gegangen mit ihrem — inoffiziellen — 2,3-Prozent-Angebot an die ÖTV. Eben weil dies kein offizielles Angebot gewesen sei, habe die Gewerkschaft das Scheitern der Verhandlung erklärt, antwortete ein ÖTV-Sprecher im Gegenzug. Auch bei der ÖTV, wie schon zuvor bei der IG Metall — auch teilweise bei den Stahlarbeitern — hatte sich eine Kampfbereitschaft, die größer als von manchem erwartet war, in zahlreichen Warnstreiks gezeigt. Soll dies der Schlichtung überlassen werden? Oder werden die nötigen Vorbereitungen für einen echten Kampf, der für diese Regierung ein schwerer Schlag sein könnte, getroffen?

Beispielhaft heißt es in einem Bericht aus Karlsruhe, (den wir in unserer nächsten Ausgabe veröffentlichen werden), daß Funktionäre der ÖTV nach den Warnstreiks vom 5. Mai gesagt hätten, jetzt könne man schnell einen besseren Abschluß durchsetzen. Einmal dahingestellt, ob dies eine Fehleinschätzung oder eine bewußte Irreführung war, falsch ist diese Aussage auf jeden Fall, was schon die weitere Entwicklung zeigt.

Ohne Zweifel: Daß sich über 100 000 Kolleginnen und Kollegen an diesen Warnstreikaktionen beteiligten, ist ebenso ein positives Zeichen, wie es die 700 000 Metaller waren, die sich bei der IGM beteiligt hatten.

Aber: Schaut man sich als konkretes Beispiel einmal eine solche Streikaktion wie die der Stahlarbeiter bei Phoenix (Hoesch) in Dortmund an, kann man leicht sehen, wo die Schwierigkeiten liegen. Dort beteiligten sich mehrere Hundert Kollegen aktiv am Warnstreik und zogen auf die Straße und ließen sich auch von rechten Betriebsräten nicht davon abhalten, eine Straßenkreuzung zu besetzen und anschließend eine Protestdemonstration durch Hörde zu machen. Andererseits: daß es nur ca. 400 waren, liegt nicht nur — aber auch — daran, daß rechte Betriebsräte nicht mobilisierten, sondern auch daran, daß Kollegen nicht einsahen, für 2,.. Prozent sich zu engagieren. Daß es für sie einen „Krisenabschlag" geben würde, meinte sie, wäre sicher.

Eine naheliegende und auch eigentlich verständliche Meinung. Die natürlich „nur" übersieht, daß bei noch weniger demonstrierter Kampfbereitschaft noch weniger dabei herauskommt und auch, daß es nur die Unternehmer sind (und vielleicht einige besonders stramme „Sozialpartner"), die sich über Resignation freuen.

Diesen ganze Bedingungen entsprechen auch die Nachrichten, die aus der jüngsten Stuttgarter Verhandlungsrunde im öffentlichen Dienst herausdringen: Während von Gewerkschaftsseite betont wird, es gäbe keine Annäherung, wird von Staatsseite her gesagt, es gehe nur noch um Nuancen — ob wahr oder nicht, aufgrund des bisherigen Verlaufs mehr als geeignet, Unsicherheit zu säen.

Bei Erscheinen dieser Zeitung kann das alles schon gelaufen sein — dann aber muß man davon ausgehen, daß der Versuch, gerade anhand der ÖTV die Gewerkschaften weiter in die Defensive zu drängen auch — zumindest in großen Teilen — gelungen ist. Was nicht so hätte kommen müssen. Auch wenn man nicht ganz schematisch von „kampfbereiter Basis gegen abwürgenden Vorstand" ausgeht. Sondern wenn man nur die Kraft beurteilt, die sich in den von den Vertrauensleutekörpern organisierten Warnstreikaktionen gezeigt hat.



Blüms neuester Vorstoß:

Nachtschicht für Lehrlinge?

Schon seit langem fordern die Unternehmer den Abbau sogenannter ausbildungshemmender Maßnahmen. Nachdem jetzt die Wunschregierung des Kapitals im Amte ist, sollen die Wünsche der Unternehmer auch schnell erfüllt werden. Mit anderen Schutzbestimmungen soll auch das Nachtarbeitsverbot für Jugendliche aufgehoben werden.

Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm (CDU) nutzt für diesen Vorstoß die zum Himmel schreiende Jugendarbeitslosigkeit aus. Nach Berechnungen des DGB werden dieses Jahr 270 000 Jugendliche ohne schulische oder betriebliche Berufsausbildung sein. Da — so spekuliert der Minister — wird ein arbeitssuchender Jugendlicher jede Stelle annehmen, und seien die Arbeitsbedingungen noch so schlecht.

Noch in diesem Jahr, pünktlich zum Ausbildungsbeginn im Herbst soll ein Gesetz durch sein, daß die „ausbildungshemmenden Vorschriften" für die Unternehmer beseitigt.

Hauptpunkte des Angriffs auf die Rechte der jugendlichen Arbeiter, die die Gewerkschaften in Jahrzehnten erkämpften, sind die Lockerung der Arbeitszeitbestimmungen und die Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes. Das sollte zunächst nur für Betriebe wie etwa Bäckereien teilweise aufgehoben werden. Jetzt sagte Blüm, es müsse ganz wegfallen, weil in den Nachtstunden Tätigkeiten fallen würden, „die für die Ausbildung wesentlich sind". Ferner sollen in dem neuen Gesetz auch Bestimmungen geschaffen werden, die die Schichtarbeit für Auszubildende und Jungarbeiter ermöglichen.

Das rigorose Durchsetzen dieser Bestimmungen durch die CDU/FDP-Regierung dient allein der Profitmacherei der Unternehmer auf Kosten der Gesundheit der Jugendlichen.

US-Truppen nach Costa Rica?

Nicaragua soll eingekreist werden

Reagan verschärft seinen Kurs weiter

Nur eine Woche nachdem zum ersten Mal reguläre Einheiten der Armee von Honduras den Überfällen der reaktionären Banden auf Nicaragua Feuerschutz gaben, wird jetzt auch in einem anderen Nachbarstaat voll zum Krieg mobilisiert: Costa Rica fordert den Schutz seiner Nordgrenze. Dort liegt Nicaragua.

Der Hilferuf aus San José ging, wie nicht anders zu erwarten war, nach Washington, wo er auf offene Ohren stieß. Jemand, der sie zu Hilfe rief haben die imperialistischen Großmächte bisher noch immer gefunden, warum also nicht auch in Costa Rica. Denn allein die Überlegung, warum gerade jetzt dieser Hilferuf kommt, und nicht schon früher, macht klar: Jetzt, wei es zum gegenwärtigen Zeitpunkt genau in die Politik der Eskalierung der Kriegshandlungen gegen Nicaragua paßt, die die USA akut betreiben.

Sicher würden sie mit Truppen kommen, wenn man sie ruft, betonten die Kriegsstrategen des Pentagon. Die „zweite Front" gegen die revolutionäre Regierung in Managua ist hiermit eröffnet worden. Die Gefahr eines offenen Interventionskrieges, wie er gegen El Salvador faktisch schon länger begonnen hat, steht nun auch für Nicaragua. Die Verlegung amerikanischer Truppen nach Costa Rica jedenfalls wäre ein entscheidender Schritt zur von Reagan angedrohten „Entscheidungsschlacht".

Amis raus aus Costa Rica! Hände weg von Nicaragua!



Mobilmachung in Managua im März 81 — schon damals war die Gefahr eines Überfalls vorhanden, heute um so mehr

„. . . bis hin zum Generalstreik"

Zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung sind Vorbereitungen zu treffen zu Streikmaßnahmen „bis hin zum Generalstreik", und diese sind im Falle der Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen auch durchzuführen. Dazu forderte der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst in einer ohne Gegenstimme angenommenen Entschließung den DGB-Vorstand auf.

Ein richtiger und lebenswichtiger Schritt, der hier gewiesen wird. Er muß vor allem durch die großen Industriegewerkschaften aufgegriffen und im DGB durchgesetzt werden.

Ähnlich wie die Kunst-Gewerkschafter — denen bisher von Seiten der DGB-Führung nur eine „Beratung" über die Angelegenheit zugesagt wurde — äußerten sich die Druckgewerkschafter am vergangenen Wochenende in Bayern, ohne von „Generalstreik" zu sprechen. Wichtig auch hier: Nicht die Frage nach der formalen juristischen Absegnung solcher Kampfschrittte stand für die Gewerkschafter im Vordergrund, sondern das Arbeiter- und Gewerkschaftsinteresse. „Wenn es zulässig ist, beim Tod von Hanns-Martin Schleyer die Arbeit niederzulegen . . ., so sollte man sich jetzt nicht irre machen lassen", erklärte ein DruPa-Sprecher. So muß es sein!

Volle gewerkschaftliche Rückenstärkung erfordert im übrigen auch das Bemühen, eine Volksbefragung gegen die Raketenstationierung durchzusetzen.

Mehr dazu auf Seite 2.

Bündnisverhandlungen zur Bremer Bürgerschaftswahl:

Stellungnahme der KPD

Auf die Vorbereitungen zu den Bürgerschaftswahlen in Bremen (Herbst 1983) richtet sich bundesweit das Interesse linker und fortschrittlicher Kräfte. Dies vor allem, weil sich dort mit dem Betrieblich-Alternativen Bündnis eine breite, von Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären getragene Liste gebildet hat, die besser als bisherige Versuche dieser Art einen linken Zusammenschluß bei Wahlen darstellt.

Die Ortsgruppe Bremen der KPD hat kürzlich eine neue Stellungnahme zu den Bündnisverhandlungen für die Bürgerschaftswahlen abgegeben, die wir im folgenden im vollen Wortlaut veröffentlichen:

Aus den Stellungnamen von Sprechern der Grünen sowie aus den Ergebnissen der Bemühungen zwischen BAB, Grünen und Alternativen muß leider geschlossen werden, daß die Grünen an einer gemeinsamen Kandidatur im Herbst nicht interessiert sind. Wir finden das bedauerlich, obwohl wir mit den Grünen in ganz wesentlichen inhaltlichen Punkten nicht übereinstimmen. So haben die Grünen in ihren „Grundpositionen zur Bürgerschaftswahl '83" („Krokodil", Nr. 2) einmal mehr die These in den Mittelpunkt gestellt, daß der Mensch und die industrielle Produktion an sich die Ursachen der gegenwärtigen Krisen und Kriege bilden. Wir sind der Ansicht, daß dies falsch ist.

Es ist die kapitalistische Anwendung der industriellen Technik — und das heißt, ihre Anwendung nur im Hinblick auf die Profitsteigerung der Kapitalisten — die Natur und Arbeitskraft auf immer abscheulichere Art und Weise zerstört. Und wir sind auch der Ansicht, daß als Hauptkraft nur die Arbeiterklasse in der Lage ist, diese Ausbeutungsverhältnisse zu beenden und die moderne Technik zur Erhaltung und Verbesserung der menschlichen und natürlichen Lebensverhältnisse einzusetzen. Wer aber Kollegen aus den Betrieben, die sich im BAB organisiert haben, weil sie der Arbeiterklasse einen anderen Stellenwert beimessen als die Grünen, als „abgetakelte Sphäre" bezeichnet, „die von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung mit Recht mit Mißtrauen angesehen wird", dem ist offensichtlich das Zustandekommen eines fortschrittlichen Wahlbündnisses in Bremen unter Beteiligung klassenkämpferischer Betriebskollegen ein Dorn im Auge. Dabei hat gerade die BAB-Veranstaltung in der Stadthalle gezeigt, welche positive Resonanz das BAB bereits nach kurzer Zeit in Teilen der bremischen Öffentlichkeit erringen konnte. In der letzten Zeit haben die Massenaktionen Tausender von Arbeitern in Bremen wie im ganzen Bundesgebiet deutlich gemacht, welche entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft der Arbeiterklasse zukommt. Es ist daher objektiv eine Stärkung der reaktionären Kräfte in unserem Land, wenn man wie die Grünen die Herstellung einer breiten fortschrittlichen Front davon abhängig machen will, daß die klassenkämpferischen Kollegen aus Betrieb und Gewerkschaft lediglich als Aushängeschild für Grün '83 funktionieren dürfen.

Die KPD würde eine solche Schwächung der fortschrittlichen Kräfte in Bremen bedauern, hofft aber, daß in dieser Angelegenheit vielleicht das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Unsere Haltung zur Frage der Zusammenarbeit mit Genossen der DKP

Es ist bekannt, daß die KPD in einer Reihe wesentlicher Fragen Positionen vertritt, die mit den Standpunkten der DKP unvereinbar sind. So können wir die UdSSR oder die DDR nicht als Beispiele für sozialistische Staaten ansehen. Wir sind der Ansicht, daß in der DDR die Arbeiterklasse nicht mehr über die demokratischen Rechte verfügt, die für den Aufbau des Sozialismus notwendig sind (Streikrecht, Versammlungsfreiheit u.a.); wir lehnen die Zunahme und Konzentration von Privilegien aller Art (hohe Gehälter, Exquisit-Läden, Datschen u.a.) in den Händen einiger weniger ab. Wir meinen, daß der Sozialismus nicht in einem Klima von Angst, Duckmäusertum und karrieristischer Anpassung gedeihen kann. Wir sind auch dagegen, andere Länder zu überfallen oder zu besetzen, wenn einem dort die innere Entwicklung nicht paßt.

Hier in der BRD aber stehen wir jeden Tag mit den Kollegen der DKP im gleichen Kampf gegen den Unternehmer, gegen Reaktion, Faschismus und Kriegsvorbereitung. Und wenn sich daraus gemeinsame Kämpfe, Aktionen und Bündnisse ergeben oder herstellen lassen, so wäre es unverantwortlich, nicht alles zu tun, dies auch in die Praxis umzusetzen.

Hier müssen wir Lehren aus der Geschichte ziehen; gerade der 50. Jahrestag der Nazibesetzung der Gewerkschaftshäuser muß Mahnung und Ansporn sein, die Spaltung der Arbeiterklasse im gemeinsamen Kampf zu überwinden. Daher sind wir nicht damit einverstanden, wenn die Bedingungen in der DDR, Polen oder Afghanistan angeführt werden, um damit eine Ausgrenzung der DKP-Kollegen aus dem Bündnisspektrum für die bremischen Bürgerschaftswahlen oder aus dem BAB herbeizuführen. Das ist unserer Ansicht nach spalterisch und dient lediglich der Stärkung der reaktionären Kräfte. Wenn Differenzen auftreten sollten, so müssen sie unter den fortschrittlichen Kollegen und Organisationen in solidarischer Weise behandelt und nach Möglichkeit gelöst werden.

Das BAB stellt eine positive Entwicklung dar

Das Zustandekommen des BAB in Bremen ist ein großer Fortschritt. Wir würden es begrüßen, wenn eine Einigung zur Wahl zwischen dem BAB und den alternativen Gruppen zustande kommt, auch wenn die Grünen alleine kandidieren wollen. Die KPD würde das Bündnis in einem solchen Falle unterstützen und alle Überlegungen mit Ziel einer eigenen Kandidatur zurückstellen. Damit die Wahl und die weitere Arbeit des BAB möglichst erfolgreich verlaufen, ist unserer Ansicht nach eine Verstärkung der Orientierung der Arbeit auf die Kollegen in den Betrieben, und das heißt vor allem zu den sozialdemokratisch beeinflußten Arbeitern, notwendig. Die Veranstaltung in der Stadthalle hat hier bereits inhaltlich in die richtige Richtung gewiesen. Wir müssen den gemeinsamen Kampf gegen die Wende in Bonn in den Mittelpunkt unserer Bemühungen um die sozialdemokratischen Kollegen stellen. Auch in Bremen sollte daher die SPD nicht als der Hauptfeind in der aktuellen politischen Lage hingestellt werden. Auch jetzt, wo die ersten BAB- und SPD-Mitglieder aus der SPD ausgeschlossen wurden, sollten wir die sozialdemokratischen Arbeiter nicht vor den Kopf stoßen, sondern die Gemeinsamkeiten im Kampf mit ihnen suchen, sie vom einheitlichen Vorgehen gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Rüstungswahnsinn überzeugen und die SPD-Führer daran messen, wie sie sich in diesen Kämpfen verhalten. Wir sind sicher, daß dann in zunehmendem Maße klassenkämpferische Kollegen aus der Sozialdemokratie den Kampf gegen das Kapital auch organisiert unterstützen werden.

SS und ANS in Bad Hersfeld

Stoppt die Nazis!



Das leider bereits traditionelle Treffen von alten SS-Faschisten in Bad Hersfeld soll dieses Jahr angereichert werden durch starke Teilnahme der neuen Nazi-Bewegung: Terroristenchef Kühnen hat sein Kommen ebenso angesagt wie Nazi-Rockergruppen wie MC National und Stander Greif. Auch direkt faschistische Polizeibeamte (NPD-Mitglieder usw.) werden, so heißt es, „rein privat" und in Zivil, zum Nazi-Treffen kommen. Sie erhoffen sicher nicht zu Unrecht wie alle Nazis den Schutz durch Polizeitruppen in Uniform.

Der DGB hat ebenso wie zahlreiche antifaschistische Organisationen zur Gegenaktion aufgerufen. DGB-Landesbezirksvorsitzender Richert sagte am 1. Mai zu den Umtrieben der Nazis: „Treten wir gegen sie an! Dieses Bundesland Hessen darf nicht zum Aufmarschplatz von Neonazis und Demokratieheuchlern werden".

Nun denn, angetreten! Zum Beispiel am 21. Mai in Bad Hersfeld. Als Treffpunkt für die antifaschistische Demonstration wird der LOMO-Parkplatz am Stadteingang angegeben, Zeit: 11 Uhr. Mehrere DGB-Kreise organisieren Busse nach Bad Hersfeld, zum Beispiel Frankfurt — Karten bei Kollegen Krodel (0611) 2684210 und Main-Kinzig, Abfahrt 8 Uhr vom Freiheitsplatz in Hanau.

Wir rufen unsere Leser aus diesem Raum auf, sich an den Protestaktionen zu beteiligen.

Das Volk befragen

Bundeskanzler Kohl ist mächtig stolz auf seine satte Mehrheit bei den Bundestagswahlen und nimmt sie als Ermächtigung zur rücksichtslosen Verwirklichung aller politischen Ziele der Union. Auch der rüstungspolitischen. Also auch der „Nachrüstung".

Mit scharfer Ablehnung wird allerdings ein Ansinnen gestraft, das in immer stärkerem Maße von einem immer breiteren Kreis von Persönlichkeiten und Organisationen erhoben wird: Vor dem Vollzug der „Nachrüstung" das Volk zu befragen, ob es damit einverstanden ist — geht es doch um sein Überleben.

Als vor einigen Monaten der Verfassungsrichter Simon von der Notwendigkeit — und von der verfassungsrechtlichen Möglichkeit — einer solchen Befragung sprach, spuckten besonders die Sprachrohre der Strauß-Partei Gift und Galle. Simon sei als Richter eigentlich nicht mehr tragbar, hieß es da. Gegen „plebiszitäre Einflüsse" wurde gehetzt, die habe man sich mit dem herrschenden Modell der repräsentativen parlamentarischen Demokratie doch ausdrücklich verbeten. Wo kämen wir hin, wenn der Pöbel die unabhängigen Parlamentarier mit seiner unausgegorenen Meinung unter Druck setzen wolle. Es reicht schon, daß er alle vier Jahre zur Wahlurne gehen darf.

Aber damit ist der Gedanke nicht vom Tisch. Im Gegenteil. Auf der Konferenz der Friedensbewegung vor einigen Wochen wurde darüber diskutiert, Gruppen wie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz erheben diese Forderung mit Nachdruck. Vor einigen Tagen erklärte Professor Hoimar von Ditfurth bei der Vorstellung eines Friedensaufrufes, in dem mehr als 1000 Westdeutsche Naturwissenschaftler den Stopp der Nachrüstung fordern, er und viele seiner Kollegen seien ebenfalls für diese Volksbefragung.

Wir halten diesen Gedanken für gut. Er zwingt auch die Politiker, deutlicher Farbe zu bekennen. Wer sich weigert, in einer derartig existentiellen Frage die Meinung des Volkes zu hören — auch nach einer Wahl, bei der sie notwendigerweise nur eine von vielen war und viele Menschen ihre Meinung hierzu offensichtlich zurückgestellt haben und von allem ihrer „Aufschwungs"-Hoffnung Ausdruck gaben — der kann es wohl nicht ernst meinen mit seinem Anspruch, das Wohl des Volkes im Auge zu haben.

Das gilt vor allem für die Regierung. Aber auch die Oppositionspolitiker werden hier klarer zu zeigen haben, wozu sie wirklich bereit sind. Um einer solchen Befragung die notwendige Öffentlichkeit zu sichern, wäre es sicher am allerbesten, sie würde offiziell in Gang gesetzt. Über den Bundestag. Die Abgeordneten der Grünen, zusammen mit den SPD-Politikern, die sich gegen die „Nachrüstung" ausgesprochen haben, sind hier gefordert, eine entsprechende Initiative einzubringen. Dabei geht es auch um ihre Glaubwürdigkeit.

Die KPD wird sich mit dafür einsetzen, daß die Volksbefragung zustande kommt und durchgeführt wird.

Zu Regierungserklärung und anschließender Bundestagsdebatte wurde schon viel gesagt und geschrieben, und auch der „Rote Morgen" wird sich noch ausführlicher dazu äußern müssen.

Registriert man das erste Echo auf Kohls Rede, so kann man dies mit einer durchgehenden Bewertung zusammenfassen: Unzufriedenheit.

Unzufrieden waren Franz Josef Strauß, die CSU und die Revanchistenverbände. Ihnen waren die Ausführungen zur deutschen Frage zu weich, zu wenig aggressiv. Zu sehr wurde da die „Kontinuität" hervorgehoben, wo die CSU-Riege schon längst Forderungen an Polen stellt.

Unzufrieden waren aber auch die Unternehmerverbände. Ihnen wiederum blieben die Aussagen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik zu weich, zu allgemein. Zuviele bereits erhobene Forderungen, öffentlich diskutierte Pläne usw. wurden ihnen nicht erwähnt. Steuergeschenke und weiterer Sozialabbau zusammen mit den Versprechungen weiterer profitabler Staatsaufträge reichen ihnen längst nicht. Zu sehr wurde da taktiert, wo die Unternehmer doch schon längst daran gegangen sind, in den Betrieben das zu praktizieren, was sie „Wende" nennen, wozu der Abbau von Gewerkschaftsrechten maßgeblich gehört.

Reaktionäre und Reaktionen

Unzufrieden war aber auch der DGB, bzw. sein Vorsitzender Ernst Breit. Er, der sofort nach der Wahl erklären ließ, dies sei aber eine demokratische Wahl gewesen, er äußerte jetzt „Befürchtungen". Breit befürchtet anscheinend, daß diese Koalition das tun wird, was sie von Beginn an für ihre Politik erklärt hat. Er fürchtet, wie die ganze Sozialpartnerschaftsriege schon am 1. Mai bekundet hatte, um den „sozialen Ausgleich"! Dabei ist der Inhalt dessen, was sie meinen, schon seit Schmidts Abgang im Oktober vom Spielplan abgesetzt.

Unzufriedenheit also allgemein. Da kam keine Begeisterung auf, meinte ein Fernsehsprecher, als handele es sich um ein schlechtes Bundesligaspiel. Aber diese Unzufriedenheit wurde sehr unterschiedlich geäußert. Die Reaktionäre haben jeweils sehr genau benannt, was ihnen nicht paßt, sie haben sehr klare Forderungen aufgestellt, wo sie anderes weitergehendes, offeneres Vorgehen haben wollen. Die Reaktionäre haben sehr deutlich umrissen, wie sie den zur Durchsetzung ihrer „Verbesserungsvorschläge" nötigen Druck organisieren wollen. Beim DGB war von einem solchen Vorgehen nicht im Entferntesten die Rede, da wurde — bestenfalls — appelliert.

Ein Meisterwerk des „Generalisten" sei diese Regierungserklärung gewesen, das war der Tenor der bürgerlichen Pressekommentare — je nach parteipolitischem Interesse des betreffenden Autors entweder bejahend und ironisierend verstanden. Und dies sei der Grund für die allgemeine Unzufriedenheit gewesen. Was nur bedingt stimmt.

Denn es geht dabei nicht in erster Linie — und auch nicht in zweiter — um die politischen Fähigkeiten des Herrn Dr. Kohl (die, wie er als Aufsichtsrat der BASF bewies, im übrigen gar nicht so gering sind, wie oft unterstellt). Es geht in erster Linie darum, daß natürlich innerhalb dieser Rechtskoalition verschiedene politische Strömungen, auch teilweise unterschiedliche Interessen vertreten sind. Um diese zusammenzufassen, bietet heutzutage ein solcher Generalist wie Kohl gar keine schlechte Basis, weswegen er ja auch der Kanzler ist.

Deutlich aber wird auf jeden Fall mit seiner Regierungserklärung, daß er ein Dach für sämtliche Abstufungen reaktionärer Politik angeboten hat. Die drei zentralen seiner sieben Leitgedanken sind Kern und Ausgangsbasis einer weiteren Verschärfung reaktionärer Politik: Die Stärkung der „Wirtschaft", sprich: der Profite der Unternehmer, die „menschliche Gesellschaft" (außer, versteht sich, für Ausländer, Frauen, Jugendliche, Sozialhilfeempfänger ...) und die „Realpolitik" in der deutschen Frage, anstelle einer angeblichen Resignation (natürlich nur „im Bündnis" zu verwirklichen).

Welche Absichten konkret dahinter stecken, das macht die CSU oder auch der jetzt diskutierte „Stoltenberg-Plan" für beschleunigten Sozialabbau klar.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Trotz unübersehbarer finanzieller und technischer Risiken

Durchsetzung des Atomprogramms um jeden Preis

BONN. — „Auf Vorschlag des Bundesministers für Forschung und Technologie, Dr. Heinz Riesenhuber, hat das Bundeskabinett am 26. April beschlossen, die fortgeschrittenen Reaktorprojekte THTR 300 im Schmehausen (Hochtemperaturreaktor, d. Red.) und SNR 300 in Kalkar (Schneller Brüter) fertigzustellen und in Betrieb zu nehmen.

Hinter dieser lapidaren Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung verbirgt sich der Plan, das Atomenergieprogramm für die Bundesrepublik skrupellos, ohne Rücksicht auf die technischen Risiken, die Gefährdung der Menschen, der Umwelt im Sinne der Atomindustrie durchzuziehen.

Seit über zwei Jahren gab es große Diskussionen um die beiden genannten Kernkraftwerksprojekte. Im Herbst 1980 wurde erstmals die sogenannte Finanzierungslücke offenbar. Geplant war, das Projekt in Kalkar, den Brüter für 4 Milliarden Mark zu bauen, der kostet jetzt aber mindestens 6,5 Milliarden Mark. Und der Hochtemperaturreaktor in Schmehausen soll jetzt statt 600 Millionen Mark 4 Milliarden kosten.

Mit diesen enormen Steigerungen der Baukosten für die umstrittenen Projekte kamen die Diskussionen um einen Baustopp auf. Denn den Löwenanteil an den Bauvorhaben trägt der Steuerzahler. Der letzte sozialdemokratische Forschungsminister von Bülow drohte dann auch der Industrie zunächst, beide Projekte zu stoppen. Andererseits setzte er immer neue Termine und versuchte weiter die Industrie für eine Mitfinanzierung der Projekte zu gewinnen. Erst nach der Wende in Bonn, als von Bülow Oppositionspolitiker war, überraschte er mit der Mitteilung, er hätte beide Projekte abgebrochen. Jetzt konnte er sogar noch nachweisen, daß ein Baustopp und der Abbruch der Projekte insgesamt viel billiger käme, als die Weiterführung der Bauarbeiten. Und das, obwohl beispielsweise der Hochtemperaturreaktor in einem Bauabschnitt zu 80 Prozent im zweiten zu 65 Prozent fertig sein soll.

Die enormen Kostensteigerungen, die dazu führten, daß fast der gesamte Etat des Bundesforschungsministeriums in diese Projekte gesteckt werden sollte, werden auch jetzt zum aller größten Teil vom Steuerzahler finanziert. Denn die Bauverträge sind so, daß die Industrie sich an den Projekten mit weniger als zehn Prozent **der Anfang der siebziger Jahres ermittelten Kosten** beteiligen muß, die restlichen neunzig Prozent gehen zu Lasten des Steuerzahlers. Aber trotzdem werden die Energieunternehmen laut Vertrag später Eigentümer der auf Staatskosten errichteten Kraftwerke. Ferner steht ihnen dann die gesamte Erfahrung dieser Projekte, das know-how zum Nulltarif zur Verfügung, und sollten die Projekte später nicht oder nicht kostendeckend arbeiten, gibt es noch einen „Risikobeteiligungsvertrag" des Staates mit den späteren Betreibern.

Und die von Minister Riesenhuber so gefeierte Einigung mit der Wirtschaft über die Finanzierung der Deckungslücke sieht konkret so aus: außer den bestehenden alten Verpflichtungen beteiligt sich die Industrie mit — an den Gesamtkosten gemessenen — lächerlichen 359 Millionen Mark für den Schnellen Brüter und neuen 79 Millionen am Hochtemperaturreaktor. Der Staat übernimmt 1,4 Milliarden Mark! Fest eingeplant, aber noch nicht bewilligt ist eine ebenfalls hohe Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen. Und sollte ein Reaktor beim Betrieb streiken, muß Bonn die Betriebsverluste erstatten — bis zur Höhe von 450 Millionen Mark.



Der „Super-Phénix" in Frankreich. Plutonium-Produktion für Atomwaffen.

Die ganze Angelegenheit ist ein großer Erfolg für die Energieunternehmen, wie etwa der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, RWE, aber auch der KWU, BBC und anderer Konzerne, die sich im Atomgeschäft befinden.

Probleme mit der Sicherheit, mit der Umwelt, den Folgen dieser Projekte hat man weder in Bonn noch in den Chefetagen der Konzerne. Obwohl andere Länder vor allem bei der Brütertechnologie wesentlich zurückhaltender geworden sind.

Selbst die USA betreiben die Brütertechnologie „auf Sparflamme", nachdem ein Prototyp nach der Fertigstellung 10 Milliarden Mark kostete. Lediglich Frankreich baut noch einen Superbrüter. Und in der Bundesrepublik wird der kommerzielle Einsatz dieser Technologie für frühestens zu Beginn des 2. Jahrtausends , etwa ab 2015 erwartet. Warum trotzdem das starke Interesse an diesem Projekt? Warum engagiert sich zum Beispiel die RWE mit weitaus größerer Geldmenge am französischen Projekt „Super Phénix" als beim Brüter in Kalkar?



AKW-Baustelle des Schnellen Brüters in Kalkar

Die Antwort liegt auf der Hand. Fast alle bisherigen Kernkraftwerke sind auf (zu importierendes) Uran angewiesen. Beim Schnellen Brüter aber haben gerade Staaten ohne eigene Uranvorkommen entscheidende Vorteile. Der Reaktor hat nämlich die Eigenschaft, mit dem Brennstoff für seinen Betrieb neuen, zusätzlichen Brennstoff zu produzieren. Mit dem Spaltmaterial eines herkömmlichen Reaktors erbrütet der Schnelle Brüter Brennmaterial für sechzig weitere Reaktoren. Vor allem aber — hier liegt der Hase im Pfeffer — entsteht bei den Vorgängen Plutonium. Hochgiftiges Material, daß für den Bau von Atomwaffen nötig ist.

So ist denn auch das französische Projekt „Super Phénix" vor allem ein Technologieprojekt zur Sicherstellung und zum Ausbau der französischen Atomwaffenproduktion. Das Interesse westdeutscher Konzerne an diesem Projekt, und die Weiterführung des Brüters in Kalkar — gegenüber dem „Super Phénix" ziemlich klein und „rückständig" — gegen alle Vernunfts- und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen macht klar, daß hier weitaus größere Absichten verfolgt werden, als vordergründig genannt werden. Der Besitz der Technologie zum Bau von Atombomben, zum einen für den westdeutschen Imperialismus selbst, aber auch 'als neuer Exportartikel für's westdeutsche Kapital ist die eigentliche Triebfeder der Forcierung des Atomprogramms.

Der Hochtemperaturreaktor von Schmehausen ist zwar nicht wie der Brüter für Atomwaffentechnologie nutzbar, birgt aber ähnlich große Risiken. Bei diesem Modell ist die Besonderheit, daß er nicht nur Strom sondern auch enoreme Wärmemengen produziert, die als Prozeßwärme von der Industrie genutzt werden soll. Welche genauen Probleme dabei entstehen werden, ist noch nicht überschaubar. Dennoch direkt nach der Kabinettsentscheidung in Bonn ging bei der Brown, Bovery und Cie (BBC) in Mannheim, die auch das Projekt in Schmehausen bauen, ein neuer Auftrag ein. Die Arbeitsgemeinschaft Hochtemperaturreaktor GmbH in Hannover, in der die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) und die Ruhrkohle AG tonangebend sind, bestellte eine Vorstudie für einen Hochtemperaturreaktor.

Schiefgehen kann für die Energiekonzerne und die Industrie sowie nichts. Der Staat garantiert den Profit dieser Unternehmungen. Der Forschungsminister Riesenhuber vergangene Woche in einem „Spiegel"-Interview: *„Das Grundkonzept ist, daß der Stromerlös die Kosten deckt"*. In Nordrhein-Westfalen heißt das für die Stromkunden konkret: Allein für Kalkar und Schmehausen müssen 6,5 und 6,4 Milliarden Mark, also über 10 Milliarden über den Strompreis wieder reinkommen. Das alte Versprechen der Atomindustrie, daß mit AKWs Strom billiger zu liefen sei, ist zerplatzt wie eine Seifenblase.

Durchsetzung des Atomprogramms um jeden Preis. Diese Leitlinie der Bonner Politik gilt nicht nur für die technischen, ökologischen und finanziellen Folgen. Die jüngst an die Öffentlichkeit gelangten Papiere der Polizei im Raum Wyhl für erwartete Demonstrationen gegen das dortige AKW, haben bewiesen, daß sie für die Durchsetzung des Programms auch hier und jetzt über Leichen gehen wollen.

Thema Umwelt:

Bundespräsident Karl Carstens bei der Eröffnung der Münchener Internationalen Gartenbauausstellung am 28.4.1983:

„Unsere Bürger sind wie nie zuvor aufgeschlossen für den Gedanken der Erhaltung einer natürlichen Umwelt. Sie legen selbst Gärten an, sie bepflanzen ihre Dächer und Balkone. Manche Stadtteile gleichen im Sommer blühenden Gärten. Am Wettbewerb ‚Unser Dorf soll schöner werden" nehmen viele Gemeinden teil. Sie lösen das in diesem Motto enthaltene Versprechen ein."
(...)

Aber:

„Manche Menschen gehen allzu sorglos mit der Natur um. Sie werfen ihren Abfall in den Wald, benutzen Bäche und Seen als Ersatzmülldeponien oder reißen seltene Blumenarten aus. Andere machen Feuer im Wald oder werfen ihre Zigaretten in trockenes Laub."

In Baden-Württemberg eingeläutet:

Die Wende an den Schulen

Sauberkeit, Ordnung, Disziplin, Fleiß und Pflichterfüllung, die alten Tugenden sollen wieder erstes Erziehungsziel der Schulen werden. Was insgesamt allen Schülern in der Bundesrepublik droht, wie die Wende sich an den Schulen darstellen wird, zeigen die neuen Lehrpläne für die Schulen im CDU-Musterländle Baden-Württemberg, dessen Kultusminister Meyer-Vorfelder die Lehrer der dortigen Schulen jetzt in mehreren „Lehrplan-Tagen" auf die neuen, alten Inhalte einschwören wollte.

Durch demonstratives Schweigen protestierten viele Lehrer bei diesen Tagungen gegen die neuen reaktionären Inhalte. Die neuen Lehrpläne gelten für alle allgemeinbildenden Schulen, sollen ab dem Schuljahr 1984/85 in Kraft treten und sind schon Grundlage neuer Schulbücher, die sich in Druck befinden.

Im Geschichtsunterricht sollen Themen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte für alle Epochen wegfallen. Die Geschichte wird auf die Geschichte von *„weltgeschichtlichen Persönlichkeiten"* reduziert. Cäsar, Karl der Große, Bismarck sind Themen, für Weimar sind Ebert, Hindenburg und Hitler vorgeschrieben.

Im Fach Gemeinschaftskunde/Politik sind Themen wie Umweltzerstörung, Jugendarbeitslosigkeit oder Ausländerfeindlichkeit ausgespart. Dafür kommt's in der Unterrichtseinheit *„Wirtschafts- und Arbeitswelt"* ganz dicke. Die Schüler sollen lernen, daß *„individuelle Leistung und partnerschaftliches Zusammenwirken Voraussetzungen für den Erfolg der Volkswirtschaft sind"*. Ferner müssen behandelt werden, die wichtigen Themen *„Aufbau und Aufgaben eines Unternehmens"*, oder die *„Betriebsorganisation, Rechnungslegung...* und *der Zusammenhang von Investitionen, Gewinn und Risiko"*. Unternehmerfreundlich ist der gesamte Stoff, Themen wie Rationalisierung, Automatisierung oder Arbeitszeitverkürzung wiederum tauchen nicht auf. Tarifkonflikte sind Nebensache, Arbeitslosigkeit ein Konjunkturproblemchen, das in den Lehrplänen keiner größeren Ausführungen bedarf.

Ganz gestrichen wurden in den neuen Vorschriften bisher verbindliche Themen wie Medien, Jugendrecht, Berufswahl und Schule. Also alle Themen, die die Schüler unmittelbar berühren und interessieren.

Dafür gibt's aber weitere Rückgriffe auf Lehrpläne aus den fünfziger jahren. Die Schüler müssen sich mit den Staatstheorien von Aristoteles, Augustin, Machiavelli und Locke befassen. Dafür findet man Rousseau, Marx, Engels und Lenin lediglich in der Unterrichtseinheit *„Politisches System der DDR"* wieder.

Lernziel für *„Friedenssicherung"* ist folgendes: Der Schüler *„soll begreifen, daß die Einbeziehung in das westliche Verteidigungsbündnis unsere Sicherheit erhöht hat"*. Aufgaben der NATO und Bundeswehr müssen im Unterricht z. B. unter folgendem Thema behandelt werden: *„Tagesablauf eines Wehrpflichtigen"*.



Kultusminister Mayer-Vorfelder hat da sowieso ein klares Weltbild: *„Der Herrschaftsanspruch des Kommunismus bedroht die freie Welt"*. Und weil sich die ganzen neuen — eigentlich doch sehr alten — Lehrpläne nicht so einfach durchsetzen lassen, hat er auch innerhalb der Lehrkörper neue Ordnung geschaffen. So sind die Fachleiter an den Schulen ihren Kollegen gegenüber *„weisungsberechtigt"* und sollen durch *„regelmäßige Verwaltungsaufgaben, z. B. Kontrolle der Tagebücher die ordnungsgemäße Umsetzung der neuen Lehrpläne beaufsichtigen und überprüfen."*

Und überhaupt, so Mayer-Vorfelder, sollten Lehrer nicht mehr das Schulhaus betreten, als *„kämen sie aus dem Busch"*.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3,** Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171 / 41318.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10.- 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

„Deutsche Gesellschaft für Arbeitsmedizin“

Arbeitsmedizin in der Klemme

Auf ihrer 23. Jahrestagung, die nach vier Tagen letzten Samstag zu Ende ging, kritisierten zahlreiche Arbeitsmediziner den gegenwärtigen Zustand ihres Berufs. Drei Themen standen im Mittelpunkt des Kongresses: krebserzeugende Stoffe, Landwirtschaft und kleinstädtisch-ländliche Gebiete.

Die Hamburger Wissenschaftler Angerer und Lehnert machten in ihrem Beitrag vor allem auf die unhaltbare Situation derjenigen Arbeiter aufmerksam, die mit krebserzeugenden Stoffen arbeiten müssen. Nicht von ungefähr stand dabei das Thema Asbest im Mittelpunkt, dessen unheilvolle Auswirkungen nochmals drastisch geschildert wurden.

Die beiden Wissenschaftler wiesen insbesondere darauf hin, daß die gegenwärtigen Vorschriften für krebserzeugende Stoffe die Arbeiter nur vor zu starken Verunreinigungen der Atemluft schützen sollen, daß aber von den häufigen Hautkontakten gar nicht die Rede ist. Das geradezu Zynische an diesen Verhältnissen ist es, daß es bei anderen Sicherheitsvorschriften, für nicht krebserzeugende Stoffe solche „Toleranzgrenzen“ für beide Bereiche gibt. wird wiederkommen?

In der Diskussion immerhin auch aufgeworfen wurde die Frage, ob man mit solchen Toleranzgrenzen überhaupt arbeiten könne, ob dies nicht nach dem Schema „nur ein bißchen Krebs“ arbeiten hieße. Was in der Tat für die Betroffenen eine entscheidende Frage ist. So ist ja gerade in letzter Zeit die Weigerung überhaupt mit Asbest zu arbeiten immer stärker geworden.

Professor Stadler aus Göttingen blieb es bei dieser Konferenz vorbehalten, den Unternehmerstandpunkt zu vertreten. Sicher sei dies alles ein großes Problem (früher hatte man auch das abgestritten), aber die Forderung nach dem Verbot solcher Substanzen lasse sich eben nicht von heute auf morgen verwirklichen. Dazu müßten zuerst die betreffenden Ersatzstoffe gefunden und produziert werden.

Wobei er, abermals einschränkend, noch hinzufügte, es müßten dann eben bedenkliche Stoffe durch weniger bedenkliche ersetzt werden.

Also: Laß erst mal noch eine Weile die Leute verrecken, solange bis (mit Zuschüssen versteht sich) die Produktion umgestellt ist, denn eigentlich ist sowieso das alles nichts wert, alle Stoffe sind bedenklich, unser geliebtes Asbest nur ein bißchen mehr. So ungefähr die Unternehmermeinung, die auch schon bisher nur durch öffentlichen Druck wenigstens leicht verändert wurde, der entscheidende Druck aber fehlt noch.

Daß die gesamte Situation — in jeder Hinsicht — im kleinstädtisch-ländlichen Bereich noch viel zugespitzter und, konkret gesagt, lebensgefährlicher ist, war eine weitere Tatsache, die die Arbeiten dieser Konferenz zutage brachten, auch wenn es gegen den Willen einiger Teilnehmer geschah.



Ein Asbest-Schiff als Retter?

„Am besten die United States versenken“

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die jüngste Ausgabe von „Frischer Wind“, Betriebszeitung der KPD für HDW/Hamburg, einen Artikel. Darin wird die Vorstandspolitik angeprangert, solche Aufträge unter der allgemeinen Krisenerpressung durchzudrücken.

„Am besten die United States versenken“. So sagte ein Kollege aus der Bordmontage. Nach wie vor droht uns auf der HDW der Auftrag ‚United States‘.

Warum droht?

1. Der Auftrag sichert keinen der bedrohten Arbeitsplätze. Ahlers hat erklärt: **Nach** Durchführung des Konzeptes erwartet er schwarze Zahlen bei diesem Auftrag.

2. United States blockiert die gesamte Reperatur für über ein Jahr! Reeder, die hier reparieren lassen wollen, werden zu Blohm gehen, weil auf der HDW keine Kapazität mehr frei ist! Wer von diesen Reedern wird wieder kommen?

3. Die Finanzierung ist völlig unsicher. So kann die United States zum Konkursbeschleuniger werden!

4. **Der wichtigste Grund:** Die United States ist ein Todesschiff! — Von oben bis unten **voll Absest!** Und wer glaubt, daß bei Einhaltung aller Sicherheitsvorschriften die Gefahr gebannt werden kann, der unterliegt einem **tödlichen Irrtum.**

Es gibt bei Asbest keine untere, nicht gesundheitsschädliche Grenze. Asbest erzeugt Krebs, unwiderruflich!

Wer will das verantworten? Lehnen wir die United States ab!

Aus „Der Gewerkschafter“ Funktionärsorgan der IG Metall Zu „Arbeitszeit und Kosten“ im Gewerkschafter

Arbeitszeit und Kosten

Fragen zur Arbeitszeitverkürzung

Unter der Rubrik „Fragen zur Arbeitszeitverkürzung“ veröffentlicht das Funktionärsorgan der IGM Stellungnahmen zu wichtigen Einzelfragen der gerade angelaufenen Kampagne für die 35-Stunden-Woche. Wir geben den Artikel des „Gewerkschafter“ im folgenden wieder und kommentieren ihn obenstehend. Hervorhebungen (fett) von der Redaktion RM.

Was kostet die Arbeitszeitverkürzung?

Arbeitgeber und manche Politiker meinen, Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich sei zu teuer und nicht finanzierbar. Dabei gehen die Aussagen davon aus, daß die Kostenbelastung so hoch sei wie das Volumen der Arbeitszeitverkürzung, also eine Stunde (2,5 Prozent Volumen) weniger Wochenarbeitszeit auch 2,5 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme kostet.

Diese Aussage ist falsch. **Wochenarbeitszeitverkürzung wird, wie in der Vergangenheit, zu zusätzlichen Produktivitätssteigerungen führen, etwa in Höhe von 50 Prozent des Umfangs der Verkürzung.** Damit sinkt von vornherein auch die Kostenbelastung im gleichen Umfang. Sie macht bei einer Stunde Wochenarbeitszeitverkürzung dann nur 1,25 Prozent der Lohnkosten und bei 5 Stunden 6,25 Prozent (statt 12,5 Prozent) aus.

Belastet die Arbeitszeitverkürzung die Unternehmen zusätzlich?

Wenn wir die Verkürzung der Arbeitszeit fordern, ändern wir nicht das Forderungsvolumen, sondern die -struktur. Den Umfang unserer Forderungen begründen wir — wie bisher — grundsätzlich mit den Komponenten Preissteigerung, Produktivitätszuwachs und Umverteilung.

Bei „normalen“ Lohn- und Gehaltsbewegungen fordern wir in diesem Umfang die Verbesserung der Einkommen. Im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung können wir mit der Preissteigerungsrate die Forderung nach Sicherung der Reallöhne, mit dem Produktivitätszuwachs und der Umverteilungskomponente die Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung begründen.

Die volle Verwirklichung der 35-Stunden-Woche könnte mit der durchschnittlichen „normalen“ Produktivitätssteigerung von nur zwei Jahren „bezahlt“ werden. **Da sich dies aber zu Lasten sonst möglicher Lohn- und Gehaltssteigerungen auswirkt, belastet Arbeitszeitverkürzung die Unternehmer in keiner Weise zusätzlich.**

Was kostet die Arbeitslosigkeit?

Die Arbeitslosigkeit von 2,5 Millionen Menschen muß mit 70 Milliarden DM Kosten im Jahr bezahlt werden. Bei umfassender Arbeitszeitverkürzung kann aufgrund der Beschäftigungs- und Humanisierungswirkungen an Kosten gespart werden und damit auch an Beiträgen zur Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung. Dies wiederum schlägt sich auch betriebswirtschaftlich nieder und entlastet die Arbeitnehmereinkommen!

Müssen die Unternehmen nicht erst neue Arbeitsplätze einrichten und bezahlen?

Nicht, wenn, wie heute, die Produktionskapazitäten nur zu 70 bis 80 Prozent ausgelastet sind. Dann sind Arbeitsplätze vorhanden und müssen nur besetzt werden. Bestenfalls fallen dabei Kosten für die eine oder andere Umrüstung an, wie sie auch sonst tagtäglich in Betrieben vorkommt.

Die Arbeitgeberposition zur Kostenbelastung hält den Fakten nicht stand. **Eine „ehrliche Rechnung“, wie die Arbeitgeber sie fordern, muß zugestehen, daß eine zusätzliche Kostenbelastung der Unternehmen wegen des tarifpolitischen Zusammenhangs nicht entsteht.** Auf mittlere Sicht sind sogar gesamtgesellschaftliche Kostenentlastungen die Folge.

Klaus Lang

Eine seltsame Rechnung . . .

Es ist gut und richtig, daß die IG Metall eine richtige Kampagne für die 35-Stunden-Woche macht, um diesen zu erwartenden großen Kampf vorzubereiten. Die Frage erhebt sich allerdings schon nach dem „Wie und Wozu“ dieser Kampagne.

Sicher ist dem untenstehenden Artikel aus der „Fragen“-Rubrik des „Gewerkschafters“ viel zu sagen. Viel durchaus auch in dem Sinne, daß man manches sehr differenzirter sehen muß.

Aber es soll hier fürs erste (denn man wird sich, das ist vorauszusehen, noch des öfteren mit den IGM-Argumenten dieser Kampagne beschäftigen müssen) nur um eines gehen: Um den Grundtenor, die Basis dieser Argumentation. Und die ist eben einfach sachlich falsch, irreführend und die wirklichen Konfliktlinien verwischend.

Drei Behauptungen des IGM-Autors dazu: Erstens sinke die Kostenbelastung durch die zu erwartenden Produktivitätssteigerungen, zweitens wirke sich diese Arbeitszeitverkürzung zu Lasten sonst möglicher Lohn- und Gehaltserhöhungen aus und drittens und überhaupt, abschließend also, entstehe wegen des tarifpolitischen Zusammenhangs überhaupt keine gesteigerte Kostenbelastung der „Unternehmen“.

Vielleicht etwas verkürzt zusammengefaßt heißt so eine Argumentation zum einen, bereits im Vorfeld unabdingbare Bestandteile der eigentlichen Forderungen preiszugeben. Wenn im Zusammenhang mit dem angesprochenen „Produktivitätszuwachs“ die Frage des Personals, die Frage der Arbeitsplätze noch nicht einmal angetippt wird, so läßt dies eigentlich nur den Schluß zu, daß hier bereits die Forderung nach dem Personalausgleich fallengelassen werden soll. Wenn die Arbeitszeitverkürzung „zu Lasten“ der Lohnsteigerungen (wozu noch sehr viel zu sagen wäre) gehen soll, dann wird doch damit, in welcher Form auch immer (beispielsweise ob sofort oder erst anschließend) der Lohnverzicht angeboten, anstelle der bisherigen Forderung nach vollem Lohnausgleich. Und zusammenfassend heißt dies dann eben, es entstehen insgesamt keine zusätzlichen Belastungen der Unternehmen, besser gesagt, der Unternehmer.

Auf die beiden anderen angeführten Argumente, die betriebswirtschaftliche Entlastung durch sinkende Arbeitslosenzahlen und die Frage der gegenwärtigen Auslastung der Kapazitäten der Produktion soll hier nicht weiter eingegangen werden, sie sind aber genauso fragwürdig wie die anderen genannten.

Es geht hierbei gar nicht um die Spekulation über die 50prozentige Produktivitätssteigerung in dem Sinne, daß man zu diskutieren hätte ob 30 oder 70 realistischer, angemessener, gerechter usw. wären. Sondern es geht darum, daß mit diesem so schön neutral klingenden Wort „Produktivitätssteigerung“ ja die Frage der Rationalisierung umschrieben wird, von der wohl auch der IGM-Autor nicht behaupten würde, daß sie an der bisherigen Arbeitslosigkeit ganz unschuldig sei. Und es dreht sich auch noch nicht einmal um die direkte Diskussion über den vollen Personalausgleich, die damit ja angesprochen, bzw. besser: vergessen ist. Sondern es geht darum, ob man die Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen Arbeitslosigkeit (und dies ist der wichtigste Bestandteil der Forderungsbegründung bisher) gleich entwertet, indem man auf die anschließende „Aufholjagd“ der Unternehmer verweist, mit der sie bestimmt eine etwaige Niederlage umwandeln wollten. Eine sachlich und politisch falsche Argumentation, die sicher nicht mobilisierend wirkt.

Dasselbe gilt für das mehr oder weniger unter der Hand gemachte Angebot, auf einen Lohnausgleich, wann auch immer, zu verzichten. Da erscheint es wahrlich als kein Zufall, wenn auf dem IGM-Plakat zur Kampagne die Forderung nach dem vollen Lohnausgleich fehlt. Dies ist insgesamt eben nicht nur (was Diskussionsstoff mehr als genug wäre) zu früh signalisierte „Kompromißbereitschaft“ oder ähnliches.

Hier wird so getan, als könne eine Arbeiterforderung, zumal eine, die von jeder auf massiven Widerstand der Unternehmer stieß, als „gut für alle“, im Sinne des „Gemeinwohls“ oder welch undurchsichtige Ausdrücke man auch gebrauchen mag, dargestellt werden.

Hier wird so getan, als seien die Unternehmer nur aus Starrsinn, aus Dummheit oder sonstwas gegen diese Forderung und müßten eigentlich auch dafür sein. Und genaus das ist es, was man nicht tun darf, wenn man eine Kampagne vorbereiten will: schönfärbende Argumentationen aufbauen, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben. Sicher: Über eine bestimmte Form von „job sharing“ oder ähnliches, wenn das gesamte Thema der „Ausgleiche“ bei Lohn und Personal gestrichen ist, werden die Unternehmer vielleicht schon mit sich reden lassen. Nur hat das dann nichts mehr mit Arbeitszeitverkürzung im Sinne der ursprünglichen Forderung zu tun.

Wenn jedenfalls die Kampagne auf solch einer Grundlage geführt wird, die das „nationale Interesse“ an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Ausgangsbasis hat, dann ist eine Niederlage von Beginn an eingerechnet. Will man die Unternehmer überzeugen oder muß man sie zwingen, so stellt sich einfach die Frage.



Die 35-Stunden-Woche ist nicht „für alle besser“, sondern eine Forderung, deren Erfüllung „die Reichen“, in diesem Fall die Unternehmerkassen, bezahlen müssen

Betriebsdatenerfassung bei Beiersdorf / Hamburg

„Der Unsicherheitsfaktor Mensch soll ausgeschaltet werden"

Bereits im letzten „Roten Morgen" hatten wir Beispiele für die immer stärkere Einführung von Personalinformationssystemen in letzter Zeit gebracht. Ohne daraus eine Dauerreihe machen zu wollen, meinen wir, daß es wichtig ist, den Umfang dieser Vorgänge und auch ihren konkreten Ablauf bekannt zu machen, deshalb auf ein Neues, heute: Beiersdorf/Hamburg. Den — leicht gekürzten — Artikel entnehmen wir aus „Harte Bandagen", Betriebszeitung der KPD für Beiersdorf.

Schon seit längerem gibt es bei BDF Betriebsdatenerfassung mit entsprechenden Geräten im medical- und tesa-Bereich. Man hat seine Plastikkarte, stempelt, kriegt die Sachen aus dem Computer und weiß überhaupt nicht was los ist.

Das, was uns bei der Volkszählung so aufregt, passiert in der Firma scheinbar wie selbstverständlich: Die elektronische Datenerfassung für anonyme Zwecke!

Was passiert eigentlich, wenn man die Karte da reinsteckt?

Den „Unsicherheitsfaktor Mensch" ausschalten

Die Geschäftsleitung sieht in allem, den Maschinen, den Anlagen **und** den Menschen nur vorhandene Kapazitäten, die es so effektiv wie möglich auszunutzen gilt. Dazu bedienen sie sich heutzuzage der Mikroelektronik —, eben auch des BDE-Systems.

Es geht darum, den „Unsicherheitsfaktor Mensch" auszuschalten. Die betrieblichen Informationen werden zu „Betriebsdaten", die überall elektronisch erfaßt und dann elektronisch gespeichert werden (auf Magnetbändern, Magnetplatten, Disketten usw.). Was **vorher** als betriebliche Informationen in den Köpfen der lieben Mitarbeiter war, befindet sich **nun** in dem Computerspeicher. Wo **vorher** unsere berufliche Qualifikation und Erfahrung vorrangig war, benutzt man **jetzt** ausgefeilte Computerprogramme.

Effektivierung der Produktion durch den Computer

Die Effektivierung der Produktion besteht darin, daß der Computer, der mit den einlaufenden Daten arbeitet, schneller und umfassender reagieren kann. Maschinenstörungen, geänderte Kundenwünsche oder Personalveränderungen erfährt er sofort und disponiert blitzschnell um.

Der entsprechend programmierte Computer steuert und regelt nun den Produktionsablauf und nicht mehr Meister, Abteilungsleiter oder Produktionsplaner.

Vorteile für das Management sind,
— elektronisch kann man viel mehr Daten erfassen, speichern und verarbeiten als „von Kopf";
— man verfügt oben über aktuellste Informationen (im Fachjargon Online- oder Echtzeitbetrieb) ohne menschliche und hierarische Umwege;
— die elektronischen Speicher vergessen nichts, auch nach Jahren — ohne Aktenschränke.

Der Arbeiter als überwachter Datenlieferant

Jeder einzelne Arbeitsplatz, jeder Kollege wird direkt an die Datenspeicher und Computer des BDE-Systems angeschlossen. Die Arbeit unterliegt einer ständigen anonymen Überwachung. Jede Pause, jeder Fehler und jede Abweichung von der Norm ist sofort registriert und ist jederzeit nachweisbar.

Das BDE-System macht jeden Kollegen zu einem Datenlieferanten. Diesem dauernden Druck und Zwang kann man sich nicht entziehen. Nicht nur die Maschinendaten, **auch** die persönlichen Leistungsdaten sind den unterschiedlichsten betrieblichen Stellen zugänglich (z. B. für Beurteilungen).

Die neue Technik — im Dienste rein kapitalistischer Ziele

Man muß selbstverständlich versuchen, uns die Mikroelektronik schmackhaft zu machen. Man sagt uns, sie diene der Arbeitserleichterung, ermögliche Arbeitszeitverkürzungen und könne den Arbeitsstreß abbauen helfen. Es ist richtig, daß man mit dem Einsatz der computer das erreichen könnte, wenn man es wollte. Nur haben die Unternehmer ganz andere, rein auf die Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Ziele. Ihre Einsatzrichtung für die Computer heißt effektivieren, Kosten senken, Gewinne steigern! Dieser Umgang mit der Mikroelektronik hat für die Belegschaften böse Folgen. Die Computersysteme ersetzen in der Regel qualifizierte Facharbeit. Das ist dann das Argument für Abgruppierungen und Lohn- und Gehaltskosteneinsparungen.
Die Computersysteme ersetzen überhaupt menschliche Arbeitsleistungen, was nicht zu Arbeitszeitverkürzungen, sondern zum Abbau von Arbeitsplätzen und „Freisetzung" führt (siehe die BDF-Niederlassungen). Und die verbleibenden Arbeitskräfte werden mit Hilfe computermäßiger Überwachung verstärkt angetrieben und ausgenutzt.

BDE: Voraussetzung für allumfassenden Elektronikeinsatz

Das steckt hinter der harmlosen Bezeichnung BDE! Aber es steckt noch mehr dahinter.

Betriebsdatenerfassung ist die Grundlage für die **allumfassende** Einführung der Mikroelektronik in **allen** Bereichen der Firma!

30. Mai - 4. Juni

Unterstützt den Arbeitslosenmarsch!

Den folgenden Aufruf verabschiedete das Plenum der Arbeitsloseninitiativen am 27. März in Bochum. Die KPD unterstützt den Aufruf zur Aktionswoche und zum Arbeitslosenmarsch. Dieser Marsch am 4. Juni, zum Abschluß der Aktionswoche, ist als Solidaritätsmarsch von Arbeitslosen und noch Arbeitenden geplant, deshalb sind alle dazu aufgerufen, nicht nur solidarisch zu sein, sondern sich auch zu beteiligen.

Aufstehn — gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau

Steigende Arbeitslosigkeit bedroht unsere Existenz. Immer mehr Menschen werden erst aus der Arbeit und dann aus dem Bezug von Arbeitslosengeld und -hilfe herausgedrängt. Gleichzeitig werden weiterhin soziale Leistungen abgebaut.

Für viele ist ein menschenwürdiges Leben nicht mehr möglich. Zunehmend werden Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zu billiger „Zwangsarbeit" erpreßt.

Dagegen wehren wir uns!

Der versprochene Aufschwung ist nicht in Sicht. Überall sind Arbeitsplätze bedroht, besonders in der Stahlindustrie, auf den Werften und in der Textilindustrie. Immer noch wird uns eingeredet, der Verzicht auf Lohnerhöhungen würde Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern.

Wir wollen nicht als Lohndrücker herhalten. Sollen doch endlich die das Geld rausrücken, die an uns verdienen, Steuern hinterziehen und Bestechungsgelder kassieren.

Wir brauchen ein Beschäftigungsprogramm und nicht die Verschwendung von Steuergeldern für lebensgefährliche Rüstungsprojekte. Wir brauche die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dazu ist die Solidarität von Arbeitslosen und (noch) Beschäftigten notwendig.

Ausländische Kolleginnen und Kollegen sich nicht verantwortlich für die Arbeitslosigkeit, sondern die wirtschaftlich und politisch Mächtigen.

Ausländische und deutsche Kolleginnen und Kollegen müssen deshalb zusammenstehen! Schluß mit der Ausländerhetze!

Wir kämpfen für unser Recht! Wir wollen sinnvolle Arbeit. Für jeden Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungplatz.

Gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau müssen wir gemeinsam aktiv werden!

Dehalb rufen wir alle Arbeitslosen auf: Beteiligt euch mit den Initiativen an der Aktionswoche vom 30. Mai - 4. Juni.

Wir wenden uns an die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, an Betriebsräte und die Gewerkschaften: Macht mit beim Solidaritätsmarsch von Arbeitslosen und noch Arbeitenden am 4. Juni in Bonn!

Augsburger Maikundgebung

Leer geredet

Für viele aktive Gewerkschafter ist der 1. Mai — neben anderem — oft genug auch ein Leidenstag. Wenn man da steht und die Kulisse abgibt für Feiertagsreden derselben Leute, die gerade frisch ihr „Tarifwerk" beendet haben, ergibt das des öfteren mehr als nur ein ungutes Gefühl.

Den diesjährigen Rekord in dieser Beziehung hält Augsburg. Obwohl man es wissen mußte, was da kam, denn es kam Berthold Keller, Vorsitzender der IG Textil und Bekleidung. Als Mai-Redner ein Vertreter des Rechtsaußen-Trios im DGB (wer den Begriff erfand, weiß keiner und ein Trio ist es — leider — auch nicht nur), dem neben Adolf Schmidt und Hermann Rappe eben besagter Herr Keller angehört (Protest von Konrad Carl?). Ein Mann, der wirklich nicht nur bei den Dortmunder Nona-Frauen mehr als nur unbeliebt ist. Der immer nur die „ausländische Konkurrenz" nie aber die bundesdeutschen Textilunternehmer als Gegner seiner Gewerkschaft ansah. Und der hatte natürlich eine lange Latte drauf. Die Wirtschaft dürfe kostenmäßig nicht überfordert werden, auch bei einer Arbeitszeitverkürzung sei der Lohnausgleich nicht drin... Nur zwei seiner „brillanten" Ausführungen, die dann unter solch kolossal scharfen Bewertungen wie „tarifpolitische Kreativität" aufgewärmt werden.

Das Zitat

„Ich habe nicht gedacht, daß ich mir am 1. Mai erzählen lassen muß, auf was wir zu verzichten haben."

Der Augsburger IGM-Bevollmächtigte Fergg nach der skandalösen Mai-Rede des IG-Textil-Chefs Keller. („Günzburger Zeitung", 3.5.)

Nur: Diesmal erzählte er seine Weisheiten weder seiner Tarifkommission, noch seinen Spezis im Funktionärskörper der Gewerkschaft, noch der bürgerlichen Presse, noch seinen Freunden, den Unternehmern. Sondern rund 800 Teilnehmern der Augsburger Mai-Veranstaltung. Oder 600, oder 400, je nachdem, welchen Zeitpunkt seiner Rede man nimmt. Denn der Saal wurde, unter Buhrufen und Pfiffen, immer leerer. Richtig leer geredet vom strammen Berthold.

Vielleicht hatte der die falsche Einladung? Einen Tag vorher, um die Ecke, in Ulm, soll ein Unternehmerkongreß gewesen sein...

Aus der Gewerkschaftspresse

Recht hat er!

Den folgenden Leserbrief entnehmen wir der neuesten Ausgabe der Zeitung der IG Drupa „druck und papier". Wir meinen, daß die Kritk des Kollegen, auch in ihrer weitergehenden Tendenz, voll und ganz zutrifft.

„(...) Auch in der Krise kampfbereit sein

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte euch meine Enttäuschung über den erfolgten Abschluß des neuen Lohntarifvertrages mitteilen.

Nicht nur ich, sondern auch viele meiner Kollegen und Gewerkschaftsmitglieder bekunden enttäuscht den ‚sang- und klanglosen' Lohnabschluß. Alle reden von Reallohnsicherung, ‚Lohnverzicht mindert Kaufkraft', Sozialabbau verhindern, ‚mehr Lohn schafft Arbeit' usw. werden mit dem Abschluß ad absurdum geführt. Damit stellt sich die IG Druck und Papier hinter die von den Wirtschaftsführern gesetzte Lohnleitlinie von rund 3,2 Prozent. Andere Tarifabschlüsse können kein Maßstab für uns sein, wenn wir uns auf unsere Tarifautonomie berufen und unsere Kampfkraft erhalten wollen.

Zum Schaden haben wir auch noch den Spott der Kapitalvertreter und deren Meinungsmanipulierenden Ideologen. Die FAZ strotzt davon ja tagtäglich, und selbst die „Frankfurter Rundschau" vom 7.4.83 kommentiert unter dem Titel „Kapitulation in Ehren" den Metall-Abschluß. Wer kann sich also über so einen Abschluß freuen? Die Kollegen sicher nicht!

Im Gegenteil: Die Kollegen sind sauer! Sauer auch über die Art und Strategie der Lohnrunde. Da spielt die Perspektive über neue Tarifierung der Lohnstruktur, den MTV und Rastervertrag keine Rolle. Auch in der Kise sollten Gewerkschaften Kampfbereitschaft demonstrieren. Bitte laßt euch das ernsthaft gesagt sein. Sonst kriegen wir weiterhin das ‚Fell über die Ohren' gezogen.

Mancher Kollege hat dann mehr Wut auf die Gewerkschaft als auf die Unternehmer, die all ihre Tricks ausspielen. Manch einer droht auch mit Austritt, was auf alle Fälle nicht der richtige Weg ist. Es ist schon schwer genug, einigen Kollegen die Notwendigkeit und gewerkschaftspolitische Strategien der Gewerkschaft klarzumachen; welche Worte soll ein Gewerkschafter zu diesem ‚Blitzabschluß' finden?

Ich muß euch sagen, daß ich zum ersten Male auf diesem Wege meine Enttäuschung über einen Lohnabschluß mitteile.

Helge Wagner, Eschborn"

Presseerklärung der Ausbildungspersonalräte in den Bremer Zentralkrankenhäuser Ost, St.-Jürgen-Straße, Nord, Reinkenheide

Landesweiter Aktionstag in Bremen

Die folgende Pressererklärung der Ausbildungspersonalräte ging uns in der letzten Woche zu. Der aktuelle Hintergrund ist die Arbeit zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit, die seit dem letzten Jahr läuft, und deren Ziel es offensichtlich ist, die Ausbildungsstellen auf die Planstellen anzurechnen. Dagegen richtet sich der Widerstand, der mit diesem Aktionstag beginnen soll.

Die Auszubildenden in der Krankenpflege der städtischen Krankenhäuser des Bundeslandes Bremen führen am 4. Juni 1983 einen landesweiten Aktionstag durch, um gegen ihre drohende Anrechnung auf den Stellenplan der Kliniken zu protestieren.

Die offizielle Nichtanrechnung der Auszubildenden auf den normalen Bettenschlüssel der Stationen wird mehr und mehr zur Farce. Der Sinn dieser Nichtanrechnung war es, die Auszubildenden vor der Verplanung als vollwertige Pflegekräfte in den täglichen Stationsbetrieb zu beq ahren, um so eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Durch die Rotstiftpolitik im Gesundheitswesen hat die Personalknappheit Einzug in die Kliniken gehalten. Die Stationen sind, vom examinierten Pflegepersonal her, unterbesetzt. Das hat für die Auszubildenden die Folge, daß sie trotz ihrer (offiziellen) Nichtanrechnung eine Art personelle Reserve-Armee geworden sind. Ohne die Auszubildenden würden wichtige Bereiche der Kliniken, z. B. die chirurgischen Stationen, zusammenbrechen. Die Auszubildenden müssen zum größten Teil schon jetzt ihre Arbeit auf den Stationen wie examiniertes Personal verrichten und sind in den Stationsbetrieb voll mit eingeplant. Unter solchen Umständen wird eine Ausbildung unmöglich.

Doch es kommt noch schlimmer:

Wenn im Spätsommer die Resultate der Wirtschaftlichkeitsüberprüfung vorliegen und die Bürgerschaftswahlen gelaufen sind, ist mit einer offiziellen Anrechnung der Auszubildenden auf den Bettenschlüssel zu rechnen. Folge für das examinierte Personal: Allein im ZKH-Bremen-Ost würden durch eine Anrechnung der Auszubildenden 20 bis 30 Planstellen gestrichen.

Folge für die Auszubildenden:

Eine qualifizierte Ausbildung ist endgültig hinüber. Aber auch, wenn die Nichtanrechnung weiterhin offiziell bestehen bleibt, werden durch den weiteren Abbau von Planstellen beim examinierten Personal die gleichen Folgen eintreten wie bei einer Aufhebung der Nichtanrechnung. Solche Umstände machen die Arbeit auf der Station sowie eine Ausbildung unmöglich.

Deshalb fordern die Auszubildenden in der Krankenpflege des Bundeslandes Bremen:

— **Keine (wie auch immer geartete) Anrechnung der Auszubildenden auf den Bettenschlüssel;**
— **Schluß mit dem Planstellenabbau in den Kliniken;**
— **für eine qualifizierte Ausbildung und eine optimale Versorgung der Patienten.**

Für uns als Auszubildende in der Krankenpflege ist der Zeitpunkt gekommen, uns für die Durchsetzung dieser Forderung massiv an die Öffentlichkeit zu wenden. Der Aktionstag am 4. Juni, der durch die ÖTV unterstützt wird, ist erst der Anfang!

Aufruf zur öffentlichen Anklage:

Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzungen

Protestveranstaltung: 03. bis 05. Juni 1983

Im April 1983 hat in Frankfurt ein zweites bundesweites Treffen verschiedenster Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen stattgefunden, um über die Durchführung einer ursprünglich als Tribunal geplanten Veranstaltung „Ausländerpolitik und Menschenrechte" zu beraten. Unterschiedliche Vorschläge und Zielsetzung und Programm der Veranstaltung, über die wir uns dort noch nicht einigten, konnten inzwischen auf einen Nenner gebracht werden.

Produktives Ergebnis eines Nachfolgetreffens ist das untenstehende, einstimmig verabschiedete Programm für die dreitägige Protestveranstaltung *„Öffentliche Anklage: Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzung"* am 03. bis 05. Juni 1983 in Frankfurt. Die Initiatoren schrieben uns dazu: „Wir erhoffen uns von dieser Veranstaltung den Beginn einer Gegen-Offensive, die über die Tage des Tribunals hinaus einen Damm gegen die Fluten von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit errichten kann".

Die KPD hat den Aufruf unterzeichnet und unterstützt die Arbeiten des Kongresses.



für die Bundesregierung eine Verschärfung bzw. faktische Aufhebung der Asylgesetze.

Zu Zeiten des „Dritten Reiches" hatten 1,5 Millionen Deutsche das Land verlassen und in anderen Staaten um Asyl nachsuchen müssen. Vor diesem Hintergrund ist das einstmals liberale Asylrecht der Bundesrepublik entstanden.

Dieses Asylrecht ist nur noch Makulatur. Für Flüchtlinge aus der Dritten Welt sind die Grenzen dicht; für ein Visum in die BRD müssen sie vor den Augen ihrer Verfolger Schlange stehen. In der Bundesrepublik werden Asylbewerber unter menschenunwürdigen Bedingungen in „Sammellagern" zusammengepfercht. Durch die Weitergabe der Asyl-Akten an die Verfolgungsländer ermöglichen deutsche Geheimdienste dort die weitere Verfolgung von Flüchtlingen.

Mit all diesen Maßnahmen verstößt die Bundesregierung gegen die von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Schlußakte von Helsinki und setzt sich in krasser Weise über das Grundgesetz hinweg. Vor allem mißachtet sie rücksichtslos die Menschenrechte.

Es ist bestürzend, daß nach den schrecklichen Demütigungen und Verfolgungen, die ethnische Minderheiten während der Nazi-Zeit erleben mußten, heute in diesem Land — 50 Jahre „danach" — wieder gegen Menschenrechte anderer Volks- und Kulturzugehörigkeit Existenzvernichtung mit Verordnungen und Gesetzen betrieben werden soll.

Gemeinsam sind wir stark!



Streik bei AEG. Kämpfende Arbeiter: Deutsche und Ausländer gemeinsam. Lassen sie sich gegeneinander ausspielen, können sie nicht kämpfen. Das gilt überall. Deshalb gilt auch: Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit!

Vorläufiges Programm

Freitag, 19.00 Uhr: Eröffnung, • Anlaß und Zielvorstellung der Veranstaltung; Die Absichten der neuen Ausländerpolitik betreffen auch die Deutschen; geplanter Verlauf • Referat: Ausländerpolitik, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus; Kultureller Beitrag. 20.00 Uhr: Angeklagt: Ausweisungspraxis (Ausweisung wegen zu kleiner Wohnung, Bezug von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, Drogenabhängigkeit, Ordnungswidrigkeiten, politischer Betätigung) • Falldarstellung • Beiträge zu: Psycho-sozialen Folgen, Rückkehrideologie • Offene Diskussion: Betroffene Ausländer berichten.

Samstag, 10.00 — 12.00 Uhr: Arbeitsgruppen. 13.00 — 15.00 Uhr • Erfahrungsaustausch zwischen Ausländerinitiativen, Strategiediskussion • Ausländerfeindlichkeit und Rassismus • Rassengesetzgebung — Ausländergesetzgebung (Parallelen) • Türkei/BRD: Ursachen der Emigration — Bedeutung für beide Länder • Ausgrenzung als Krisenbewältigung • Erzwungene freiwillige Rückkehr • Kulturelle und nationale Identität • Multikulturelle Gesellschaft als Zielvorstellung • Ausländische Frauen und ihre Probleme • Leben im Exil • „Fremd in Deutschland" • Jugend • Arbeitslosigkeit, Betrieb und Gewerkschaft • Politische Rechte für Ausländer • Ausländerrecht und internationale Abkommen

Jede Arbeitsgruppe hat die Unterstützung eines Fachmanns / einer Fachfrau. Angestrebt wird jeweils ein Ergebnis, das in die Abschlußveranstaltung eingehen bzw. in einem Reader veröffentlicht werden kann.

Parallel zu den Arbeitsgruppen: Vorbereitete demonstrative Aktionen im Raum Frankfurt • Mahnwachen gegen Abschiebepraxis • Aktionen zum politischen Asyl • Alternative Stadtrundfahrt • Straßentheater

Samstag, 16.00 — 17.00 Uhr: Angeklagt: Familienzerrüttungspolitik • Falldarstellung • Beiträge von Psychologen, Bildungsexperten, Vertretern der Kirchen, Schriftstellern. 18.00 — 19.00 Uhr: Angeklagt: Asylpraxis • Falldarstellung • Beiträge von Faschismusexperten, Emigranten, Psychologen, Schriftstellern. Ab 20.00 Uhr Fest „1001 Nacht"

Sonntag, 10.00 Uhr: Arbeitsgruppen. 11.00 Uhr Abschlußveranstaltung • Auswertung und Perspektiven • Verabschiedung einer Resolution

Bundeskanzler Helmut Kohl hat behauptet, daß seine „Politik der Ausländerbegrenzung und -rückführung" auf eine „menschlich anständige Weise" durchgeführt werden soll:

• Für „menschlich anständig" hält Minister Zimmermann die Idee, bis 1990 die Hälfte aller in der Bundesrepublik lebenden Ausländer — das sind 2 Millionen Menschen — aus der Bundesrepublik zu vertreiben. Zunächst einmal: Arbeitslose, Arbeitsunfähige und Kranke; im weiteren solche Ausländer, die sich in demokratischen Organisationen gegen ihre Diskriminierung wehren. Dieser Plan bezieht alle nicht-deutschen Nationalitäten mit ein.

• Als „menschlich anständig" beurteilt die Bundesregierung auch die sogenannten „Rückkehrprämien", mit denen die auf diese Weise zur „freiwilligen"Heimkehr gebrachten Ausländer um bis zu 50 Prozent des ihnen zustehenden Geldes aus der Arbeitslosen- wie der Rentenversicherung betrogen werden.

• Für „menschlich anständig" hält die Bundesregierung, daß Trennungszeiten für Ehepaare bis auf 6 Jahre ausgeweitet werden sollen: zig-Tausende ausländischer Familien würden getrennt und zerstört.

• Mit „menschlichem Anstand" werden den Ausländern auch die politischen Teilhaberrechte verwehrt, die in anderen Ländern Europas immer selbstverständlicher werden (z.B. kommunales Wahlrecht).

• „Menschlich anständig" ist

„Integrationsfähig" und „integrationswillig" waren z.B. Türken jahrelang als Arbeiter — „allzufremd" und „integrationsunfähig" sollen sie jetzt die „nationale Identität unterwandert" haben. Sie sind „unerwünschte Minderheiten". Das ist Rassismus.

Auch für die deutschen Arbeitnehmer, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten ist eine solche Politik nichts anderes als eine Drohung. Die ausländischen Kollegen werden zu Sündenböcken der Arbeitslosigkeit erklärt, deren Ursachen doch „zu magere Gewinne", profitablere Geldanlagen im Ausland und vor allem arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungen sind. Mit dem Schlagwort: „Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg!" wird die Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern insgesamt geschürt. Eine gemeinsam solidarische Bewältigung der ökonomischen Probleme wird unmöglich.

Mit dem Argument: „Es sind zu viele" (Ausländer)! wird auf ein Krisenmanagement eingestimmt, bei dem auch einige Deutsche schon „zu viele" sind und immer mehr sein werden: so schon heute Jugendliche, Frauen, Frührentner. Die Masse der Arbeitnehmer wird in immer schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen genötigt; für einige sind die Löcher im „sozialen Netz" schon jetzt existenzbedrohend.

Ein Test, wieweit im Bedarfsfall gegen wachsenden Protest, gegen demokratische Opposition und die Gewerkschaftsbewegung vorgegangen

werden kann, sind die zahllosen Erlasse und Verordnungen gegen Ausländer. Haben die Innenminister schon bisher eine unmenschliche Praxis von Polizei- und Ordnungsämtern ermutigt, oft am Rande der Legalität, soll diese Praxis nun gesetzlich festgeschrieben, verschärft und erweitert werden:

• der Datenaustausch zwischen Behörden in „gegenseitiger Amtshilfe" (Sozialamt/Arbeitsamt/Ausländerbehörden)

• die Pflicht, immer seinen Paß bei sich zu tragen, andernfalls dies als „Ordnungswidrigkeit" verfolgt werden kann (für Ausländer ein gesetzlicher Ausweisungsgrund)

• gravierende Einschränkungen der politischen Betätigung

• die beabsichtigte Leibesvisitation „ohne begründeten Verdacht" durch den Bundesgrenzschutz.

All diese und noch andere Absichten führen zu einer immer umfassenderen Überwachung.

Diese Vertreibungsprogramme und diese Überwachungs- und Einschüchterungsprogramme bezeichnen den Punkt, an dem Zusehen und Nichtstun zum Mittun wird.

Wir rufen daher auf zur Öffentlichen Anklage der „Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzungen" in der Bundesrepublik. Protestveranstaltung am 3. bis 5. Juni 1983 in Frankfurt am Main.

Vorgestellt und angeklagt werden sollen schon jetzt bestehende Behördenpraxis und Regierungsprogramme bzw. geplante Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland:

Menschenrechtsverletzungen durch Ausländer-Vertreibungspolitik: z.B.

• Ausweisungen wegen Beanspruchung von Arbeitslosenhilfe

• Ausweisungen wegen Beanspruchung von Sozialhilfe

• Ausweisungen wegen zu wenig Wohnraum (weniger als 12 qm pro Person)

• Ausweisungen wegen Verstößen gegen die Rechtsordnung (z.B. Alkohol am Steuer)

• Ausweisungen wegen politischer Betätigung

• Nichtverlängerung von Aufenthalts- und Arbeitsrechten;

Menschenrechtsverletzungen durch Familien-Zerrüttungspolitik: z.B.

• Trennungszeiten für Ehepaare bis zu 6 Jahren

• Ausweisungen unter Inkaufnahme der Zerstörung einer Familie;

Menschenrechtsverletzungen in der Behandlung politischer Flüchtlinge: z.B.

• Visumszwang

• Verhinderung der Antragstellung auf Asyl (an den Grenzen auf Vorposten z.B. in ausländischen Flughäfen, politischer Druck auf Regierungen, Fluggesellschaften usw.)

• Kasernierung in Ghettos

• Auslieferung in die Gefängnisse und Folterkammern der Verfolgerstaaten.

Diskutiert und geplant werden sollen auch die Möglichkeiten einer breit angelegten Gegen-Offensive, die über die Tage der Protestveranstaltung hinaus einen Damm gegen die Fluten von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit errichten kann (Ausländer und Deutsche, in der Bundesrepublik wie in Europa).

Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen die unsoziale Krisenpolitik!

Wir fordern Arbeitsplätze — wir wollen keine Ausländerhetze!

Die rassistische und ausländerfeindliche Vertreibungs- und Überwachungspolitik der deutschen Innenminister muß gestoppt werden!

Wir wollen ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Nationen und Nationalitäten hier und anderswo!

Kontaktadresse: Initiative „Ausländerpolitik und Menschenrechte" c/o IAF, Mainzer Landstraße 239, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel.: 737898. Mo — Fr 17.00 bis 20.00 Uhr. Weitere Kontakttelefone: Klaus Peter Klingelschmitt, Tel.: 778941; Oliver Tolmein, Tel.: 241496.

Teil I

Arbeiter gegen Hitler

Der Widerstand der Arbeiter im Betrieb gegen das Nazi-Regime ist das Thema der heute beginnenden Serie. Wie sich Gewerkschafter nach der Zerschlagung ihrer Organisationen durch die Nazis am 2. Mai 1933 — die durch die Kapitulationspolitik der ADGB-Führung leicht gemacht wurde — um organisierten Kampf bemühten. Wie Sozialdemokraten und Kommunisten in der Illegalität zusammenfanden. Ein wichtiges Kapitel deutscher Geschichte mit aktueller Bedeutung für unseren heutigen Kampf wird hier lebendig.

Diese „Roter-Morgen"-Serie beruht auf einem Referat, das ein Hamburger Genosse der Redaktion zur Verfügung stellte. Wir beginnen die Auszüge mit der Darstellung der Zeit, die auf die Katastrophe des 2. Mai 1933 folgte.

So begann ein wahres Kesseltreiben gegen jede gewerkschaftliche Bewegung. Unter diesen Bedingungen trat die KPD wieder mit Angeboten zur Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen zur Reorganisierung freier Gewerkschaften an die SPD-Leitung heran. Aus Anlaß der Reichstagsbrandprovokation am 27. Februar 1933 und den damit erfolgten Massenverhaftungen, Massenmorden hatte die KPD der SPD und dem ADGB vorgeschlagen, zum Generalstreik aufzurufen. Dasselbe war am 14. März anläßlich der Aberkennung der 81 kommunistischen Reichstagsmandate und der Verhaftung Ernst Thälmanns am 3. März und Dimitroffs geschehen, und geschah am 5. Mai wegen des Verbots der Gewerkschaften. Die SPD ließ all diese Angebote unbeantwortet. Im Juni wurde sie dann selbst verboten. Das ständige Abwarten und Hinauszögern hatte die Lage der Arbeitnehmer nicht verbessert, sondern nur noch verschlechtert. Die Widerstandsmöglichkeiten wurden dadurch äußerst beschnitten.

Ähnlich war auch das Bild auf der Ebene der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Es sei festgestellt, daß die RGI (Revolutionäre Gewerkschafts-internationale) seit 1921 sich mehrere dutzend Mal an die Amsterdamer Internationale mit dem Angebot auf gemeinsames Vorgehen gewandt hat. Die Antwort der sozialdemokratischen Gewerkschaftsinternationale war unentwegt eine negative. Es war sehr schwierig, eine Einheitsfront der internationalen Gewerkschaftsbewegung herzustellen. Nach den Geschehnissen in Deutschland übten viele Gewerkschafter anderer Länder Kritik an der Amsterdamer Internationale. Im Verlauf von 15 Jahren fiel die Mitgliederzahl von 24 Millionen bis auf 9 Millionen ab. Nebenbei sei bemerkt, daß die deutschen Gewerkschaften schon immer zu den größten der Welt gehörten.

In einem Brief der RGI an die Amsterdamer Internationale wurde der Vorschlag gemacht, sich für den Wiederaufbau von freien Gewerkschaften in Deutschland zusammenzutun. Die Antwort lautete, es könne zur Zeit kein praktisches Ergebnis in dieser Frage erzielt werden. Eine Vereinigung der RGI und der Amsterdamer Internationale hätte bedeutet, 35 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Eine solch große Weltvereinigung der Gewerkschaften hätte zu einer gewaltigen Macht der Kapitaloffensive, Faschismus und Krieg werden können. Würde eine so geeinte Gewerkschaftsinternationale zum Kampf auffordern — dann würde dies den Sturz des Hitler-Regimes beschleunigen. Dann würde es auch praktische Ergebnisse geben, beispielsweise beim Kampf gegen den Lohnabbau, für eine umfassende Sozialversicherung, für Streikfreiheit, Freiheit der Arbeiterpresse und der Gewerkschaften. Um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu erreichen, schlug die RGI folgende Plattform vor:

„1. Gegen Lohnabbau, für Lohnerhöhung;

2. für durchgreifende Erwerbslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer und des Staates;

3. Kampf gegen den Faschismus für die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften dort, wo sie vom Faschismus aufgelöst wurden und gegen die Gleichschaltung der Gewerkschaften sowie für die Auflösung aller faschistischen Organisationen in den Ländern, wo der Faschismus noch nicht an der Macht ist;

4. Vereinigung der Gewerkschaften in allen Ländern auf der Grundlage des Kampfes gegen das Kapital und einer breiten Gewerkschaftsdemokratie;

5. Einberufung eines internationalen Kongresses aus Vertretern der den beiden Internationalen angeschlossenen Gewerkschaften zur Schaffung einer vereinigten Gewerkschaftsinternationale;

6. zur Einberufung des Internationalen Kongreß ist eine paritätische Kommission aus Vertretern beider Internationalen zur Koordinierung des Kampfes der Gewerkschaften in allen Ländern und zur Vorbereitung des Vereinigungskongresses zu schaffen.

Was läßt sich gegen die Vereinigung der Gewerkschaften und gegen die Schaffung einer vereinigten Internationale einwenden?

Wir zwingen unsere Anschauungen über die Diktatur des Proletariats und über das Sowjetsystem nicht auf, wir fordern nicht, daß die Führer der Amsterdamer Internationale Kommunisten und Revolutionäre werden. Wir sagen ihnen: Ihr habt in den Beschlüssen eurer Internationale viele Male erklärt, daß ihr gegen den Faschismus kämpfen wollt. Ihr habt erklärt, daß ihr gegen den Krieg, gegen die Kapitaloffensive kämpfen wollt. Laßt uns also gemeinsam kämpfen. Werden wir etwa dann zusammen weniger erreichen, als jeder allein für sich? War doch die elementare Losung der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt seit den ersten Tagen ihrer Entstehung die Losung: Einigkeit macht stark! Sollte sich auch tatsächlich nur ein einziger Arbeiter in der Welt finden, der glauben würde, daß Uneinigkeit stark macht? Die Arbeiter wollen die Einheit."

Dieser Linie der Einheitspolitik in der Gewerkschaftsbewegung wurde auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale festgelegt und half, sektiererische Positionen der Kommunisten in der Gewerkschaftsfrage zu überwinden. Im Dezember 1937 löste sich die RGI auf. Die Erfahrung der Gewerkschaftsbewegung der darauffolgenden Jahre zeigen die Erfolge des Versuches, den Einfluß der fortschrittlichen Kräfte in der Amsterdamer Internationale zu stärken. Immer häufiger fanden sich Sozialdemokraten und Kommunisten in den ersten Nazi-Jahren zusammen.

Im gewerkschaftlichen Kampf wurden beachtenswerte Erfolge erzielt. So auch bei den Vertrauensleutewahlen im Frühjahr 1934. Die faschistischen Kandidaten erhielten in der Mehrzahl der Betriebe nicht mehr als 25 Prozent der abgegebenen Stimmen. Nach 1935 gaben die Faschisten die Wahl von neuen Vertrauensräten auf. Sie entließen die, die ihnen nicht paßten, und ersetzten sie durch eigene Leute. Es verschwand der letzte Rest von Grundrechten, und das Dunkel in schlimmster Reaktion war ein völliges auch im Betrieb.

Die faschistische Arbeitsgesetzgebung machte die Arbeitnehmer vollkommen rechtlos. Es erfolgten Berufsverbote, Zwangsverpflichtung der Arbeiter, Verbot des Arbeitsplatzwechsels, die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. Rigoros war der Abbau der sozialen Einrichtungen, der Lohnabbau, die Unterstützungskürzungen, Preissteigerungen, Kurzbeit ohne Lohnausgleich, die faktische Aufhebung des 8-Stunden-Tages. Hiergegen etwas ausrichten zu können, mußte die Gewerkschaftsarbeit in die faschistische „Arbeitsfront" selbst verlagert werden. Die gewerkschaftliche Betätigung in der Arbeitsfront war der günstigste Weg zum Wiederaufbau der Gewerkschaften. Hierzu mußte man versuchen, alle nur denklichen legalen Möglichkeiten auszunutzen. Damals gab es die sogenannte „Taktik des Trojanischen Pferds" der Widerstandsbewegung.

Als der „Völkische Beobachter", um die Arbeiter zu beruhigen, einen demagogischen Artikel darüber brachte, daß Lohnerhöhungen bevorstünden, schnitten die Kollegen in einem Betrieb den Artikel aus und klebten diesen ans schwarze Brett. Damit legalisierten sie die Diskussion um die Forderung nach höherem Lohn im Betrieb. Der faschistische Betriebsführer konnte doch unmöglich den Arbeitern verbieten, über einen Artikel des „Völkischen Beobachters" zu „diskutieren". Diese Kampfformen erwiesen sich als sehr wirkungsvoll. Früher hatten sich die Gewerkschafter zum Teil darauf beschränkt, die Demagogie der Nazis zu entlarven, mit der sie beispielsweise in der Schwerindustrie den Lohnabbau an den Mann zu bringen versuchten. Dies brachte die Überschrift eines Gewerkschaftsflugblattes zum Ausdruck: Kannst du Eisen auf dein Brot schmieren?"

Fortsetzung im nächsten RM

Pressemitteilung

Rotzfreche Provokation der Neonazis!

Am Samstag, den 30. April 1983, trafen sich, nicht wie angekündigt in Karlsruhe, sondern in Bad Bergzabern, im Gasthoft Ratsherrn-Stüble 63 Alt- und Neu-Nazis zu einer Pressekundgebung. Nachdem der größte Teil sich auf der Raststätte Baden-Baden getroffen hatte (Polizei, Verfassungsschutz, Presse und Fernsehen waren schon da), fuhren die Faschisten um 13.00 Uhr in einer Kolonne über Maxau/Knielingen nach Bad Bergzabern. Obwohl sie ihre Uniformen nicht nur im Saal, sondern auch auf der Straße trugen, griff die Polizei nicht ein! Gegen 16.00 Uhr begann das Inszenario. Zuerst wurde beklagt, daß der Neo-Nazi Peter Müller, Sohn des berüchtigten Mainzer Nazi-Gärtners, am Karlsruher Hauptbahnhof verhaftet wurde. Dann stellte man bedauernd fest, daß der Nazi Weißhaupt aufgrund seiner faschistischen Umtriebe aus der IG Bau, Steine, Erden ausgeschlossen wurde. Dies nahm man als Anlaß eine eigene „Gewerkschaft" zu gründen.

Die Nazis hatten rund um die Kneipe eine eigene „Stabswache" aufgestellt. Gegen 16.00 Uhr rückten ca. 200 bis 250 Mann Bereitschaftspolizei an, und übernahm, unterstützt von einer „Schutzhund-Staffel" („SS"), die „Stabswache" der Nazis! Gegen 16.30 Uhr marschierten die Gegendemonstranten im Marschblock aus Richtung Innenstadt heran und begannen den Abzug der Nazis zu fordern. Dabei fiel leider eine Fensterscheibe der Nazi-Kneipe nach innen. Die Nazis, die sich auf den Schutz der Grünjacken verlassen konnten, gröhlten währenddessen drinnen ungehindert weiter. Zum Abschluß wurde die erste Strophe der Nationalhymne und das Faschisten-Lied „Einst kommt der Tag der Rache" gesungen! Dabei reckte über die Hälfte der Nazis den rechten Arm zum Hitler-Gruß in die Höhe, und obwohl zu diesem Zeitpunkt zwei Kriminalbeamte in Zivil anwesend waren, schritten sie nicht ein. Um 18.50 Uhr verkündete der Nazi-Terrorist Kühnen genießerisch, daß die Grünjacken um 19.00 Uhr mit dem „Abräumen" der Gegendemonstranten beginnen würden. Und so geschah es tatsächlich in unserem freiheitlich, demokratischen Recht(s)staat, daß draußen die Antifaschisten von Schäferhunden gebissen und Grünjacken geschlagen wurden, während die Nazis mit Uniformen und Fahnen, allen „Gesetzen" zum Trotz, in aller Ruhe zum Müller-Mainz fahren konnten, um dort den Kameradschaftsabend fortzusetzen. Daß die Grünröcke sich als brave Schafe dieses Staates auf die Seite der Nazis geschlagen haben, sollte für uns alle Beweis genug sein, was wir zu erwarten haben, und wir dürfen nicht zögern, uns gut darauf vorzubereiten.

Rot Front
Rex Appelgate



Dieses Bild von der antifaschistischen Demonstration anläßlich des Nazi-Treffens in Bad Bergzabern, an der sich in Karlsruhe etwa 1500 Menschen beteiligten, schickten uns Genossen aus Karlsruhe. Für das Verbot aller Nazi-Gruppen, hier von GEW-Mitgliedern gefordert, tritt auch die KPD ein.

Anmerkung: „An alle Publikationsorgane in der BRD" ist dieser Brief gerichtet, und er ist gezeichnet mit „Generalkommando der progressiven Kräfte der BRD". Das ist sicher ein unzutreffender Name, aber was immer damit auch gemeint ist, wir betrachten dies als Brief eines empörten Antifaschisten. Deshalb drucken wir ihn ab. — Red. RM

Eine ausführliche Darstellung der Aktivitäten Kühnens seit seiner Haftentlassung, der Umtriebe der ANS/NA sowie über Notwendigkeit und Ansatzpunkte für ein Verbot dieser terroristischen Nachfolgeorganisation der NSDAP bringt der nächste „Rote Morgen".

Asylbewerber in den Tod getrieben

In Dortmund erhängte sich ein 28jähriger Asylbewerber aus Ghana aus Verzweiflung über die Abweisung seines Asylantrages.

Die staatliche Asylpolitik, die durch eine immer weitergehende Einschränkung des Grundrechtes auf politisches Asyl gekennzeichnet ist, fordert Opfer. Dazu zählen diejenigen, die nach Aberkennung des Asylantenstatus in ihrer Heimat gequält und ermordet werden, dazu gehören auch die, die aus Verzweiflung über die Zurückweisung in der Bundesrepublik Selbstmord begehen.

Ein solcher Fall ereignete sich Ende April/Anfang Mai im Dortmunder Westen.

Am 3. Mai machten Monteure, die im Asylanten-Wohnheim Dorstfeld einen Lift reparieren wollten, eine grausige Entdeckung. In der Nische des Balkons vor einem der Zimmer hing die Leiche des 28jährigen Ghanesen Abu D., der sich vermutlich bereits am Wochenende das Leben genommen hatte, ohne daß es die anderen Heimbewohner merkten.

Kein Zweifel besteht bei den anderen Bewohnern allerdings über das Motiv des Selbstmords: Abu D. hatte kurz zuvor erfahren, daß man ihm in der Bundesrepublik kein Asyl mehr gewähren wolle. Aus Verzweiflung darüber hatte er offensichtlich keinen anderen Ausweg mehr gesehen. Er lebte bereits anderthalb Jahre in Westdeutschland.

Da hat sich Bundeskanzler Kohl jetzt wieder hingestellt und zum Asylrecht in seiner Regierungserklärung nur eins zu sagen gewußt: Die Regierung werde alles tun, „um den Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern". Damit kann er höchstens meinen: Wenn es kein Asylrecht mehr gibt, kann es auch keiner mehr mißbrauchen. Die Weichen sind gestellt. Der Kurs, den die Regierung steuert, kostet heute schon Menschenleben.

Wir fordern: Schluß mit dem tödlichen Machtmißbrauch in den Amtsstuben Bonns, Zirndorfs und aller Bundesländer!

Zügige Anerkennung aller politisch Verfolgten als Asylberechtigte!

Für ein demokratisches Asylrecht!

Ausstellung:

Tradition der Zensur und Meinungsunterdrückung in Dortmund

14 Tage lang wird diese umfangreiche Ausstellung, die von der Dortmunder Geschichtswerkstatt erstellt wurde, im Foyer des Kleinen Hauses der Städtischen Bühnen in Dortmund zu sehen sein. Danach wird sie von der Gewerkschaft HBV übernommen. Im Rahmen dieser Ausstellung wird auch die Verfolgung unserer Zeitung, des „Roten Morgen", Ende der siebziger Jahre dokumentiert.

Erstmals vorgestellt wurde die Ausstellung am 9. Mai im Rahmen einer großen Kulturveranstaltung aus Anlaß des 50. Jahrestages der Bücherverbrennungen durch die Hitler-Faschisten. Hanne Hiob, Jan Knopf, Max von der Grün und viele andere gestalteten den Abend und stellten auch aktuelle Fälle von Zensur bei Schriftstellern vor. Zensur und Unterdrückung von Meinungsfreiheit gibt es eben auch heute noch, sie haben eine finstere Tradition in unserem Land.

Brasilien aktuell

Bericht aus „Tribuna Operaria"

Drei Tage, in denen die Hunger-rebellion Sao Paulo erschütterte

Chronologie der Ereignisse

Die folgende — gekürzte — Zusammenfassung der Ereignisse entnehmen wir der Zeitung Arbeitertribüne. Die revolutionäre Wochenzeitung berichtete in größter Ausführlichkeit über die Ereignisse, sprach mit verschiedenen kommunistischen Parlamentsabgeordneten und den Organisatoren der Massendemonstrationen.

Montag, 8 Uhr morgens
Im Stadtteil Santo Amaro, auf dem Platz des 13. Mai versammeln sich 4000 Arbeitslose um öffentlich das Komitee des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit zu gründen. Der Abgeordnete Aurelio Peres macht in seiner Ansprache die Politik der Bundesregierung in Brasilia alleine für die Situation verantwortlich, die im Dienste des internationalen Kapitals stehe.

Montag, 10 Uhr
Die Gemüter sind erhitzt — und als ein Großtransporter mit Orangen den Platz passieren will, explodiert es. Orangen — vor kurzer Zeit noch undenkbar, daß nicht jeder Brasilianer so viel davon hat, wie er mag, heute ist es so, das brachte das Faß zum Überlaufen. 1800 Säkke wurden genommen und verteilt.

Die Menge, ständig anwachsend, will nun in die Innenstadt ziehen, zum Gouverneurspalast, um Sofortmaßnahmen vom neuen Gouverneur, den fast alle gewählt haben, zu fordern. Aber es gibt auch einen Teil, der zurückbleibt und den Barateiro-Supermarkt überfällt. In weniger als 20 Minuten ist der riesige Supermarkt völlig leer. Die Läden rasseln, die Geschäftsinhaber verbarrikadieren sich, die Polizei kommt, die Sondereinheiten werden gerufen.

Montag, 13 Uhr 30
Jetzt sind schon weit über 15000 Menschen auf dem Platz — man wartet eigentlich nur auch auf den Angriff der Sondereinheiten, der Militärpolizei. Dann kommt sie nicht. Es kommt eine Hundertschaft Soldaten. Deren erster Angriff wird von einem Steinhagel, Mollies, brennenden Autos und zerstörten Bussen aufgehalten. Im zweiten Angriff werden 150 Menschen verhaftet und auf die 11. Polizeiwache geschleppt.



Ein Supermarkt wird geplündert — Lebensmittelplünderungen stießen in der Öffentlichkeit auf großes Verständnis

Montag, 17 Uhr
Eine riesige Menschenmenge bewegt sich auf die 11. Polizeiwache zu und fordert die Freilassung der Verhafteten. Die Polizei eröffnet das Feuer und zerstreut so die Menge. Gegen Abend beruhigt sich die Lage — an der Oberfläche. Die ganze Nacht über wird geplündert. Vor allem in vier südlichen Stadtteilen, aber auch anderswo. Die Geschäftsinhaber stellen eigene bewaffnete Formationen auf, ein Unbeteiligter wird von ihnen erschossen. Kein einziges Geschäft im Stadtteil Jardim Sao Luis bleibt daraufhin unbehelligt.

Dienstag, 9 Uhr
Erneut Massenversammlung auf dem Platz des 13. Mai in Santo Amaro. „Wir wollen dafür kämpfen, daß eine andere Politik gemacht wird, die die Probleme löst, wir wollen nicht zerstören", diese Losung wird vom Komitee ausgegeben. Erneut formiert sich ein Demonstrationszug zur Innenstadt, 8 Kilometer zum Bandeirantes-Palast der Regierung vor sich. An Großbetrieben vorbei, deren Belegschaften herauskommen und den Zug begrüßen, die ausdrücklich billigen „wenn ihr euch was zu essen holt" aber ebenfalls gegen Zerstörungen Stellung nehmen.

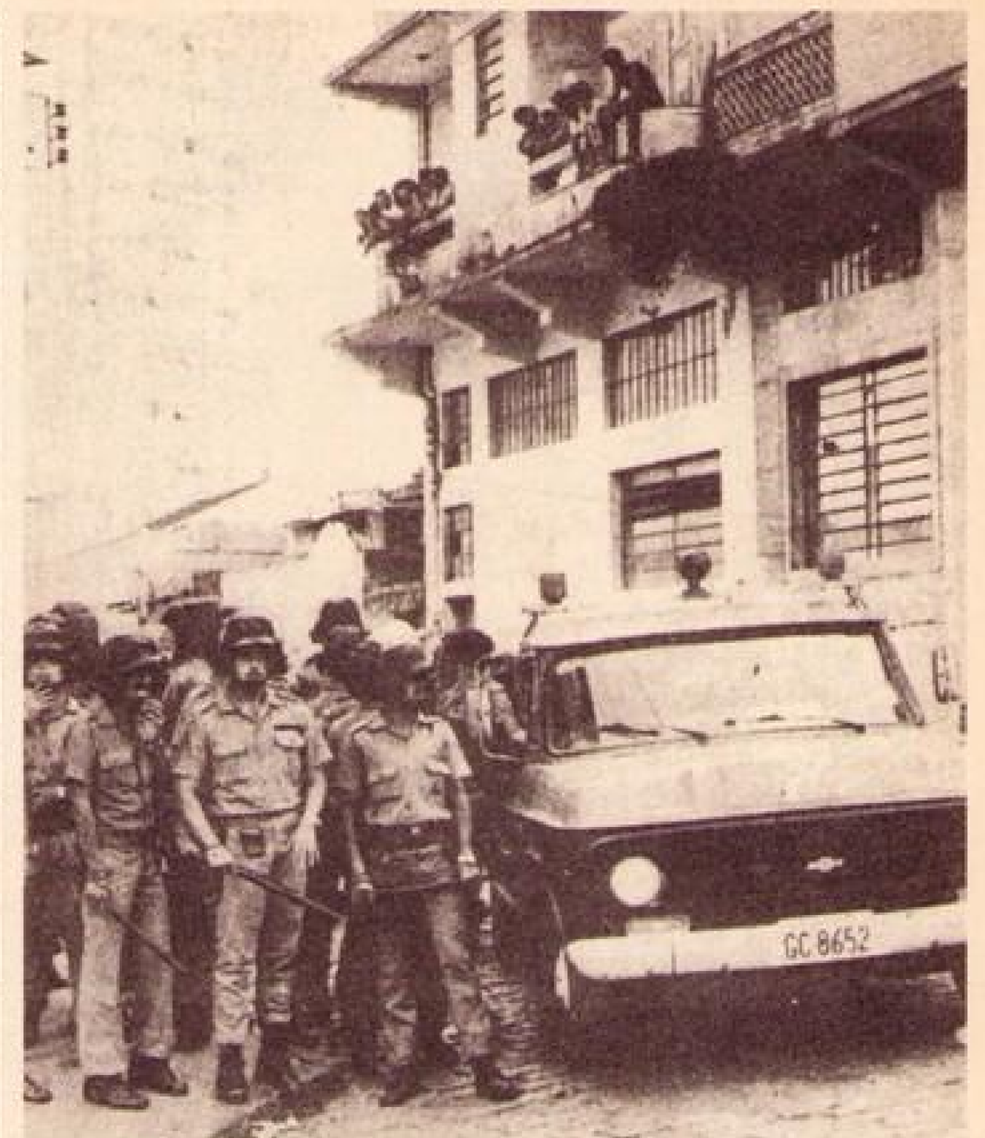
Dienstag, 12 Uhr 30
Ankunft vor dem Regierungspalast. Der Gouverneur kommt nicht. Es geht hin und her. Nach rund anderthalb Stunden des Wartens explodiert die Situation erneut, der Palast wird von Tausenden gestürmt — die Palastgarde überrannt. Aber dahinter wartet die massierte Militärpolizei, die mit ihrer vollen bekannten sadistischen Brutalität „aufräumt".

Dienstag, 14 Uhr
Die Menge teilt sich, niemand beherrscht mehr die Lage. Ein Teil bekräftigt seine Forderung nach einer Stellungnahme und Zusagen des Gouverneurs, ein anderer, kleinerer Teil macht sich auf den Weg zurück mit der Losung „wir machen alles kaputt, was auf dem Herweg heil blieb" — und das tun sie auch.

Eine Kommission verhandelt mit dem Gouverneur und seinem Sekretär für Arbeitsfragen. Die Regierung erkennt die Berechtigung der Forderungen der Arbeitslosen an und macht konkrete Zusagen.

Dienstag, 15 Uhr 30
Auf dem Rückweg vom Gouverneur werden zwei der von der Regierung bereitgestellten Busse von der Militärpolizei überfallen, die die sechzig Insassen Spießruten laufen läßt. Daraufhin herrscht, vor allem in der Innenstadt nur noch blanke Rebellion. Banken, Zeitungskioske, Ampeln, Autos, alles, was greifbar ist, wird zerstört. Da gibt es keine Forderungen, nur noch Haß, blinden Haß. Gegen 19 Uhr gleicht die ganze Innenstadt einem Schlachtfeld, Überall pausenlose Schlägereien mit Polizei, Militärpolizei, Sondereinheiten der Armee.

Mittwoch
Die Regierung des Bundesstaates Sao Paulo verbietet jegliche Kundgebung, alle größeren Plätze der Riesenstadt werden abgeriegelt. Auch die Kundgebung des Arbeitslosenkomitees von Santo Amaro wird verboten. Es herrscht Ruhe. Am Nachmittag werden zwei Wochenmärkte von Uniformierten(!) geplündert. Der Stimmungsumschwung ist dadurch endgültig. Das Komitee beschließt auf einer trotz allem durchgeführten Versammlung seine Arbeit fortzusetzen, nachdem von zahlreichen Seiten, einschließlich der Parlamentsfraktion der PMDB Unterstützung bekundet wurde. Die Lage beruhigt sich...



Die Militärpolizei marschiert auf



Reklame wörtlich genommen: Geben sie kein Geld aus, heißt der erste Teil des Werbespruches...



Die Arbeitslosendemonstration, die Ausgangspunkt der Rebellion war

„Schuld hat allein die Regierung"

Der Abgeordnete im Parlament von Brasilia, Aurelio Peres, schrieb seine Stellung zu den genannten Ereignissen in der „Tribuna Operaria" vom 11. April. Peres, der der gewählte Abgeordnete von Sao Paulo Süd ist, für die PMDB gewählt wurde und auch die Bildung des Arbeitslosenkomitees initiierte, war auch Mitglied der Delegation, die vom Gouverneur des Bundesstaates, Montoro (PMDB), eine Reihe konkrete Zusagen bekam.

In seinem Artikel rollt Peres die gesamte Vorgeschichte der Ereignisse auf, erinnert an die Bewegung zur Bildung einer Einheitsgewerkschaft, an der er selbst vor seiner Wahl als Abgeordneter, als Metallarbeiter, teilnahm.

Die Regierung sei immer wieder gewarnt worden, daß die Geduld des Volkes allmählich zu Ende gehe. Der Ausverkauf des Landes, die Bestimmung der rigiden Entlassungspolitik durch den IWF, die enormen Zinszahlungen an ausländische Banken all dies sind die konkreten materiellen Gründe für die Notlage von -zig Millionen Menschen in einem von der Natur so überreich bedachten Land.

In diesem Zusammenhang erneuert Peres eine Forderung, die die Kommunisten Brasiliens sofort nach dem Wahlsieg der PMDB erhoben hatten: Daß der nächste Präsident nicht, wie bisher vorgesehen, von einem kompliziert (und manipuliert) zusammengesetzen Wahlgremium gewählt werden soll, sondern daß dieser Posten, der der wichtigste in der brasilianischen Politik ist, in direkter Wahl durch das ganze Volk bestimmt werden soll. Das wäre das Ende der Generalsregierung.

****************Was passiert noch in Brasilien? **************

Die großen und blutigen Unruhen, die vor kurzer Zeit Sao Paulo erschütterten wurden auch hierzulande in den Medien wiedergegeben — Sensation lag in der Luft, Blut floß, Brandstiftung, Plünderung, Straßenkämpfen. Über die Hintergründe wurde wenig gesagt.

Nach fast 20 Jahren Militärdiktatur ist die große Masse der Bevölkerung in einer wirtschaftlichen Notsituation, die nur jener der dreißiger Jahre vergleichbar ist, Hunderttausende von Arbeiterfamilien, Millionen von Menschen haben einfach: Hunger.

Über 50000 Landbesetzungen und Hausbesetzungen in einem halben Jahr, durchgeführt von ganzen Familien und Sippen, die kein Dach mehr über dem Kopf haben, weil sie keine Miete mehr bezahlen können, waren da schon vor den Paulistaner Unruhen ein deutliches Signal für wachsende Kampfbereitschaft.

Seit dem großen Streik der Metallarbeiter vor nunmehr drei Jahren in Sao Paulo, die heute vielleicht sogar die größte Arbeiterstadt in ganz Amerika ist, wankt die Diktatur der Generale, wurde Zugeständnis um Zugeständnis gemacht. Dies war aber stets verbunden mit dem dauernden Versuch, das Rad zurückzudrehen. Der kürzliche Wahlkampf, der mit einer gewaltigen politischen Niederlage für die PDS, die Partei der Generale und des IWF endete (die nur aufgrund der Wahlbestimmungen noch mehr Sitze im Bundesparlament hat als die Opposition, die mehr Stimmen bekam) kostete mindestens ein Dutzend Tote, darunter auch Oppositionsabgeordnete. Die sich erneut anbahnende Landarbeiterbewegung (die damals einer der wichtigsten Gründe für den Putsch war) wird blutigst unterdrückt. Verbotene Parteien wie die KP Brasiliens können einerseits Versammlungen abhalten ohne große Einschränkungen, andererseits werden sie teilweise von Polizeigroßaufgeboten aufgelöst.

Im größten Land Lateinamerikas, im Land mit der größten Arbeiterklasse, auf der südlichen Halbkugel sind die Zustände im Fluß, bahnt sich offensichtlich eine Entscheidungsschlacht an. Für einen Halbkontinent, der recht lange ruhig war, in dem aber sich die Zahl der Streiks im ersten Vierteljahr mehr als verzehnfacht hat, mit erstmalig seit langen Jahren Generalstreiks in Argentinien, Ecuador und Kolumbien, könnte dies ein Fanal werden.

Ein „Roter-Morgen“-Leser schreibt:

Berichte aus Brasilien

Belo Horizonte, Ende April

Erstens das Brot ...

Mit einem Stapel der „Tribuna Operária“ ausgerüstet, machen wir uns auf den Weg. Wir, das sind ein Korrespondent des „Roten Morgen“ und ein Genosse aus Belo Horizonte. Heute soll die Favela Alto Vera Gruz besucht werden. Hier leben ca. 40000 Menschen, überwiegend Arbeiter, Kraftfahrer und Landarbeiter mit ihren Familien.

Mit dem Bus fahren wir vom Zentrum bis zum Stadtrand. Hier beginnt auch schon die Favela Alto Vera Gruz. Favela, zu deutsch, Barackensiedlung oder einfach nur Dach über dem Kopf. Die letzten beiden Tage hat es geregnet, und so sind alle Wege voll Schlamm und Dreck. Ein bequemes Vorwärtskommen ist es nicht. Schnell sind die Schuhe naß und bald hat man fließendes Wasser in den Socken.

Links am Straßenrand steht eine Gruppe Faveleiros, die sich unterhalten. Ein Genosse ist darunter mit seinen Nachbarn. „Alles in Ordnung? Darf ich Euch einen Genossen vorstellen, der über die Favela berichten will!“ Die Begrüßung ist sehr herzlich und wir unterhalten uns über Brasilien, Deutschland, Gott und die Welt. Hier wechselt die Hälfte der Zeitungen den Besitzer. Der Genosse aus der Favela nimmt seinen Teil ab, auch von den Nachbarn kauft jeder eine „Tribuna“. Zum Schluß muß ich noch von der ganzen Gruppe ein Foto machen. Alle haben sich aufgestellt, halten die Zeitungen in der Hand und lachen über das ganze Gesicht.

Dann geht es weiter. Ein Arbeiter soll aufgesucht werden, mit dem sich der Genosse unterhalten will. Wir biegen von der „Hauptstraße“ ab und bewegen uns auf einer Art Trampelpfad vorwärts. Das Wasser hat tiefe Furchen hineingegraben, allerhand Unrat hat sich angesammelt. Leere Zigarettenschachteln, eine leere Dose und ein wohl verlorengegangenes weißes Taschentuch liegen herum. Das Taschentuch sieht aus, als sei es ein kleines weißes Schiff, das sich seinen Weg flußabwärts sucht. Wir sind an unserem Ziel angelangt. Der Kollege ist nicht zu Hause, doch wir sollen zuerst einmal eintreten. Das Haus besteht aus vier hochgezogenen Wänden mit einem Dach darüber. Innen sind zwei Räume abgeteilt, die eine Gesamtfläche von ca. 20 qm haben. Die Möblierung entspricht etwa dem üblichen Favela-Standart. Ein alter Tisch mit Gaskocher und einem Stuhl richten die Küche ein. Der Wohnraum ist ausgestattet mit einem „Sofa“, wie man es in Deutschland nicht einmal mehr auf dem Sperrmüll findet. Der einzige Luxusartikel der Familie ist ein kleines Kofferradio. Wir verabreden uns für später und machen uns wieder auf den Weg.

Jetzt können wir sogar ein richtiges Favela-Fußballspiel beobachten. Das Spielfeld ist eine staubige Gasse und als Tore dienen vier leere Büchsen. Die Mannschaften bestehen aus je drei kleinen Knirpsen von etwa vier bis fünf Jahren. Kurze Hosen und viel zu kleine Hemden sind die Trikots. Fußballschuhe braucht man nicht, bzw. man hat kein Geld dafür, und ein Ball ist auch von irgendwoher aufgetrieben worden. Das Spiel ist so aufregend, daß es sogar ein paar kleinere Zuschauer gefunden hat. Sie blicken bewundernd auf die „Großen“, wie wohl jeder Brasilianer bewundernd auf Zico, Junior und die Stars blickt. Hier ist der kleine Favela-Junge Pele oder Garincha.



Auch bei den Unruhen in Sao Paulo (siehe Bericht auf Seite 8) waren die Bewohner von Favelas eine aktive Kraft, denn dort regiert der Hunger. Polizei und Militär sind hier nur als feindliche, brutale Kräfte bekannt...

Aus einem benachbarten Haus hören wir die neusten amerikanischen Hits. Zwei Mädchen diskutieren über ihre Musikstars. Wer singt schöner, wer ist besser? Auch dieses Problem gibt es hier.

Doch wir müssen weiter. Als nächstes besuchen wir die Familie von Valdomiro. Er ist 56 Jahre, von Beruf Landarbeiter und jetzt arbeitslos. Er soll etwas über die Favela erzählen. Seine Rede ist so stürmisch wie ein Wasserfall, voll mit Vorwürfen, Anklagen und auch Trotz. Hier in der Favela gibt es kein Licht, kein Wasser und keine ordentlichen Straßen. Um all das wird der Kampf schon über sechs Jahre geführt. Er berichtet auch, daß die Organisierung des Kampfes außerordentlich schwierig ist — viele können nicht lesen und schreiben (später erzählt mir der Genosse, daß Valdomiro auch nicht lesen und schreiben kann). Auch sein Arbeitsbuch zeigt mir der Landarbeiter. Bei seiner letzten Arbeit verdiente er ca. 70 Cruzeiros die Stunde. Zum Vergleich der Preis eines Kinobesuches in Belo Horizonte: 800 Cr. Natürlich müssen wir auch hier, wie auch sonst überall üblich, unseren Kaffee trinken.

Aber weiter geht's. Zum Schluß wollen wir noch weitere Genossen aufsuchen. Nach einem abenteuerlichen Weg sind wir schließlich ohne große Verluste angekommen. Gerade noch bekommen wir die letzten Vorbereitungen zur Wahl des Einwohnerrates von Alto Vera Cruz mit. Die Stimmzettel werden vorbereitet. Zur Wahl steht eine Gruppe der herrschenden Rechts-Regierung und eine Gruppe der Opposition, auf der auch einige Genossen kandidieren.

Doch zuvor noch etwas zum letzten Wahlkampf vom November '82. Die herrschende PDS-Partei hatte Unmengen Geldes in die Favela gepumpt, um hier Stimmen zu bekommen (oder zu kaufen). So wurden Hemden mit PDS-Aufdrucken verteilt, Essen kostenlos ausgegeben und außerdem wurden ca. 30 Männer gekauft — jeder für 5000 Cr. pro Tag und sie wurden auch mit Revolvern ausgerüstet, um die Opposition einzuschüchtern. Man sieht die Kapitalisten haben Geld und sie kaufen alles: Gerechtigkeit, Polizei, Eltern und Regierung, alles. Und wir haben nur ein einziges Kapital: die Genossen! Und dieses Kapital ist sehr gut. Alle drei PMDB-Kandidaten wurden gewählt. Und von diesen dreien erhielt der Genosse Francisco die meisten Stimmen.

Die PDS scheiterte kläglich. Und jetzt sollen wieder Wahlen stattfinden.

Am nächsten Tag erfahren wir, daß die Oppositionsliste mit 80 Prozent gesiegt hat. Es herrscht eine unbeschreibliche Freude.

Ich denke mit Sympathie an die Genossen. Es sind ein paar Männer und Frauen, alle arm und ohne Macht, viele von ihnen ungebildet, wenige können nur mit Mühe lesen. Doch sie haben den festen Willen, das Schicksal der Welt zu verändern, die ganze Erde „auf den Kopf zu stellen“.

Man könnte hier leicht in eine Art Revolutions- oder Favelaromantik verfallen. Aber all dies ist Kampf um das tägliche Leben. Der Kampf um Brot und Boden, der Kampf für die Freiheit ist nicht romantisch. Romantik wird den späteren Generationen vorbehalten bleiben, dann wird es heißen: Damals in Alto Vera Cruz...

Pressekonferenz im Landesparlament

Amazonas: Geheimdienst will das Volk verwirren

Wenige Tage nach den großen Unruhen der Arbeitslosen, die Sao Paulo erschütterten trat der Geheimdienst der brasilianischen Generale mit der Behauptung an die Öffentlichkeit, 12 Mitglieder der KP Brasiliens seien die Drahtzieher dieser Plünderungen und Brandstiftungen gewesen. Im kleinen Plenarsaal des Landtages von Sao Paulo organisierte daraufhin die Partei eine Pressekonferenz auf der Joao Amazonas die Position der KPB vertrat.

Dabei wies Amazonas vor allem darauf hin, daß es sich bei den Unruhen politisch gesehen um zwei verschiedene Dinge handelte. Während die Zehntausende von Arbeitslosen, vom blanken Hunger getrieben im Süden der Stadt, vor allem im Metallarbeiterbezirk Santo Amaro Supermärkte gestürmt hätten und sich dort mit den dringend benötigten Lebensmitteln versorgt hätten, habe es sich bei einigen der Aktionen in der Innenstadt um Provokationen bewaffneter rechter Banden gehandelt, deren Ziel es gewesen sei, die erst wenige Tage vorher angetretene neue Regierung des Bundesstaates, die von der Oppositionspartei PMDB gebildet wird, zu stürzen, einen Zugriff auf den Staat von der Zentralregierung in Brasilia zu ermöglichen.

Er bestätigte dabei nochmals die Unterstützung der KPB für die Regierung Montoro, die drei Wochen vor den Unruhen die Geschäfte von der vorherigen Rechtsregierung übernommen hatte und begrüßte die Maßnahmen, die da getroffen worden seien, das Elend zu lindern, denn schließlich gibt es alleine in der Stadt rund 700000 Arbeitslose. Er wies aber darauf hin, daß die Ursache der Not in der Politik der Generale liege, die das Land und seine Reichtümer dem Zugriff des Internationalen Währungsfonds bedingungslos geöffnet haben.

In diesem Zusammenhang wies Amazonas die Unterstellung des Geheimdienstes, die in großem Umfang von Presse und Fernsehen verbreitet wurden zurück und unterstrich, daß die Partei keineswegs eine große Verschwörung plane oder sei, sondern im Gegenteil entschieden ihre Legalisierung fordere, um ihre Politik noch deutlicher und stärker vertreten zu können. Daß die Partei in dem Paulistaner Arbeitslosenkomitee, das zu den Massendemonstrationen aufgerufen hatte, entscheidenden politischen Einfluß besitzt, ist eben nicht das Resultat einer Verschwörung, sondern eben der eindeutigen Politik der KP Brasiliens im Interesse der Arbeiter, ob sie nun Arbeit haben oder nicht.



Mit diesem Plakat (in der Zeitung steht „Geheimdienst sagt 12 von der KPB sind schuld“) nahm die KPB Stellung gegen die Kampagne des Geheimdienstes, der die Verhaftung der Führung der Partei nach dem „Gesetz zur nationalen Sicherheit“ forderte...

Den folgenden Brief erhielten wir, wie auch die anderen kommunistischen Parteien von der Abschlußsitzung des Parteitags der KP Brasiliens.

Botschaft an die Bruderparteien

Liebe Genossen,
nehmt die brüderlichen kommunistischen Grüße unseres kürzlich durchgeführten Parteitags entgegen.

Nach Überwindung von Schwierigkeiten verschiedenster Art und einer langen Zeit der Militärdiktatur ist es den brasilianischen Kommunisten gelungen, ihre höchste Versammlung durchzuführen, an der alle Parteiorganisationen im gesamten Land beteiligt waren. Dort wurden die internationalen und nationalen Probleme ebenso debattiert, wie die Stärkung der Partei und der Weg der brasilianischen Revolution. In dieser Debatte wurde die Wichtigkeit der marxistisch-leninistischen Parteien auf der Welt unterstrichen, die die Gegner des Volkes enthüllen und zum Ausbreiten der revolutionären Ideen arbeiten.

Der Parteitag bestätigt die Linie der KP Brasiliens zur Verteidigung der Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung, die im Klassenkampf und im Kampf gegen den heutigen Revisionismus geschmiedet wird. Diese prinzipielle Einheit wird von unserer Partei als ein Faktor höchster Wichtigkeit für den Fortschritt der proletarischen Weltrevolution betrachtet. Die Feinde sind nicht Wenige, die es zu bekämpfen gilt und alle sind bemüht, die Reihen der Vorhut des Proletariats zu schwächen und spalten.

Der Parteitag unterstrich einmal mehr die Unterstützung unserer Partei für alle marxistisch-leninistischen Organisationen, die am Kampf zur Verteidigung der unsterblichen Lehre des Proletariats beteiligt sind, an ihrer schöpferischen Anwendung auf die sich entwickelnde Realität, unterstrich die Bereitschaft der Partei, mit dem Kampf der Kommunisten und der Völker aller Welt aktive Solidarität zu üben.

Die brasilianischen Kommunisten verließen ihren Parteitag mit dem verstärkten Vertrauen, daß die nahe Zukunft der Arbeiterklasse und dem wissenschaftlichen Sozialismus gehört. Das kapitalistische System versinkt in der unabwendbaren Krise und Zersetzung. Die brutale Ausbeutung der Länder und Völker durch den Imperialismus und Sozialimperialismus hat eine untragbare Lage geschaffen. Deshalb wächst überall der Geist der Revolte, des Hasses auf Ausbeuter, Faschisten, Kriegshetzer und reaktionäre Regierungen. Das müssen die fortgeschrittenen Kräfte aufnehmen und in große Kämpfe für die nationale und soziale Befreiung der Völker verwandeln.

Auf Grundlage dieser Auffassung über die gegenwärtige Lage hat unser Parteitag im nationalen Rahmen darauf orientiert, noch engere Verbindungen zum Proletariat zu schaffen, ständige Anstrengungen der Kommunisten gefordert, um die Aktivität der Massen zu stärken, um die proletarischen und Volkskräfte in Bewegung zu setzen im Kampf für ihre unmittelbaren Interessen und für den Sieg des Sozialismus, denn nur der Sozialismus kann dem Proletariat, allen Ausgebeuteten und Unterdrückten eine große Perspektive bieten.

Wir vertrauen darauf, daß die Beschlüsse des Parteitags der KP Brasiliens den Erwartungen der Kommunisten, der Arbeitermassen, der Volksmassen, ihrer Verbündeter und Freunde voll entsprechen. Für eine starke und revolutionäre weltweite Arbeiterbewegung! Entschiedene Unterstützung für das sozialistische Albanien, das für die Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Kontinente neue Hoffnungen schafft!
Es lebe der Marxismus-Leninismus!
Es lebe der proletarische Internationalismus
José Duarte

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbri

Vietnam

Zum Artikel „China heizt den Konflikt an", RM Nr. 17, S. 11

Liebe Genossen,

ich schreibe euch meine Ansichten zum o.a. Artikel. Ich will mich hier nicht zu der Frage ob der chinesisisch/vietnamesische Krieg von chinesischer Seite her ein expansionistischer Angriffskrieg, ein Verteidigungskrieg oder ein „Unterstützungskrieg für den kambodschanischen Widerstand" ist, äußern. Hier habe ich keine schlüssige Meinung zu. Nur zu der Frage, ob die kambodschanische Regierung 1975 bis '78 eine fortschrittliche war und der jetzige Widerstand gegen den vietnamesischen Expansionismus richtig ist, dazu meine ich folgendes:

1. Die Roten Khmer, oder wie ihr schreibt „Pol-Pot-Regime", als Massenmörder zu bezeichnen ist falsch. Die Khmer Rouge waren bemüht das Land nach der Befreiung 1975 aus eigener Kraft aufzubauen. Hierbei haben sie rigorose Maßnahmen wie die gewaltsame Entvölkerung der Städte, der Familienauflösung und den Masseneinsatz zum Wiederaufbau des Landes angewandt, dem Tausende von Menschen hauptsächlich durch Entbehrungen, Hunger und KRankheit zum Opfer gefallen sind. Auch gab es eine Menge Hinrichtungen von Soldaten und Funktionären des alten Lon-Nol-Regimes, z.T. wurden hierbei auch viele unschuldige Menschen getötet.

Nur das hat es alles mehr oder weniger auch während der Oktober-Revolution und danach in der Sowjetunion gegeben. Trotzdem würde ich als Kommunist diese Revolution und den Aufbau des Sozialismus nicht grundsätzlich in Frage stellen.

Die Roten Khmer, d.h. die Regierung des demokratischen Kampuchea hat — leider erst spät nach der vietnamesischen Okkupation — ihre Fehler zugegeben und haben sich um eine „neue Politik" bemüht. Ob die Roten Khmer sich auf den Marxismus-Leninismus stützen oder sich gestützt haben ist eine ganz andere Frage. Meines Wissens haben sie das jedenfalls nie von sich behauptet. Die Zahl der mehr als drei Millionen von den Roten Khmer ermordeten Kambodschanern ist genauso alt wie falsch. Hier hat der CIA und ab 1977 auch der KGB die Kriegstoten, die an den Folgen des Krieges Gestorbenen (Hunger, Krankheit usw.) mit den Hingerichteten zusammengezählt.

2. Jetzt den kambodschanischen Widerstandsbewegungen die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben, daß der US-Imperialismus sich jetzt wieder stärker in Südostasien „engagieren" kann, finde ich ein starkes Stück. Das geht ja wohl auf Vietnams Konto. Vietnam will ein vereintes Indochina unter vietnamesischer Vorherrschaft. „Die Sowjetunion gewinnt durch Vietnam Zugang zu Südostasien und gewährt dafür Hilfe für Vietnams Indochinapolitik, umgerechnet täglich für drei Millionen Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe. Das entspricht ironischerweise genau der Unterstützung der USA an das südvietnamesische Marionettenregime in Sagion bis 1975." (Aus: „Kampuchea-Informationen", Nr. 13, S. 5) Hätten die Roten Khmer kapitulieren sollen, weil der US-Imperialismus eventuell mehr oder wieder Einfluß in der Region gewinnt. Das wäre ungefähr genau so, als hätte die Sowjetunion vor den Hitler-Faschisten kapituliert, nur weil der US-Imperialismus seinen Einfluß ausweiten könnte (was dann ja auch der Fall war).

3. Unter den Kräften die im Zweiten Weltkrieg gegen die Hitler-Faschisten gekämpft haben, gab es genauso „Kommunistenfresser", wie es sie im kambodschanischen Widerstand (Beispiel Son San u.Co.) gibt.

K.-L. J aus Kiel

„BLIND"

Liebe Genossen!

Zur „Blind" zum 1. Mai, da wollt' cih mal 'n büschn was sagen — also:

1. Mit sowas wie „Türken schlachten Deutsche (Schafe)" würde ich, glaube ich, etwas vorsichtiger sein. Ich könnte mir vorstellen, daß man unter Umständen schon „eins vor den Latz geknallt" hat, bevor man einem türkischen Kollegen (der nicht so gut deutsch kann) erklären kann, daß es sich hier um Satire o.ä. handelt. Habe allerdings selber keine — weder gute noch schlechte — Erfahrungen gemacht.

2. Ich weiß ja, daß man auf so wenig Papier nicht immer alles schreiben kann, aber eventuell hätte man ja doch „im Sozialismus" die Ausländer **und die Frauen** 'n klein büschn berücksichtigen können, wenn man sie auf der Vorderseite schon zur Aufmachung braucht. Zu Udo Lindenberg muß man ja nicht unbedingt Stellung nehmen, aber „das Thema" Gleichberechtigung (Frauen/Männer und Ausländer/Deutsche — ihr wißt schon, wie ich's meine!) ist es meiner Meinung nach durchaus wert, nicht nur als „Gäg" auf der Vorderseite gebracht zu werden.

3. Als ich bei euch angerufen habe und gefragt habe ob die Dinger nun verkauft oder verteilt werden sollen, hat sich ja wohl jemand schier kringelich gelacht... Zugegeben 40 Pfennig wär'n büschn viel gewesen, **aber sonst war das nämlich gar nicht lächerlich! So! Wir haben uns** nämlich ein paar Kittel verschönert (vorne auf die Brusttaschen das „Blind" mit 'nem Stück Folie drüber aufgenäht und hinten draufgeschrieben „Bild" macht blind — lest „Roter Morgen") und dann ham wer die Dinger für 'n Groschen „verkloppt"! So! Seh' ich nämlich gar nicht ein, daß sowas Gutes (trotz 1. und 2.) — und wohl auch nicht eben Billiges — einfach so weggehen soll! Jedenfalls haben wir zu dritt in einer guten halben Stunde 25,75 DM eingenommen (sprich ca. 257 „Blind" verkauft)... So! Und nu' lach noch einer! Wir haben das mit dem Verkauf nun auch nicht so verbissen gesehen, einige haben es auch nicht gemacht, weil sie meinten, das wäre „Beschiß", weil **vorne** nicht KPD draufsteht. Also ich finde, deshalb braucht man kein schlechtes Gewissen zu haben, aber wir haben erst auch wirklich ernsthaft überlegt vorne auf die Kittel auch KPD zu schreiben, aber irgendwie hätte ich jedenfalls ein „ungutes" Gefühl gehabt, wenn da vorne so „KPD" und „Blind" nebeneinander gestanden hätte... Und ich kann mir auch echt nicht vorstellen, daß es irgendjemanden um den einen Groschen leidtut, selbst **wenn** er erst **hinterher** gemerkt haben **sollte**, daß das Ding nun ausgerechnet von uns stammt. Kann ja nun vielleicht ja „trotzdem" gut sein.

Also alles in allem würde ich sagen, ob verteilt oder verkauft, es war ein Erfolg! Das hat mal wieder **so richtig Spaß** gemacht, was anderes als die ewigen „Fluch"blätter unter die Leute zu bringen! Mehr davon!

B. aus Bremen

Gandhi und Gewalt

Ich will Dir gerne noch mal etwas zu deinem Brief, den ich vor ungefähr einer Woche bekommen habe, und für den ich dir hier auch danke, schreiben. Dein Brief bezog sich ja auf meine Frage zur Gewaltlosigkeit und auf meine Meinung zum „Friedensplan", die ich dir im Brief vom 28. Februar schrieb.

Auf die Thematik „Friedensplan" möchte ich jetzt nicht mehr lange eingehen, weil, so vermute ich, bei einer weiteren Diskussion von uns beiden über dieses Thema keine entscheidenden und neuen Argumente fallen werden. Ich werde einfach noch mal meinen Standpunkt dazu schreiben und versuche dabei auch auf deine Argumentation einzugehen:

Du bist der Meinung, und hast dies auch so geschrieben, daß Kriege nich einfach so entstehen, sondern aus Interessse gemacht werden. Da kann ich dir wie wohl auch fast jeder denkende Mensch, zustimmen. Die Geschichte beweist ja auch diese These. Kreuzzüge, oder auch Kreuzkriege genannt, wurden ja nicht geführt um irgendwelche Menschen zu bekehren, denn dagegen spricht ja schon das Mittel — Krieg, sondern aus Interesse der Kriche, um ihren Einfluß zu erweitern, aber auch aus Interesse so einiger Mitmarschierer, die hofften durch Plünderungen u.ä. an Geld zu kommen. Auch der erste Weltkrieg wurde ja nicht geführt, weil der Thronfolger von Österreich-Ungarn ermordet wurde, sondern wegen wirtschaftlichen Interessen, der Mord war nur der Anlaß, oder besser gesagt, der Mord war der Funke, der alles erst entzündete. Die Lunte und die Bombe waren aber schon gelegt. Und der zweite Weltkrieg begann ja auch nicht einfach so. Die Nazis hatten wirtschaftliche Interessen und duldeten auch keine politische Minderheit mehr. Juden dienten als Sündenböcke und auch einige Amtsträger der Kirche wollten endlich mal die Juden und Zeugen Jehovas loswerden. Und die Besetzung von Afghanistan oder die Unterstützung der Militärs in Chile zeigen ja auch, daß da wirtschaftliche Interessen, aber auch das Interesse an der Machtausweitung hinterstehen.

So weit erst mal der Beweis zu der These, der sicherlich noch ausführlicher hätte sein können.

So, nun muß man sich aber doch folgendes denken: Wenn ich gegen Krieg bin und einen Friedensplan erstellen will, und wenn ich weiß, daß Kriege nich einfach so entstehen, sondern daß sie aus Interesse gemacht werden, dann muß ich doch den Friedensplan so gestalten, daß kein Krieg mehr geführt werden kann. Bezieht man den „Friedensplan" nur auf das Gebiet der DDR und der BRD, dann kann doch anderswo ein Krieg ausbrechen. Und wenn dies möglich ist, dann hat ein Friedensplan versagt, weil es dann immer noch Kriege gibt, wenn auch in einem anderen Gebiet, als in dem auf das sich der Plan bezogen hat. Aber es herrscht dann kein Friede.

Doch nun will ich zum zweiten Themenbereich kommen. — Gewaltlosigkeit — Als erstes möchte ich folgendes klarstellen (und du, geliebter Bruder, wirst mir und dem Mahatma da sicherlich zustimmen): Gewaltlosigkeit hat nichts mit Feigheit zu tun. Ich kann mir einen bis an die Zähne bewaffneten Mann vorstellen, der im Herzen ein Feigling ist. Waffenbesitz läßt auf eine gewisse Furcht, wenn nicht gar auf Feigheit schließen. Wahre Gewaltlosigkeit hingegen setzt absolute Furchtlosigkeit voraus (Mahatma Gandhi).

Ist es nicht so, um auf dein Beispiel aus deinem Brief zurückzukommen, daß, wenn ein Generalstreik für den Sozialismus bei uns wäre und die Streikenden gewaltfrei streiken, die Herrschenden erstmal keine Gewalt anwenden würden? Sollte die, wie du es nennst, Reaktion dann doch den Schießbefehl geben und die Streikenden brechen ihre Gewaltlosigkeit (und dies würdest du ja auch tun, „wenn Aussicht auf Erfolg besteht"), dann würde der Sozialismus hier nicht einkehren, weil die „Reaktion doch auf eine starke Armee und starke Polizei" zurückgreifen kann und so überlegen ist. Würde aber die Reaktion den Schießbefehl geben und die Streikenden gewaltlos weiter streiken, dann hätte die Einführung des Sozialismus eine Chance, weil die Streikenden dann die moralische Überlegenheit hätten, die jede In- und Auslandszeitung und jede Regierung den Streikenden zusprechen müßte.

Ich glaube daran, daß Gewalt ein kürzerer Weg zum Erfolg ist... Auch wenn ich für ehrenhafte Beweggründe Sympathie und Bewunderung empfinden mag, so lehne ich doch kompromißlos alle Gewaltmethoden ab, selbst, wenn sie der edelsten Sache dienen... Die Erfahrung hat mich gelehrt, daß aus Unwahrheit und Gewalt niemals auf Dauer Gutes entstehen kann (Mahatma Gandhi).

Mit diesem Zitat von Mahatma und dem Wunsch, daß wir Gottes Willen tun werden, egal, ob es auch der unsrige ist, verabschiede ich mich von dir, geliebter Bruder.

M.K. aus Bremen

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Alles wird teurer, nur der „Rote Morgen" nicht. Diese wundersame Erscheinung hat ihre Ursache darin, daß der Herausgeber der Zeitung, die KPD, das große Defizit für ihre kommunistische Wochenzeitung abdeckt.

Mehr als das zweifache des Verkaufspreises von 1 DM kostet ein Exemplar des „Roten Morgen", wenn man alle echten Kosten einrechnet. Diese beginnen bei den Löhnen für die Redakteure und andere Mitarbeiter des Verlages, umfassen die Ausgaben für Zeitungsabos und Fachliteratur für die Redaktion, die anteiligen Büromieten, Heizungs-, Strom- und Telefonkosten, die für die Arbeit am „Roten Morgen" aufgebracht werden müssen. Weitere Kostenfaktoren sind Verpackungsmaterial und Portokosten, die EDV-Buchhaltung — und natürlich nicht zuletzt die Satz-, Repro- und Druckkosten.

Eine eigentlich notwendige drastische Preiserhöhung kann abgewendet werden, wenn es gelingt, das zur Zeit bestehende Defizit, die „Subvention" des „Roten Morgen", durch die Partei zu senken. Der beste Weg wäre eine enorme Auflagensteigerung. Politisch sicherlich und auch ökonomisch der beste Weg. Doch die bevorstehenden Sommermonate und die realistische Einschätzung des „Marktes" lassen diesen Weg als den einzigen nicht als sehr erfolgreich erscheinen. Darum wollen wir über eine Spendenkampagne alle Genossen, Freunde und Leser des „Roten Morgen" auffordern mitzuhelfen, das Defizit des RM um 30000 DM zu reduzieren. Damit eine Preiserhöhung verhindert wird, und der notwendigen Verbreitung des „Roten Morgen" nicht die „2-DM"-Hemmschwelle entgegensteht.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

ROTER MORGEN MAI-AKTION

RM zum halben Preis!



Jeder, der im Mai 1983 den „Roten Morgen" abonniert, bekommt ihn zum halben Preis!
Also, ein Jahresabo ab 1. Juni für 30 DM, ein Halbjahresabo ab 1. Juni für 15 DM.

Name ....

Vorname ....

Straße ....

Plz/Ort ....

Hiermit bestelle ich das tolle Sonderangebot:
........Abonnement/s ab 1. Juni 1983
0 für 1 Jahr (Nr. 22/83 - 21/84)
0 für 1/2 Jahr (Nr. 22/83 - 47/83)

0 Ich lege Post/Bankschenk bei über DM.........
0 Ich habe den Betrag von DM ....an den Verlag überwiesen
0 Ich bitte um Vorausrechnung
Bitte einsenden an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103 oder Postfach 300526, 4600 Dortmund 30
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290; Postscheckkonto Dortmund 79600-461.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

ROTER MORGEN 1982 komplett

Der komplette Jahrgang 1982 des „Roten Morgen" liegt jetzt gebunden vor. Der stabile Band kann für 40,— DM bezogen werden bei:
Verlag Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Polen nach dem 1. Mai

Das Militärregime weiter in Schwierigkeiten

Als am 1. Mai, dem traditionellen Feiertag der Arbeiterklasse in Polen Zehntausende auf die Straßen gingen, um gegen die Militärregierung zu demonstrieren, um für ihre Gewerkschaft, die verbotene „Solidarnosć" einzutreten, zeigten die Herrschenden den wahren Charakter dieses Staates des, wie sie gerne sagen, „real existierenden Sozialismus". Mit einer Armee aus Milizionären, Geheimdienstlern, Polizei und berüchtigten Spezialeinheiten, mit Tränengas, Wasserwerfern und Knüppeleinsätzen gingen sie in mindestens zwanzig Orten gegen die Arbeiter und kämpferischen Jugendlichen vor.

Zu den schwersten Unruhen kam es in Krakau, wo Arbeiter, vor allem der Lenin-Hütte von Nowa Huta sich stundenlange Straßenschlachten mit den Milizeinheiten lieferten. Dabei wurde der 28jährige Ryszard Smagur von einer Tränengasgranate getötet. Seine Beerdigung in der letzten Woche geriet mit tausenden Teilnehmern zu einer erneuten Demonstration gegen die Militärs und für „Solidarnosć".

Dabei hatte das Regime gerade in Nowa Huta kurz vor dem ersten Mai noch ganz selbstsicher getan. Der Vizepremier, Mieczylaw Rakowoski hatte vor seinen Parteigenossen der Lenin-Hütte siegessicher gesagt, die Sieger in der Auseinandersetzung mit der Opposition stehe schon fest: dieser Sieger werde die Partei sein.

Deren Ansehen hat aber weiter gelitten. Die harten Einsätze, vor allem der berüchtigten motorisierten Einsatztruppe „ZOMO", die bis an die Zähne bewaffnet die Menschen vor sich hertrieb — und das am 1. Mai — haben wieder einmal gezeigt, wie dieser Staat mit seiner Opposition umgeht.

Und das Gerede der Herrschenden, allen voran der General Jaruzelski, die „Unruhestifter seien nur eine Randerscheinung" ist nicht zuletzt dadurch widerlegt, daß auch nach dem 1. Mai die Verfolgungen, die politische Unterdrückung in Polen weitergeht.

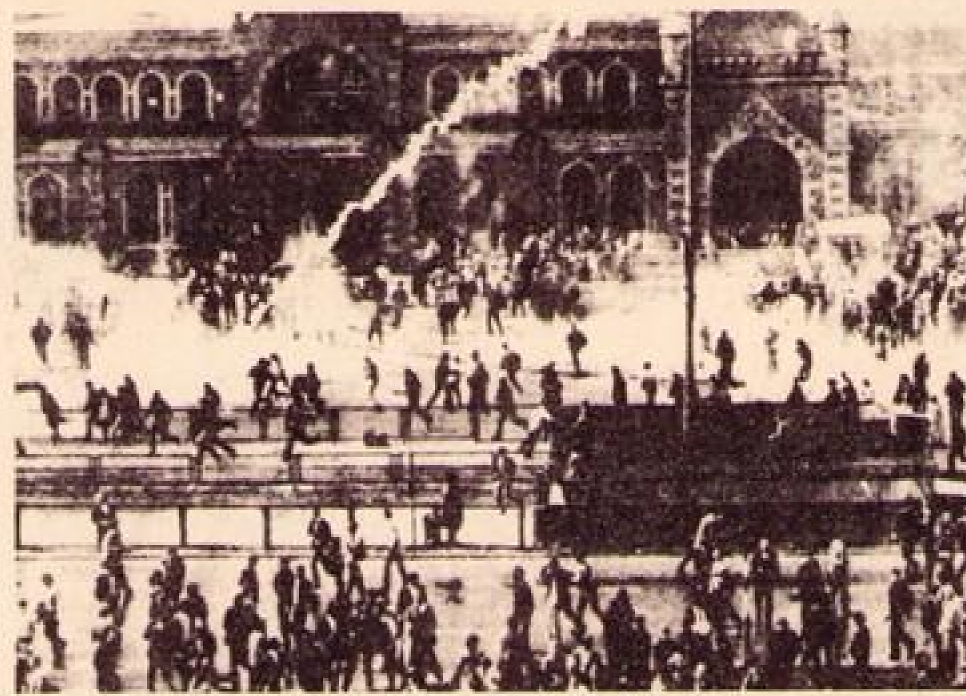
Am 3. Mai gedenkt man in Polen traditionell der ersten demokratischen Verfassung Polens aus dem Jahre 1791. Obwohl dieses Datum auch oft von Reaktionären ausgenutzt wurde, um historisch überholte Dinge zurückzufordern, und auch von der Kirche stark begangen wird, ist er immer auch ein polnischer Unabhängigkeitstag gewesen. Und am diesjährigen 3. Mai gingen wieder Tausende auf die Straße. In Krakau kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit rund 10000 Demonstranten, die immer wieder „Solidarnosć, Solidarnosć" riefen. In Nowa Huta zogen 2000 bis 3000 meist junge Menschen unter einer Gewerkschaftsfahne durch die Stadt.

In Warschau gingen die Milizeinheiten gegen 8000 Menschen vor, die weder Spruchbänder tragend, noch Parolen rufend, nach traditionellen Gottesdiensten durch die Stadt zogen. Auch hier wurden Wasserwerfer eingesetzt.

Ein weiteres Zeichen für die härter werdende Unterdrückung, die die Propaganda von der „Normalisierung" ad absurdum führt, ist die Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur PAP, wonach für „Arbeitsscheue" spätestens im Juli geeignete Lager bereitständen. Im vergangenen Oktober war ein Gesetz über Zwangsarbeit verabschiedet worden, das für alle diejenigen, die drei Monate ohne Arbeit sind und ihnen von den Behörden zugewiesene Tätigkeiten nicht ausführen, Zwangsarbeit vorsieht. Sie sollen jetzt zu „Bodenverbesserungsarbeiten" in den Weichselniederungen eingesetzt werden. Laut PAP werden entsprechende Einrichtungen für „Arbeitsscheue" in Elblag, Nowy Dwor und Kwidzyn geschaffen. Der Vergleich zu den „Moorsoldaten" in den KZs der Hitler-Zeit ist sicher nicht weit hergeholt.

Auch die Unterdrückung der kritischen Intellektuellen nimmt weiter zu. Letzterer Fall ist die Absetzung des international renommierten Regisseurs Andrzej Wajda von seinem Posten als Diraktor einer Warschauer Filmgesellschaft. Der Regierungssprecher Urban persönlich teilte mit, Wajda und zwei seiner Mitarbeiter seien wegen „der einzigartigen Ansammlung von gegen den Staat gerichteten Aktivitäten" gekündigt worden. Diese Kündigung sei nach Gesprächen zwischen dem Kultusministerium und der Partei beschlossen worden.

Und zu allem anderen meldet sich auch noch der große Bruder, die UdSSR, zu Wort. Sie ist schon länger damit unzufrieden, daß die polnische Führung die Lage offensichtlich nicht unter Kontrolle bekommt. Aus Moskau wurde die polnische Zeitung „Polityka" angegriffen, die immerhin vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski, einem engen Vertrauten von Partei- und Regierungschef General Jaruzelski, herausgegeben wird. Der Kommentator der sowjetischen außenpolitischen Zeitung „Nowoje Wremja" (Neue Zeit) schrieb, er habe den Eindruck, „Polityka" sei „allergisch gegen den real existierenden Sozialismus". Eine Attacke, die nun wirklich unfair ist, gegen Moskaus Statthalter in Warschau, die aber auch die Unzufriedenheit der sowjetischen Regierung mit Jaruzelski und Co. verdeutlicht.



Bei den Unruhen am 1. Mai in Polen



Zu der Trauerfeier für den mit anderen ermordeten 36jährigen westdeutschen Entwicklungshelfer Albrecht Pflaum kamen auch hohe Regierungsmitglieder Nicaraguas in Managua zusammen. Von links: Ernesto Cardenal, Kultusminister, Miguel D'Escoto, Außenminister und Thomas Borge, Innenminister neben anderen Gästen der Feier.

Krieg gegen Nicaragua

Honduras greift direkt ein

Im Krieg der „Contras", der Anhänger des alten Diktators Somoza gegen das befreite Nicaragua hat Honduras jetzt direkt eingegriffen. In der vergangenen Woche ist der Einmarsch von mindestens 2000 Contras durch die Armee von Honduras unterstützt worden. In Honduras, wo sich die meisten Anhänger von Somoza und große Teile der rechtsradikalen ehemaligen Nationalgarden befinden, ziehen die US-Imperialisten über ihre Militärberater und den CIA die Fäden für die Intervention Nicaraguas.

Die antisandinistische Untergrundbewegung FDN, die schon Tausende Soldaten nach Nicaragua eingeschleust hat, bekam in der vergangenen Woche erstmals offene militärische Unterstützung der Armee von Honduras. Mit schwerem Artilleriefeuer und der Unterstützung von 2000 Soldaten der regulären Truppen gelang es den Contras weitere Einheiten in die Gegend von Jalapa in der Nordprovinz Nueva Segovia einzuschleusen.

Mit dieser Aktion, wegen der Nicaragua sofort eine Sondersitzung der UN beantragte, ist eine neue Stufe der konterrevolutionären Aktivitäten der Feinde des befreiten Nicaraguas erreicht.

In der Front der bewaffneten Konterrevolutionäre will sich jetzt laut Presseberichten auch der ehemalige Anti-Somoza-Kämpfer Eden Pastora stellen. Pastora, der dem befreiten Nicaragua schon früh wegen „kommunistischen Tendenzen" den Rücken gekehrt hatte, lebt mit seinen auf 700 Bewaffnete geschätzten Anhängern heute in Costa Rica. Von dort aus will er auch in den Kampf gegen die sandinistische Regierung ziehen.

Während die US-Administration, vor allem von Honduras aus, diese Interventionspolitik offen unterstützt, wächst in den USA selbst die Kritik an der Regierung, viele Kritiker fühlen sich an die Vietnam-Politik früherer Jahre erinnert.

So hat jetzt der Geheimdienstausschuß des Washingtoner Repräsentantenhauses sich für die Streichung der Mittel für die Zusammenarbeit des Geheimdienstes CIA mit den regierungsfeindlichen Kräften Nicaraguas ausgesprochen. Dieser Beschluß fiel mit neun gegen fünf Stimmen. Die Streichung von 19 Millionen Dollar für diese Zwecke muß aber noch vom gesamten Repräsentantenhaus gebilligt werden, wo die Mehrheiten wohl anders sein werden.

Trotzdem hat Reagan scharf reagiert. Er war den Ausschußmitgliedern Verantwortungslosigkeit vor. Weiter sagte Reagan: *„Was wir* (in Nicaragua, d. Red.) *tun, ist vollkommen in Ordnung. Wir werden weiterkämpfen".* Bei den Beratungen des Ausschusses wurde auch öffentlich, daß mindestens 3000 bis 4000 CIA-Leute für die Konterrevolution arbeiten. Würde man diese nicht weiter unterstützen, fiele nicht nur der Plan des Umsturzes ins Wasser, der Direktor des CIA, William Casey, befürchtete für diesen Fall — sicher nicht zu Unrecht — ein Blutbad an seinen Leuten.

Die Stimmung in den USA richtet sich immer mehr gegen die brutale Einmischung und Intervention in Mittelamerika. Das Nachrichtenmagazin „Newsweek" berichtete vergangene Woche von einer Umfrage, nach der mehr als die Hälfte der US-Bürger sowohl die Intervention, als auch die Unterstützung der reaktionären Militärregierungen in der Region ablehnen.

Eine Delegation der protestantischen Kirchen der USA, die kürzlich Nicaragua besuchte, hält jetzt die Politik der Reagan-Regierung für *„moralisch unhaltbar".* Nach Studien im Lande, ist die Delegation davon überzeugt, *„daß die Sandinisten einen Grad an Gerechtigkeit verwirklicht hätten, wie ihn das Land nie zuvor gekannt habe".*

US-Friedensplan für Nah-Ost

Ein Frieden auf dem Rücken der Völker

Nach hektischen diplomatischen Aktivitäten haben sich unter direkter Beteiligung der USA, vertreten durch ihren Außenminister Shultz, Israel und der Libanon auf einen Friedensplan geeinigt.

Dieses Abkommen, das noch nicht unterzeichnet wurde, wird lediglich die Vormachtstellung des US-Imperialismus in beiden Staaten absichern und dient dazu, beide Staaten, Libanon und Israel von direkten Auseinandersetzungen miteinander abzuhalten.

Für die wirklich bestehenden Konflikte dieser Gegend, die Probleme des aus den von Israel besetzten Gebieten vertriebenen palästinensischen Volkes gibt es ebensowenig eine Lösung, wie für die Völker des Libanon, die von der US-abhängigen Gemayel-Clique unterdrückt werden.

Das Abkommen, das in vielen Einzelheiten militärische Dinge an den Grenzen zwischen Libanon und Israel regelt, bedeutet für beide Staaten Zugeständnisse im Interesse des weiteren „Schutzes" durch die USA. So soll ein 45 Kilometer breiter Sicherheitsstreifen im Libanon zwar von gemeinsamen Patrouillen gesichert werden, die aber entgegen Israels Wünschen unter libanesischem Kommando stehen sollen. Andererseits ist einer dieser Kommandanten der rechtsradikale Kommandant Haddad, der schon während des Einmarsches Israels für die Zionisten gekämpft hat.

Bei allen möglicherweise auftretenden Streitfragen können die USA eingreifen, sie besitzen damit praktisch vertraglich abgesichert die Oberhoheit in diesem Gebiet.

Unklar ist noch die Haltung Syriens. Einerseits wird das gesamte Vertragswerk auch vom totalen Abzug der Truppen Syriens aus dem Libanon abhängig gemacht. Andererseits hat Syrien selbst ein vitales Interesse daran, nicht eine stabile US-Bastion vor seinen Grenzen zu haben. Von der syrischen Haltung zu diesem Vertrag wird vieles abhängen. Für das palästinensische Volk allerdings, soweit es noch in dieser Region lebt, das hat die Vergangenheit bewiesen, sind die syrischen Machthaber auch keine verläßliche Stütze.

Meldungen

Gefängnis Türkei

In der Türkei sitzen rund 20000 Menschen als politische Gefangene im Gefängnis. Wie das „Kriegsrechtskoordinierungszentrum" in Ankara bekanntgab, seien sie alle wegen „terroristischer Delikte" eingesperrt. Die Hälfte aller Gefangenen hätten linksgerichtete Gruppen und Parteien angehört, allein 4000 Gefangene wären Mitglieder kurdischer „Separatistenorganisationen".

Wie man mit den Angehörigen der unterdrückten kurdischen Bevölkerung umspringt, zeigt einer der vielen Prozesse der Militärgerichte gegen Angehörige des kurdischen Volkes in der Türkei. In Diyarbakir sind 49 Kurden angeklagt worden. In sieben Fällen wurde das Todesurteil gesprochen, die 42 anderen Angeklagten bekamen Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren und lebenslänglich. Hauptanklagepunkt war die Mitgliedschaft in der Kurdischen Arbeiterpartei, die von der Militärjunta verboten wurde.

Auf die starke Kritik an den terroristischen Methoden der türkischen Junta vor allem auch in den EG-Ländern reagierte der Außenminister der Türkei, Ilter Türkmen, jetzt mit Drohungen. Die „feindliche Haltung" gegenüber seinem Land müsse ein Ende haben, die Türkei verlange die EG-Vollmitgliedschaft ansonsten hätte dies negative Folgen für die NATO, drohte Türkmen auf einer Tagung des belgischen Königlichen Instituts für Internationale Beziehungen.

Waffenexporte nach Argentinien

Trotz des noch nicht beendeten Kriegszustandes liefert die westdeutsche Waffenindustrie weiter Rüstungsgüter nach Argentinien. Mit Bonner Genehmigung waren und sind es vor allem Fregatten (mit englischen Rolls-Royce-Motoren!) sowie Panzer und U-Boote. Der von Henschel entwickelte Panzer TAM wird in Argentinien montiert und von dort wieder exportiert. Ferner bilden westdeutsche Unternehmen argentinische Rüstungstechniker aus.

Am 4. Mai demonstrierten in Bonn ungefähr 30 Menschen, darunter zehn Bundestagsabgeordnete der Grünen vor dem Wirtschaftsministerium. Hier wird die Genehmigung für den Fregattenexport erteilt. Als die Demonstranten vor dem Gebäude einen Kanister mit Tierblut auskppten, griff die Polizei überhart ein, verhaftete einen Demonstranten. Ein Journalist wurde vom Pförtner des Ministeriums zu Boden geschleudert und leicht verletzt. Die Aktion war der Anfang einer Reihe von Aktivitäten einer 3.-Welt-Gruppe gegen die Waffenexporte nach Argentinien.

Zimmermann gegen Achternbusch

Kulturkampf bei der Filmförderung?

Zum ersten Mal in der Geschichte der staatlichen Filmförderung in Westdeutschland steht jetzt zur Debatte, daß bereits gezahlte Förderungsmittel zurückgezahlt werden sollen. Innenminister Zimmermann und ander Reaktionäre fühlen sich durch einen Film in ihrem „Religiösen Empfinden" verletzt.

Der oft provozierende, ärgernde und vor allem für bayrische Politiker auch ärgerliche Filmemacher Herbert Achternbusch hatte für seinen Film „Das letzte Loch" einen Filmpreis der (alten) Bundesregierung bekommen. Es handelte sich immerhin um 300000 Mark, die mit der Auflage vergeben wurden, einen „neuen, guten" Film zu drehen.

Unter Zimmermanns Vorgänger Gerhard Baum wurde das Drehbuch Achternbuschs für das Projekt „Das Gespenst" genehmigt, die Finanzierung war gesichert. Der neue Film wurde eine mal locker-respektlose, mal bitterböse Geschichte um Jesus. In diesem Film steigt Achternbusch als sein eigener Hauptdarsteller Jesus einfach vom Kreuz, um mit der Nonne Annamirl Bierbichler eine Beziehung einzugehen. Da dieser Jesus auch Geld verdienen muß, wird er Ober — seine Nonnen-Freundin ist dann Oberin ...

Die anarchistisch-hintergründigen Achternbusch-Filme sind sicher nicht jedermanns



Jesus (Herbert Achternbusch) wandelt über das Wasser. Szene aus „Das Gespenst"

Sache. Dem Innenminister aber geht es um etwas anderes.

Achternbusch gehört zu denjenigen westdeutschen Filmemachern, die als „Autorenfilmer" größtmögliche Unabhängigkeit bei ihrer Arbeit suchen. Ohne große Verleiher oder Produzenten im Rücken sind diese Filmemacher, die noch als einzige international was gelten beim Film, auf solche öffentlichen Fördermittel angewiesen. Selbst bisher war es nicht immer einfach für sie gewesen, die Bewilligung zu erhalten, oder später die sogenannte Freiwillige Selbstkontrolle FSK zu überstehen. Doch Zimmermanns öffentlich geäußerte Absicht, die letzte Teilrate nicht zu zahlen und möglicherweise die anderen, schon verbrauchten Gelder zurückzufordern, stellt alle bisherigen Probleme weit in den Schatten. Der Minister nicht nur als oberster Filmförderer, sondern auch noch als endgültiger Zensor, der über das Wohl und Wehe des jeweiligen Regisseurs und Produzenten entscheidet, das geht zu weit.

Im übrigen ist die Methode interessant, mit der Zimmermann seine Politik absichert. Obwohl der Film „Das Gespenst" die FSK-Kontrollen überstanden hatte und sogar von der „Jury der evangelischen Filmarbeit" zum Film des Monats gewählt wurde, trafen nach den ersten Aufführungen aus München (!) serienweise Briefe ein, die gegen den Film protestierten. Die Schreiber, die mit dem Adressaten Innenministerium genau wußten, wen sie einzuschalten hatten, empfanden den Film meist als „Verhöhnung und Verunglimpfung des christlichen Empfindens". Bei einer Filmvorführung im Ministerium, zusammen mit Kirchenleuten und Beamten des Ministeriums, empfand Zimmermann dann genau so. Seine Attacken gegen Achternbusch und alle anderen unabhängigen Filmemacher kann er nun mit dem Protest des „gesunden Volksempfindens" begründen ...

Strauß und Sohn

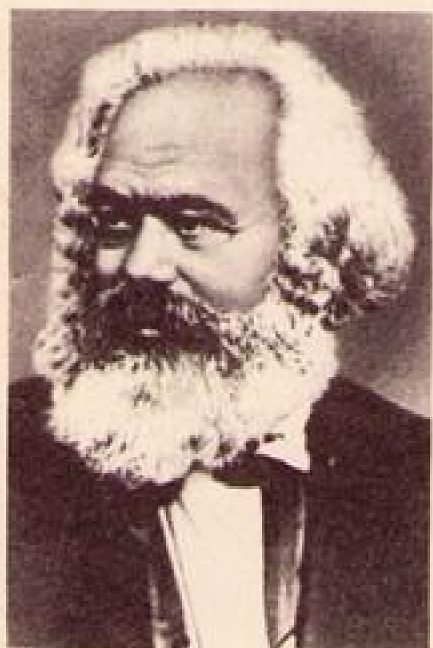
Franz-Josef Strauß liebt öffentliche Familienfeiern. Die Hochzeit seiner Tochter wurde publicityträchtig organisiert, die sechsspännige Hochzeitskutsche fuhr durch ein Spalier von Leuten, die die Boulevardpresse mobilisiert hatte, und vor der Kirche wartete das halbe Kabinett der bayrischen Staatsregierung. Fast wie beim alten König ging's jetzt auch wieder bei der öffentlichen Vereidigung von Bundeswehrrekruten im mittelfränkischen Roth zu.



Der Landesvater, der sogar auf seine Mitwirkung an der Debatte zur Regierungserklärung Kohls verzichtete, war höchstselbst zugegen, als mit vielen anderen Rekruten sein Sohn Franz-Georg vereidigt wurde. Nach Klängen des Luftwaffenmusikcorps 1 mußte die Polizei zunächst die Umgebung von einigen Störern säubern, bevor der Vater und Landesvater Strauß loslegte: **„Wir in Bayern verstecken unsere Bundeswehr nicht"**, er warnte die, **„unsere Streitkräfte in ein Ghetto verbannen möchten"**. Es gelte Flagge zu zeigen, in einer Zeit wachsender Orientierungslosigkeit und Verwirrung hinsichtlich unserer Weltordnung.

Zusammen mit Generalmajor Gerd Haseloff durfte Strauß die Front abschreiten. Soldaten des Luftwaffenregiments 3 und der Heeresausbildungsstaffel 8 waren zum öffentlichen Gelöbnis angetreten. Acht Vertrauensleute der Soldaten waren als Fahnenträger auserwählt worden, die einen Händedruck vom Landesvater bekamen. Unter ihnen eben jener Franz-Georg Strauß. Schon 22 Jahre alt. So spät war er zur Bundeswehr gekommen, weil seine Daten in einem ausschließlich „prominenten Persönlichkeiten" vorbehaltenen Datencomputer der Stadt München gespeichert waren, zu denen nicht einmal das Kreiswehrersatzamt Zugriff hatte. Aufgefallen ist Franz-Georg dann aber, weil er in öffentlichen Auftritten als Jungpolitiker gegen die alte Bundesregierung schwere Geschütze auffuhr. Er nannte die SPD/FDP-Regierung die „Deppen da oben", das Nachrichtenmagazin „Spiegel" eine „Schande für die Demokratie" und nicht zuletzt den Verteidigungsminister Hans Apel einen „Lumpen". Das ist aber ungerecht, war es nicht doch zuletzt dieser Ver(t)eidigungsminister, der diese feierliche Form des öffentlichen Gelöbnisses mit Tschingderassabum, Schellenbaum, Trommeln, Fackeln und „Helm ab zum Gebet" überhaupt wieder hoffähig gemacht hat. Wie stillos wäre sonst dieser Tag vorübergegangen, an dem jetzt Mutter Marianne Strauß in der ersten Reihe der Ehrengäste sitzen durfte, und wo der Oberst Hans Dieter Klein erkannte, daß Strauß „mehr als Vater denn als Landesvater" gekommen sei. Der stolze Ausdruck von Strauß Junior und Senior auf unserem Bild beweist das.

Texte zum Karl-Marx-Jahr
im Versand bei:
Verlag Roter Morgen



Karl Marx
Zur Kritik der politischen Ökonomie
300 Seiten, DM 5,55,
Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx
Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln
Mit einer Einleitung von Friedrich Engels und Dokumenten. Drei Faksimiles, Kunstleder, 187 Seiten, DM 3,75, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx
Lohn, Preis und Profit
80 Seiten, DM 0,55
Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx
Kritik des Gothaer Programms
104 Seiten, DM 1,10

Karl Marx
Der Bürgerkrieg in Frankreich
Adresse des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation, vermehrt durch die beiden Adressen des Generalrates über den Deutsch-Französischen Krieg und durch eine Einleitung von Friedrich Engels.
Vier Bildbeilagen und drei Faksimiles.
Kunstleder, 332 Seiten, DM 4,80, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx
Das Elend der Philosophie
256 Seiten, DM 5,20,
Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx
Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte
160 Seiten, DM 3,20,
Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin



Karl Marx
Lohnarbeit und Kapital
98 Seiten, DM 1,10

Karl Marx
Vorwort und Einleitung von „Zur Kritik der politischen Ökonomie"
80 Seiten, DM 1,00



Friedrich Engels
Einführung in „Das Kapital" von Marx
160 Seiten, DM 1,30,
Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx, Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei
96 Seiten, DM 1,30

Karl Marx, Friedrich Engels
Ausgewählte Schriften in zwei Bänden



Band I
Kunstleder, 761 Seiten, zwei Abbildungen, DM 8,00
Band II
Kunstleder, 616 Seiten, DM 7,00, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx, Friedrich Engels
Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten
73 Seiten, DM 1,00,
Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx, Friedrich Engels
Die Heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik
247 Seiten, DM 4,80,
Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx, Friedrich Engels
Über Kunst und Literatur



Band I
Leinen, 672 Seiten, DM 17,60
Band II
Leinen, zwei Faksimiles, DM 17,60, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx
Friedrich Engels
Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung
Band I (Von der Frühzeit bis zum 18. Jhrt.)
784 Seiten, DM 13,00
Band II (Die erste Hälfte des 19. Jhrts.)
812 Seiten, DM 13,00
Band III (Die zweite Hälfte des 19. Jhrts.)
1080 Seiten, DM 16.50



W.I. Lenin
Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus
Karl Marx, Über den Staat,
83 Seiten, DM 0,65,
Dietz-Verlag, Berlin

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691/92
Lieferbedingungen: Private Buchbestellungen über 20,— DM nur per Nachnahme. Buchhandlungen erhalten 30 Prozent Rabatt und 30 Tage Zahlungsziel.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290 PSchA Dortmund, PSchKto.: 79600-461

(Wirtschaftspolitische Alternativen — 3. Folge)

Die guten Menschen von Düsseldorf ...

Zu den Schwerpunkten des DGB-Programms

Nachdem wir uns sehr ausführlich mit dem ersten Schwerpunkt des DGB-Beschäftigungsprogramms, der Energiepolitik, auseinandergesetzt haben, behandeln wir in dieser Folge unserer Artikelreihe die weiteren fünf Schwerpunktvorschläge. „Die guten Menschen von Düsseldorf", das klingt sehr zynisch. Es soll aber als Hinweis darauf verstanden werden, daß auch die anderen Schwerpunktbereiche denselben grundlegenden politischen Mangel haben, wie der erste: Es wird nicht genannt, was für wirtschaftliche Interessen der Erfüllung eines solchen Programms im Wege stehen, es wird nichts gesagt, wie man solch eine Forderung verwirklichen kann, im Gegenteil, mit Stolpersteinen und Schlagworten wird die Flanke für die Durchsetzung der Interessen des Kapitals offengelassen.

Atomforschung

Unmittelbar im Anschluß an den ersten Schwerpunkt kann man den sechsten „Forschung und Technologie" betrachten. Denn da sind nicht nur die Verhältnisse besonders ähnlich, sondern auch die Beteiligten dieselben.

In seinem Aufsatz zur „Konkretisierung" des DGB-Programms, der im Oktober 82 veröffentlicht wurde, schreibt der Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB W. Höhnen:

„Die Planung verdeutlicht die Bemühungen, das bisherige starke Übergewicht der Kernenergie zugunsten einer Förderung der Energieeinsparung, der Entwicklung regenerativer Energiequellen und der Kohle zurückzudrängen." (11)

Damit singt er ein Loblied auf das „Zweite Programm Energieforschung und Energietechnologien", das die damalige Bundesregierung im Mai 1982 verabschiedete.

Dieses Programm sah von 1982 bis 1985 eine Steigerung der Atomforschung von 1,459 auf 1,563 Milliarden Mark vor. Für alle anderen Energieforschungszweige stieg in dieser Planung die Summe von 906 Millionen auf 1,617 Milliarden an. Wobei aber mehr als 50 Prozent alleine auf das Programm für Demonstrationsanlagen zur Kohleveredlung fielen, das man hier, mangels Platz, einmal als „sehr umstritten" hinstellen könnte. (12)

Damit wird also nochmals unterstrichen, daß der DGB keineswegs daran denkt, seinen Kurs in Fragen AKW von dem etwa der Spitze der SPD und der früheren Regierung weg zu verändern. Diese hatte sich, unter dem Druck öffentlicher Proteste und unter großen Schwierigkeiten mit der eigenen Parteimitgliedschaft für die Linie „Atomstrom als Kohleaushilfe" ausgesprochen. Dies war, so wenig es war, aber schon einer der Gründe, weshalb diese Partei vom Kapital aus der Regierung gedrängt wurde.

„Die Projektträgerschaft für fast die gesamte nichtnukleare Energieforschung übertrug sie (die Bundesregierung) sodann der Kernforschungsanlage Jülich, die damit ‚zur Entlastung der Ministerien beitragen', ‚die Wirksamkeit der Förderung verbessern' und ‚eine rationelle Abwicklung der Projekte sichern' soll und deshalb ‚alle erforderlichen Rechtshandlungen selbständig vornehmen' darf." (13)

Die KFA Jülich aber ist der „wissenschaftliche" Hauptinteressenvertreter der Atomlobby. Da erscheint es mehr als nur sehr fraglich, ob hier tatsächlich Alternativen erforscht werden, bzw. wofür hier Alternativen erforscht werden.

Anders als beim ersten Teil muß man also hier bereits die Forderung des DGB selbst insgesamt in Frage stellen. Denn tatsächlich ist sie auch anderthalb Jahre nach Verabschiedung des Programms keinen Deut konkreter und läßt so, betrachtet man Dr. Höhnens sehr seltsame konkrete Bewertung, in vollem Umfang der Atomforschung die Bahn frei...

Grundsatzprogramm vergessen?

Auf dem 4. Außerordentlichen Bundeskongreß des DGB im März 81 wurde im Grundsatzprogramm auch einiges zum nächsten Schwerpunkt, Nummer 4 im Katalog, „Umweltschutz" gesagt.

Dabei unterstrich der DGB damals, daß das Verursacherprinzip, „das allen, die Umweltschäden verursachen, die Verantwortung für deren Beseitigung überträgt" und das Vorsorgeprinzip, „das durch Auflagen, Gebote und Kontrollen dazu beiträgt, die Entstehung von Umweltschäden zu verhindern" Vorrang haben müßten. (14)

Im zur selben Zeit veröffentlichten DGB-Beschäftigungsprogramm wird dies nicht mit einer Silbe erwähnt. In der WSI-Aufsatzsammlung vom Oktober 1982 erwähnt der bereits mehrfach zitierte Wilfried Höhnen zwar gerade noch diese Aussage des Grundsatzprogramms, schlägt aber zur Finanzierung folgendes, erstaunlich gegensätzliche, vor:

„Für diesen Programmbereich bietet sich insbesondere die Bereitstellung zinsgünstiger Kredite aus dem Umweltfonds des ERP-Sondervermögens an..." (15)

Das steht ja nun in direktem Gegensatz zu den Aussagen des Grundsatzprogramms: Statt der genannten Prinzipien — Kredite. Ansonsten wird sehr deutlich, daß eine der wichtigsten Fragen der Auswirkungen der gesamten Atomindustrie ebensowenig im Schwerpunkt Umweltschutz auftaucht, wie die Frage der Kraftwerke überhaupt. Wie auch, möchte man sich fragen, wenn — unter unzähligen anderen — eine Einzelgewerkschaft beispielsweise folgendes von sich gibt:

„Bedrohte Arbeitsplätze fürchten auch die Bergleute, wenn sie nahezu täglich die Attacken gegen Kohlekraftwerke in der Öffentlichkeit erleben." (16)

Das ist bei der IGBE die traditionelle Vorstandslinie: Die Fronten zu verwischen, die Bergleute in eine Reihe mit ihren Ausbeutern und mit der Atomlobby zu bringen, gegen „Ölscheichs" und „grüne Arbeiterfeinde" zu hetzen. Da darf es nicht wundern, wenn dieser Punkt Umweltschutz so verschwommen und bruchstückhaft bleibt, wenn auch in allen weiteren Verarbeitungen und Konkretisierungen Roß und Reiter nicht genannt werden.

Der Bauhai lächelt

„Beispielsweise wird derzeit für das Bund/Länder-Programm zur Stadtsanierung auf der Grundlage des Städtebauförderungsgesetzes einschließlich der kommunalen Eigenbeteiligung rund 1 Milliarde DM aufgewendet. Der tatsächliche Bedarf an entsprechenden Sanierungsmaßnahmen wird dagegen auf 8 Milliarden DM beziffert. Hier bleibt eine unüberbsehbare Diskrepanz auch dann bestehen, wenn man davon ausgeht, daß in einem Programm qualitativen Wachstums die problematische Groß- und Flächensanierung zugunsten einer kleinräumigen Sozialstrukturen erhaltenden und wohnumfeldfreundlichen Wohnumfeldverbesserung in den Hintergrund treten und die Erneuerungsmaßnahmen entsprechend bescheidener ausgestaltet werden. Auch hier orientiert sich der DGB aus Gründen der Politikfähigkeit des Programms, gemessen an diesen Bedarfsschätzungen, an reduzierten Zielvorstellungen." (17)



Ohne Zweifel sind das gute Vorstellungen, auch daß sich der DGB-Vertreter dazu aufrafft, gegen die bisherigen Sanierungen Stellung zu nehmen. Wie auch die anderen Forderungen dieses Schwerpunkts, mehr und bessere Wohnungen usw. sicherlich sowohl die Zustimmung vieler Mieter finden als auch arbeitsplatzsichernd oder -schaffend wirken können.

Nur: Auch hier wird wieder so getan, als wäre dies ein jungfräuliches Feld, als gäbe es keine Interessengegensätze. Dabei sind noch nicht einmal die verbrecherischen Großspekulanten gemeint, die oft genug an der bisherigen Sanierungsweise Millionenbeträge verdient haben.

Gemeint ist damit die schlichte Tatsache, die der DGB anscheinend „vergißt", daß es ja aus Bonn eine ganz offizielle Wohnungsbaupolitik gibt. Und eben die sieht ganz anders aus, als der DGB hier fordert. Hatte die Sozialdemokratie selbst in den letzten Jahren schon ihr letztes bedeutenderes Reformwerk, das Mieterschutzgesetz von 1974 beschnitten, so blasen die Eigentümer und Baukonzerne und Banken jetzt zum Großangriff auf dieses Gesetz. Die Leitlinie heißt: Nur höhere Mieten bringen mehr Wohnungen, als Bahn frei für alle Arten von Mieterhöhungen. Sozialwohnungen sollen, ganz im Gegensatz zu dem, was der DGB fordert, nicht vermehrt gebaut werden, sondern zuerst einmal verteuert, vom Prinzip der Kostenmiete „befreit" werden. Nun kann man sagen, daß diese Politik erst seit kurzem richtig verwirklicht wird — aber die Ansätze in diese Richtung und vor allem die Forderung des Baukapitals gab es schon im März 81.

Aber auch das „Thema" Sozialwohnungen für sich genommen, abgesehen vom übrigen Wohnungsmarkt ist ja nun so problemlos nicht, wie es beim DGB dargestellt wird. Dabei sei nur am Rande auf die verschiedenen großen Bauskandale verwiesen, die es gab, vom Steglitzer Kreisel in Westberlin bis Neuperlach in München. Und auf die Tatsache, daß die Neue Heimat, der DGB-eigene größte gemeinnützige Erbauer öffentlicher Sozialwohnungen, dabei nicht nur keine besonders positive Rolle gespielt hat, sondern oft genug ganz im Gegenteil eine besonders schlechte.

Tatsachen aber, die den DGB-Forderungen entgegenstehen, sind beispielsweise: Das ständige Sinken des Anteils öffentlich geförderter Sozialwohnungen am Gesamtneubau von Wohnungen. Von knapp 70 Prozent zu Beginn der 50er Jahre auf rund 50 am Ende jenes Jahrzehnts, auf unter 30 am Ende der 60er Jahre und heute bewegt sich diese Rate auf die 20-Prozent-Marke zu. Das heißt, der private Wohnungsbau, oder auch der privater Gesellschaften hat an Umfang immer mehr zugenommen.

Bis Ende der siebziger Jahre waren rund 16 Millionen Wohnungen in der BRD gebaut worden, davon gehörten fast 9 Millionen privaten Besitzern. (Darunter befinden sich verständlicherweise neben den Kleineigentümern auch die großen Spekulanten, von denen die — bekannten — größten Drei vermutlich alleine über 25000 Wohnungen verfügen, und auch die Kapitalisten).

Etwa 4 Millionen befinden sich in Besitz bzw. Verwaltung von gemeinnützigen Gesellschaften und Genossenschaften. Die restlichen rund 3 Millionen Wohnungen gehören verschiedensten Unternehmen einschließlich der freien Wohnungsgesellschaften, hinter denen in der Regel Banken und Versicherungen stehen. (18)

Diese Entwicklung steht also im Gegensatz zur Forderung des DGB. Also müßte hier an erster Stelle die ausdrückliche Forderung nach einer grundlegenden Veränderung staatlicher Wohnbaupolitik stehen. Was den ganzen Bereich der legalen Steuerhinterziehung betrifft, der gerade hier eine Rolle spielt, so geht der DGB darauf zwar in seinen Finanzierungsvorschlägen ein, (siehe nächste Folge) aber die Forderung nach einer Abstellung solcher Art Subventionen über Steuern müßte hier erhoben werden, will man nicht den Baumarkt weiterhin völlig dem Spiel der Geldjongleure und Steuertrickser überlassen. Schließlich: Selbst die SPD hatte zu Beginn ihrer Regierungszeit die Veränderung des Bodenrechts in Angriff genommen, sie aber unter dem Druck der Reichen wieder fallen lassen — wenigstens dazu müßte sich der DGB aufraffen können, um das schmutzige Geschäft mit Wohnungen wenigstens teilweise einzuschränken.

ANMERKUNGEN

11. WSI-Mitteilungen 10/82, Seite 605
12. BMFT-Mitteilungen 4/82, Seite 70
13. Konkret 1/83, Beilage, Seite 9
14. Grundsatzprogramm des DGB vom März 81 (4. Außerordentlicher Bundeskongreß), Abschnitt 23
15. WSI-Mitteilungen 10/82, Seite 604
16. Einheit, 7/83, Seite 3
17. WSI-Mitteilungen 10/82, Seite 602
18. Bundesbaublatt Ausgabe 7/78, Bundesamt für Statistik

Rundherum blind?

Dasselbe schließlich auch bei den beiden restlichen Schwerpunkten, die der DGB herausstreicht. Verkehr und Bildung heißen diese Stichworte.

Kein Wort gesagt zur Lage der Bundesbahn. Außer die GdED-Forderung nach Beibehaltung des Umfangs der Bundesleistungen an die Bahn, die und über anderthalb Milliarden gekürzt wurden, zu wiederholen. Was Lokbauer, Elektrizitätsverkäufer und Straßenspeditionen alles so aus der Bundesbahn rausholen, dazu wird kein Wort gesagt. Daß die Industrie und Handelskammern entscheidenden Einfluß in dem Aufsichtsrat der Bundesbahn haben — das kommt hier gar nicht vor. Ebenso ist es bei der Bildungspolitik. Es ist doch fast schon lächerlich, so richtige Forderungen aufzustellen, wie den Bau von mehr Gebäuden für Gesamtschulen usw., ohne ein einziges Wort dazu zu sagen, daß im Schulwesen — nicht erst seit Oktober 82 — schon lange zur Gegenreformation geblasen ist, oder auch, daß es genügend arbeitslose Lehrer gibt usw. usf.

Bilanz

Versucht man also, am Ende von drei Artikeln über diese Schwerpunkte des Vorschlags des DGB für ein Beschäftigungsprogramm eine erste Bilanz zu ziehen, so kann man nur sagen: so nicht.

So richtig die erhobenen Forderungen auch im einzelnen sein mögen (und daß sie teilweise durchaus unterschiedlich zu bewerten sind, haben wir versucht, deutlich zu machen; wobei man im wesentlichen sagen kann, daß die Forderungen in der Regel sinnvoll und in ihrer Wirkung gegen die Arbeitslosigkeit durchaus nützlich sein können), es fehlt ihnen, im Gegensatz zu allen Beteuerungen, jede „Politikfähigkeit".

Denn diese Forderungen (abgesehen von solchen Formulierungen wie „Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken") stehen im Gegensatz zu Politik, die das Kapital haben will, im Gegensatz auch zu den existierenden Tatsachen, die durch vergangene Politik geschaffen wurden.

Ein solches Programm kann heute nur als ein Kampfprogramm gegen die Interessen der Kapitalisten durchgeführt werden. Wer dies systematisch ausklammert, dieses Problem systematisch verschweigt, der degradiert seinen eigenen Vorschlag zu einem bloßen Wunschzettel. Und der war dieser Vorschlag des DGB in der realen Politik ja auch bisher. Und dies eben nicht vor allem, weil der DGB zu wenig dazu getan hat, dieses Programm bekannt zu machen. Sicher, das war viel zu wenig. Aber ohne diese Aussagen dazu, wie man das denn erreichen will, bleibt dieses Programm nutzlos, utopisch, ein Sonntagsredenschlager, wie schon so oft. So etwas aber kann sich der DGB unter den heutigen Bedingungen auf Dauer nicht erlauben, sonst wird das Problem „Mitgliederschwund" (beispielsweise) sich noch ganz anders stellen als bisher.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 19, 13 Mayıs 1983 Yıl: 17 1 DM

Federal Hükümet'in yabancılar üzerindeki baskıları giderek artıyor "Gitmek isteyenleri teşvik etmek mi, yoksa geri dönüşe zorlamak mı?"

Yazısı sayfa 2'de



„Stern"in incileri sahte çıktı

Hamburglu resimli "Stern" dergisinin "Anılar" hikayesi hiçte olumlu bir intibanın altında bulunmuyordu. Fakat bunun üzerine oldukça laf kalabalığı yapıldı.

Olayların gelişimi, KŞ'-nın, "Hitler'in anıları"nın sahte olduğunun henüz kesin olarak açığa çıkmadığı dönemde yazdığı gibi oldu: Bu hikayenin tamamen ayakları havada olduğu açığa çıktı ve "Stern" dergisinin tepe üstü yere düşmesi, Koch, Schmidt ve Heidemann gibi yazarlarıyla ilk kurbanlarına yol açtı.

Şimdi diğer türlüsü gerçekleşmediğinden "Stern" dergisi sahte anılar tarihçesini yayınlamak istiyor. Hiç çekinmeden hikayenin nasıl geliştiği ayrıntılı olarak ortaya konarsa, şüphesiz ki bu ilgi çekicidir.

Ne var ki, şimdilik henüz hikayenin kaynağının nerede olduğu üzerine spekülasyon yapılmaktadır. Gazetenin sahibi ve şimdi gene baş yazar olan Henri Nannen bir şeyi şimdiden öğrenmek istiyor. Ve bu öğrenmek istediği şey ise ne solda, ne sağda, ne Nazilerde, ne de Güney Amerika'da bulunmaktadır. Ona göre bu daha ziyade Doğu Almanya'dadır. Olayın kaynağını araştıran bu uzmanı hangi izlenimin yönlendirdiği henüz açık değildir.

Açık olan şu ki, derginin yazarı olan Heidemann Nazi katillerinin iyi bir arkadaşıdır. Nitekim o bilindiği gibi tanınmış Nazi katili olan Barbie'ye yardım teklifinde bulundu ve belki de o da bundan bu tür şeyler beklemiştir. O bunun yerine onun yakalanmasına yardımcı olsaydı, daha büyük bir katkı sağlamış olurdu.

Nannen, "anıların" ardında "siyasi değilde ekonomik çıkarların" yattığını tahmin ediyor. "Stern" dergisi yönetiminin maddi çıkarı o kadar büyük ki, (ve Nannen bugün hiç bir şeyden haberinin olmadığını kime yutturmak istiyor?) bunun için bugünkü Nazi çevrelerinin muazzam desteği göze alındı.

"Stern" dergisinde, tüm bu olanların samimiyetlerinden dolayı midelerine oturan gazetecilerin de olduğundan kimse şüphe etmemelidir. Yalnızca çöpe atılacak, ayakları havada olan şeyler yazmadı dergi. Bunun için "Bild" gazetesi ile ortak anti-"Stern" cephesine geçilmemelidir. Fakat kâr ya da sempati duymaları nedeniyle Nazilerin eylemlerini teşvik eden insanlara hakkettikleri cevap verilmelidir.

100 binin üzerinde işçi ve emekçi ÖTV eylemlerine katıldı

Uyarı grevlerinin gücü etkisiz mi kalmalı?

Uzlaştırma komisyonu çağrıldı

Kamu işverenleri, ÖTV'ya resmi olarak yapmadıkları 2,3 zam önerilerinde en son noktasına kadar bile başvurdular. Bu öneri resmi olarak yapılmadığından, sendikanın görüşmelerin yapılmayacağı açıklamasında bulunduğunu belirtti bir ÖTV sözcüsü. Daha önce İG Metall'da olduğu gibi, — kısmende bu çelik işçilerinde de görülebiliyordu — ÖTV'da da, bazıları tarafından beklenilenin üzerinde bir mücadele azminin olduğunu yapılan çeşitli uyarı grevleri gösterdi. Şimdi bunu uzlaştırmaya mı bırakmak gerekir? Yoksa bu hükümete ağır bir darbe olacak gerçek bir mücadele için gerekli olan hazırlıklar mı yapılacak?

Karlsruhe'den örnek bir haberde, ÖTV yöneticilerinin 5 Mayıs'tan sonraki uyarı grevlerinin ardından, şimdi daha hızlı bir şekilde iyi bir ücret anlaşmasını gerçekleştirebileceklerini söyledikleri belirtilmektedir. Bu değerlendirmenin doğru olup olmadığı ya da bilinçli olarak saptırma olup olmadığı bir yana, bu açıklama yeni gelişmelerin gösterdiği gibi her hallükârda yanlıştır.

Şüphesiz ki, ÖTV sendikasının uyarı grevi eylemlerine 100 bin kadın ve erkek işçi arkadaşın katılması da, İGM'nin düzenlediği uyarı grevi eylemlerine 700 bin metal işçisinin katılması gibi olumlu bir belirtidir.

Ne var ki, somut bir örnek olarak Dortmund'daki Hoesch işletmesinin şubesi olan Phoenix çelik işçilerinin grev eylemlerine baktığımızda zorlukların nerede yattığını çok açık bir şekilde görebilmekteyiz. Bu işletmede bir kaç yüz işçi arkadaş düzenlenen uyarı grevi eylemlerine aktif olarak katıldı ve sokağa çıkarak, sağcı işçi temsilcilerinin engelleme çabalarına rağmen, bir kavşağı işgal etti ve daha sonra Hörde semtinde bir protesto yürüyüşü yaptılar. Diğer yandan bu eyleme yalnızca yaklaşık 400 işçi arkadaşın katılması, sadece — tabi ki buna da bağlıdır — sağcı işçi temsilcilerinin seferberlik etmemesinde yatmamaktadır, aynı zamanda bu işçi arkadaşların yüzde iki için kendilerini angaje etmelerinin gereğini kavrayamamalarına da bağlıdır. Çünkü onlar kendileri için bir "kriz kesintisinin" olacağına emin bir gözle yaklaşıyordular.

Kuşkusuz ki bu anlaşılan bir görüştür. Ancak bu görüş açısı, daha az işçinin mücadele azmini göstermesinin daha düşük bir sonuca yol açacağını unutuyor ve işçiler arasındaki yılgınlık üzerine sevineceklerin yalnızca işverenlerin (belkide bir kaç oldukca tutucu "sosyal ortağın") sevineceğini gözardı ediyor.

Bu şartlara Stuttgart'ta kamu sektöründe yapılan ücret turları görüşmeleri üzerine haberler de uymaktadır. Bir yandan sendika tarafından hiç bir yakınlaşmanın olmadığından bahsedilirken, diğer yandan kamu işverenleri tarafından sorunu yalnızca ince farkların oluşturduğu söylenmektedir. İster bu doğru olsun, isterse olmasın, şimdiye değinki gidişattı güvensizlik tohumları ekmek için elverişlidir.

Gazetemiz yayınlandığında, her şey sonuçlanmış olabilir de. Ancak o zaman ÖTV özelinde sendikaları daha da köşeye sıkıştırma girişimi büyük bölümü ile başarılmış olacaktır. Ki, bunun böyle olmaması gerekir. Tabi ki, mücadeleye hazır olan tabandan ve bunu boğan yönetimden tamamen mekanik bir şekilde hareket edilmese bile, bu böyle olmalıydı. Ayrıca sendika temsilcileri tarafından örgütlenen uyarı grevlerinin gösterdiği güç değerlendirildiğinde bunun böyle sonuçlanmasının gerekmediği açığa çıkmaktadır.



Blüm'ün yeni girişimi:

Çıraklar için gece vardiyası mı?

Uzun zamandan beri işverenler "eğitimi engelleyen önlemlerin" kaldırılmasını talep ediyorlar. Eh, şimdi sermayenin ideal hükümeti iş başında olduğuna göre, işverenlerin bu arzusunun derhal yerine getirilmesi isteniyor. Diğer koruma önlemlerinin yanı sıra çıraklık eğitimi gören gençler için gece vardiyası yasağının da kaldırılması talep ediliyor.

Federal Çalışma ve Sosyal İşler Bakanı CDU'lu Blüm, genç işsizlerin sayısının alabildiğince kabarık olmasını bu adımı için kullanmak istemektedir. DGB yaptığı bir hesaplamaya göre, bu yıl 270 bin gencin ne okul eğitim alanı, ne de mesleki eğitim alanı olacak. Böylece bu durumda sermayenin ideal hükümeti, iş arayan bir gencin, çalışma koşulları ne kadar kötü olursa olsun, her işi kabul edeceği hesabını yapmaktadır.

Daha bu yıl tamda eğitim yılı başladığında, yani sonbaharda işverenler için "eğitimi engelleyici yönetmeliklerin" çıkarılacak bir kanunla kaldırılması amaçlanıyor.

Sendikaların onlarca yıl boyunca sürdürdükleri mücadele sonucunda elde edilen genç işçilerin haklarına ana saldırının noktasını, çalışma saati uygulamalarının gevşetilmesi, ve gece vardiyasında çalışma yasağının kaldırılması oluşturuyor. Bu ilkin fırın vb. işletmeler için uygulanmak isteniyordu. Fakat şimdi koyu gericiliğin çalışma bakanı, bu kararın bir bütün olarak kaldırılmasını, çünkü gece saatlerine "eğitim için esaslı olan" çalışmaların düştüğünden dem vurmaktadır. Ayrıca yeni çıkarılmak istenen kanunda, çıraklar ve genç işçiler için vardiya işini mümkün kılan yönetmeliklerin yaratılması isteniyor.

Bu uygulamaların CDU/CSU-FDP Hükümeti tarafından yaşama geçirilmesi yalnızca ve yalnızca temsilciliğini yaptıkları, işverenlerin kârlarına hizmet etmekte ve bu gençliğin sıhhatinin bozulmasının hesabına yapılmaktadır.

Kost Rika'ya ABD birlikleri mi gönderilecek?

Nikaragua ablukaya alınmak isteniyor

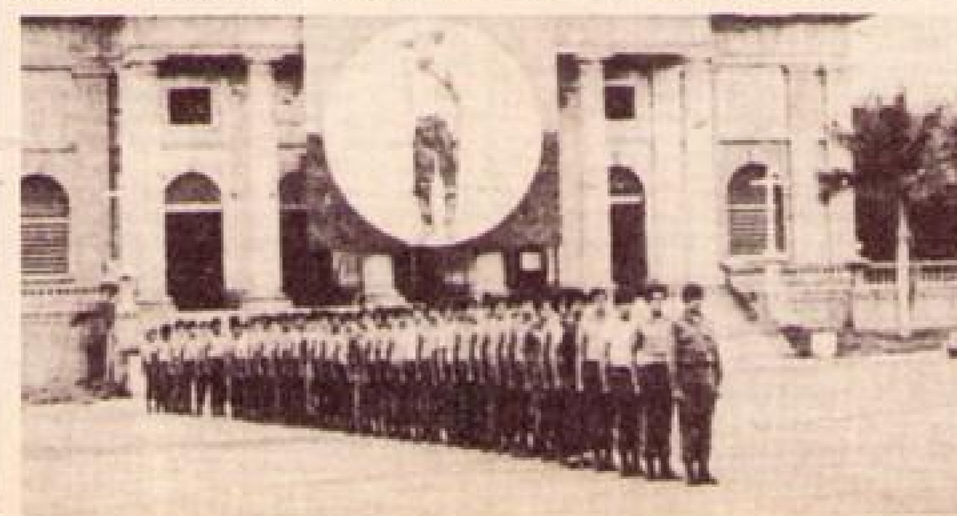
Nikaragua'ya saldıran gerici çetelere destek sağlayan Honduras düzenli birliklerinin ateşle himaye etmelerinden bir hafta sonra şimdi de bir başka komşu ülke savaş hazırlıkları yapmaktadır. Kosta Rika Kuzey sınırının korunmasını talep ediyor. Kosta Rika Kuzey sınırında Nikaragua bulunmaktadır.

Kuşkusuz ki, yardım çağrısında bulunan Kosta Rika'nın bu çağrısı her hangi bir ülkeye değil, ABD'ye yönelikti. Ve burada soruna çok açır bir şekilde destek gördü. Kendilerine yardım çağrısında bulunan birisini büyük emperyalist devletler sürekli buldular. Nitekim bunu Kosta Rika'da niçin bulmayacaklardıki!

Çünkü yalnızca bu yardım çağrısında daha önce değil de, neden şimdi bulunulduğu sorusu üzerine düşünmek bile bazı şeyleri açığa çıkarmaktadır. Bu tam da şimdi ABD emperyalizminin Nikaragua'ya karşı savaşı kışkırtma planlarıyla tam bir uygunluk içermektedir. Kosta Rika'nın başkenti San Jose'de yapılan çağrıya ilişkin olarak, Pentagon'daki savaş stratejisi uzmanları "kendileri yardıma çağrıldıklarında elbetteki birlikleri ile gideceklerini" vurguladılar. Böylece Nikaragua'daki devrimci hükümete karşı ikinci savaş cephesi de açılmış olmaktadır. Pratik olarak El Salvador'a karşı çoktan başlamış olan açıkca bir müdahale savaşının tehlikesi giderek Nikaragua'ya karşı da artıyor!

ABD birliklerinin Kosta Rika'ya gönderilmesi demek, Reagan'ın tehdit ettiği "belirleyici savaş"a yönelik önemli bir adımdır.

Yanke Kosta Rika'dan defol! Nikaragua'dan elinizi çekin!



„. . . genel greve bile gidilmelidir!"

NATO Ek Silahlanma kararının boşa çıkartılması için, grevden tut, genel greve kadar varan eylemlerin hazırlanması gerekmektedir. Ve bu önlemler Amerikan yeni orta menzilli füzelerinin yerleştirilmesi durumunda yaşama geçirilmelidirler. Sanat sendikası kongresinde oybirliği ile aldığı bir kararda DGB sendikasını bu tür adımları atmaya çağırmaktadır.

Sendika kongresinin işaret ettiği bu adım doğru ve can alıcı bir adımdır. Bu adım her şeyden önce büyük sanayi işçileri sendikası tarafından doğru bir temelde ele alınarak DGB sendikası içinde hakim kılınmalıdır.

Şimdiye değin DGB tarafından bu soruna ilişkin olarak kendilerine yalnızca bir "görüşme" teklif edilen Sanat Sendikacıları gibi, geçen hafta sonunda Bavyera Ealeti'nde "genel grevden" bahsetmeksizin, matbaa işçileri sendikacıları da açıklamada bulundular. Burada da bu tür mücadele önlemlerinin biçimsel olarak hukuki açıdan sağlanması değil, tam tersine işçi ve sendika çıkarları ön planda bulunuyordu. Basım ve Kağıt İşçileri Sendikası'nın bir konuşmacısı "şayet Hans Martin Schleyer'in (İşverenler Başkanı, KŞ) ölümünde işi bırakmaya izin veriliyorsa, ... o zaman şimdi saptırılmamıza da izin vermemeliyiz" dedi. Evet tamda böyle davranılmalıdır.

Aynı şekilde roketlerin yerleştirilmesine karşı halk arasında bir araştırmanın yapılmasını sağlamak için sendikaların tam desteği gereklidir!

"Gitmek isteyenleri teşvik etmek mi, yoksa geri dönüşe zorlamak mı?

2. BÖLÜM

Kızıl Şafak'ın geçen sayısında birinci bölümünü yayınladığımız, yazı dizimizde, Kohl Hükümeti'nin "gönüllü dönüşleri teşvik etmek" ve bunun içinde "teşvik primleri vermek" açıklamasının bir manevradan başka bir şey olmadığını, bırakalım devletin yabancılara bir şeyler hediye etmesini bir yana, yıllardan beri kazandıkları hakların büyük çoğunluğunun üzerine bile konduğunu, ve bugün çeşitli resmi makamların yabancıları zorla sınırdışı etmeye başladıklarını belirtmiştik. Şimdi yazı dizimizin bu bölümünde ise sözümona teşvik primlerinin neler olduğunu ele alacak ve son dönemlerde arka arkaya Türkiye'deki faşist cunta ile sürdürülen pazarlıkların ardında yatan gerçeğin ne olduğuna değineceğiz.

Bir zamanlar, yani yabancı işçiler kâr getiren bir faktör oluşturdukları dönemde, oturma izni verilirken bir takım uygulamaların, örneğin evin metre karesinin yeterli olup olmadığı, kazancın yetip yetmediği üzerinde tam olarak durulmazken, bugün en inceliğine kadar durulmaktadır. Bunun nedeni açık: Bugün işsiz olan, çalışmayan aile fertleri, iş sakatları, sürekli hastalar vb. artık kâr getiren değil, masrafa yol açan bir faktörü oluşturuyorlar sermaye ve onların Bonn'daki Hükümeti için. Şimdi bu kesimi kazandıkları haklarının üzerine yatarak sınırdışı etmenin ortamı mevcuttur. Ve çeşitli resmi makamlar tamda bunu yapmaktalar. Masrafa yol açan yabancıları zorla sınırdışı etmeye çalışan kapitalistler, geriye kalan kesimini ise haklarının büyük çoğunluğunun üzerine konarak üç beş kuruşla "teşvik" edeceklerdir.

Yoksa, gerçekten sorunu yabancılara bir "yardım yapmak" oluştursaydı, bugüne değin niçin somut bir adım atılmadı? Batı Alman sermayesi bugüne değin biz yabancı işçileri sömürerek kârlarına kâr kattığı gibi, bugün biz yabancıların "masrafa yol açan" kesimimizi sınırdışı ederken de mümkün olduğunca en büyük kârı sağlamaya, yani yıllardan beri çalışarak kazandığımız hakların üzerine yatmaya çalışmaktadır.

Diğer yandan Bonn'daki politikacıların hepsi "teşvik priminden" dem vuruyorlar. Şimdi sormak lazım şu baylara; Yabancı işçilerin alın terlerinin ürünü olan "işsizlik parasının belirli bir kısmının toptan ödenmesi mi bir "teşviktir"? Ya da İhtiyarlık sigortasındaki işçi primlerinin ödeme süresi kısaltılarak toptan ödenmesi mi bir "teşviktir"? Yoksa çocuk paralarının cüzi bir kısmının toptan verilmesi mi "teşvik"tir? Hayır bunların hiç biri teşvik değildir. Hele hele Batı Alman kapitalistlerinin yabancı işçilere bir hediyesi ise hiç bir şekilde değildir. Tam tersine bunlar yabancı işçilerin haklarıdır. Ve bu hakları bile koyu gericiliğin hükümeti tam olarak vermek istemiyor. Bu soruna sosyal-liberal hükümet koalisyonu bir çözüm getirmediği ve elinin tersiyle ittiği gibi, bugün CDU/CSU partileri bunu daha da katı bir şekilde reddetmekteler.

Bugün Kohl Hükümeti'nin yabancı, özellikle AET dışı ülkelerden gelen işçilerin işsiz kalan, aile bireyleri kesimini geri göndermek için uygulamak istediği metodta yeni değildir. Şöyleki bugün o geri göndermek istediği yabancılar kesimine, "verilmek istenen teşvik primine" iflaslar sonucunda, ya da kapitalistlerin kâr hırslarından ötürü işletmeleri "onarma planları" sonucunda işyerlerini kaybeden yabancılara verilecek tazminatların da sayılmasını amaçlamaktadır. Birincisi, verilmek istenen tazminatlar, ırk ve milliyetlerinden bağımsız olarak tüm işçilerin bir hakkıdır ve bu hakkı Batı işçi sınıfı mücadelesi sonucunda elde etti. İkincisi ise, bu uygulama yeni bir şey değildir. Aynı uygulamaya 1975 yılında Baden-Württemberg eski Eyalet Başbakanı CDU'lu Filbinger de başvurmuştu. O zaman Heilbronn bölgesinde VW işletmesi ve Audi/NSU otomobil fabrikası işletmeyi "onarma planları" çerçevesinde yerli ve yabancı işçilerin de çıkışını vermiştiler. İlkin 6 milyon devlet yardımı vermek isteyen eyalet Başbakanı, daha sonra bu yardımı 16 milyona yükseltti. Bu para 1975 yılı nisan ayında bu iki otomobil fabrikasının "onarma planlarından'' özel olarak etkilenen ve Mayıs 1975 yılı sonuna kadar geri döneceklerini açıklayan 1100 yabancı işçiye dağıtıldı. İşçilere ortalama olarak 7800 Mark eyalet Hükümeti ve 3000 ile 6 bin Mark arasında ise işletme para verdi. Yani toplam olarak bir işçi 10-13 bin Mark arasında—gitselerde gitmeselerde almaya hakları olan—bir parayla zorla sınırdışı edildiler. Filbinger de yabancı işçileri zorla sınırdışı ettiğinde bugün Kohl gibi aynı amacı güdüyordu: "İş piyasasını hafifletmek." Görüldüğü gibi bugün Kohl Hükümeti'nin de işyerini iflas ya da onarma planları sonucunda kaybeden yabancılara uygulamak istediği metod da aynıdır, yani belirli bir avutma parasını devletin vermesi, diğerini ise işyerinin. Aynı uygulamayı geçen yıl VW işletme yönetimi İş ve İşçi Bulma Kurumu ve Aşağı Saksonya Eyalet Hükümeti ile anlaşarak gerçekleştirmek istemiyor muydu? İşte bugün Kohl Hükümeti'nin adını "teşvik primi" koyduğu şey, devletçe örgütlenmiş soygundan başka bir şey değildir!

Ayrıca gerek Kohl Hükümeti gerekse Batı Alman kapitalistleri ağızlarını her açtıklarında yabancılara karşı almak istedikleri önlemlerin "insancıl"lığından bahsetmekteler. Şimdi sormak lazım şu baylara: Federal Anayasa'da "Evlilik ve aile devlet düzeninin özel koruyuculuğu altında bulunmaktadır" (Madde 6, bent 1), ve "çocukların bakımı ve eğitimi anne ve babaların doğal hakkıdır ve bu görev ilkin onlara düşmektedir." (bent 2) ve "Velisinin isteğine karşı çocuklar ancak eğer veli başaramıyorsa, veya cocuklar diğer nedenlerden ötürü bakımsızlık tehlikesi ile karşı karşıyalarsa, bir kanundan dolayı aileden koparılabilirler. (bent 3)" diye yazılıdır. Peki bugün sahte "eşitlik", "entegresyon" kisvesi altında altı yaşından büyük olan çocukların anne ve babalarının yanına getirilmesini, yasaklamak burada yaşayan yabancı genç kız ve erkeklerin geldikleri ülkelerde evlenmeleri durumunda ya ailelerinden ayrı kalmalarını ya da geri dönmelerini sağlamak, ya da 1990 yılına kadar yabancıların sayılarını yarı yarıya indirileceği tehditini savurmak "insancıl"mıdır bay Kohl?



İG Metall dergisinin son sayısında kapak sayfasında yayınlanan ve yabancılar üzerindeki baskıyı kınayan bir karikatür.

Artan baskılar karşısında bir çıkış yolu göremeyen bir çok yabancı işçi geri döndü

Geçen sayıda da vurguladığımız gibi, gerek SPD/FDP Koalisyonunun gerekse bugün Kohl Hükümeti'nin izlediği katı, tamamen işverenlerin istekleri doğrultusundaki ve yabancılar arasında korku yaratan, endişe uyandıran politika sonucunda bir çok yabancı işçi geri döndü. Önceki dizide sıraladığımız resmi dairelerdeki baskılar, zorla geri gönderme metodları, Nazilerin yabancı düşmanı sloganları, ırkçı kışkırtma kampanyaları ve saldırıları, hükümetin, çeşitli partilerden politikacıların ve sermayenin, gerici ve faşist basının uyguladığı piskolojik baskı sonucunda bir çok yabancı, özellikle de Türkiyeli göçmen işçi ailesi ile birlikte geri döndüler. Geri dönenler yıllarca çalışarak burada kazandıkları hakları bile almadı ve Batı Alman devletine ve burjuvazisine hediye ettiler. Çünkü yaratılan piskolojik baskı ve yapılan zorlamalar bir çıkış yolu göremeyen göçmen işçilerde geri dönmekten başka bir seçenek yolunu bırakmıyordu. Ayrıca bu konuda daha sonra ele alacağımız, biriktirdikleri parayla geri döndüklerinde yaşamlarını garantileyebilecekleri hayalleri de bazılarında belirli oranda bir rol oynuyordu.

Federal Almanya ve Batı Berlin'deki gelişmelerden etkilenen ve bir çıkış yolu göremeyenler geri dönmeye karar verdiler. Örneğin merkezi Wiesbaden'de bulunan Federal Araştırma ve İstatistik Enstitüsünün yaptığı açıklamaya göre 1981 yılında 322 bin, 1982 yılında ise toplam olarak 434 bin yabancının Federal Almanya'yı terk ettiği belirtilmektedir. Artan baskılar sonucunda ve özellikle bunlar karşısında çaresiz kalan 11 bin Türkiyeli göçmen işçi geçen yılın eylül ayından bu yılın Mart ayına kadar Federal Almanya'yı terk etti. Temelli dönüş yapanların başını İtalyan işçileri çekmektedir. Batı Alman kapitalistleri böylece yabancı işçilerin çalıştıkları dönemde ödedikleri işsizlik, hastalık ve emeklilik sigortası primlerinin büyük çoğunluğunun üzerine konarak da bir ek kâr sağlamış olmaktadırlar. Çünkü geri dönen AET dışı ülke işçileri şimdiye değin geçerli olan uygulamaya göre ülkelerinde çalışmadıkları taktirde iki yıl sonra yalnızca kendi emeklilik primleri payını alabilmekteler. İşverenin ödediği ve kendilerinin alma hakkı olduğu prim ise Batı Alman devletine kalmaktadır. Hem yabancı işgücünü çalıştırırken muazzam kârlar sağlamak hem de geri dönüşlerinde! İşte Batı Alman kapitalistlerinin ucuz işgücü, yani yabancı işgücü getirdiklerinde mantıkları buydu ve bugün de budur.

Faşist cuntayla pazarlıklar

Gerek sosyal-liberal koalisyon gerekse CDU/CSU-FDP koalisyonu yabancı, özellikle de Türkiyeli işçilerinin çalışmayan, işsizolan, kısacası, "masrafa yol açan" kesimini geri göndermek istediğini açıkladı. Sorunu Türkiyelilere indirdiğimizde faşist cuntanın buna karşı ilk "protestosu" bir dizi "Türk işçilerinin haklarına sahip çıkar" gibi görünen kalabalık lafların yanında "bizim dövizimiz ne olacak" şeklindeydi.

Hem faşist cuntanın hem de onun Federal Almanya'daki uzantıları olan konsolosluklarının demeçlerine baktığımızda, onların bu göstermelik protestoyla biz Türkiyeli işçilerin "haklarını aradıkları" yanılgısı doğabilir. Ama gerçek durum hiçte öyle değildi. Çünkü gerçekten faşist cuntayı ve onların yurt dışındaki uzantılarını biz Türkiyeli işçilerin kazandığı hakların korunması oluştursaydı, onlar bunun için net anlaşmalar yapardılar. Türkiye'deki hakim sınıfları ve adı ne olursa olsun, onun şimdiye değin temsilciliğini yapan hükümetleri dün olduğu gibi bugün de bir tek şey ilgilendiriyor: Biz Türkiyeli göçmen işçilerin sırtından dövizlerini garantilemek! Aksi takdirde onlar Federal Almanya ile 1961 yılında işçi gönderilmesi anlaşmasını yaparken, bizlerin daha sonra geri dönmemizde kazandığımız tüm hakların Türkiye'ye transfer edilmesini kararlaştırırdılar. Ama onlar daha başlangıçta "Eti size kemiği bize", diğer bir deyişle "işgücü size dövizi bize" mantığıyla hareket ettiler, ediyorlar. İşte bugün faşist cuntanın, Bonn Hükümeti'nin "Türk işçilerinin sayısını azaltacağız" demesiyle velvele koparmasının esas nedeni burada yatmaktadır. Çünkü böylece en önemli döviz kaynakları ellerinden gitmiş olacaktır.

(Devamı gelecek sayıda.)

Bonn Yılmaz Güney'i tutuklamak istiyor

Uluslararası alanda da tanınmış olan Türkiyeli sanatçı Yılmaz Güney kendisine yapılan bir davetiye üzerine Federal Almanya'ya gelmek istiyordu. Ne var ki, Bonn Hükümeti ona, Federal Almanya'ya geldiği takdirde tutuklayarak Türkiye'ye sınırdışı edeceği tehditini savurmaktadır.

Sosyalist Alman İşçi Gençliği (SDAJ) Yılmaz Güney'i, Mayıs ayı sonunda Dortmund'da yapmak istediği "4. Gençlik Festivali"ne davet etmişti. Bunun için o, Güney'in Federal Almanya'ya geldiğinde, kendisine karşı hiç bir adımın atılmamasını garantilemek için Federal Dışişleri Bakanı Genscher'den teminat istemişti.

Daha önce Fransa, Yunanistan ve İspanya bu tür teminatları vermiştiler. Ve bu üç ülkeye giden sanatçı Yılmaz Güney, Kenan Evren faşist cuntası iade isteminde bulunduğu halde, ülke yetkilileri tarafından tutuklanarak sınırdışı edilmedi. Bu ülke hükümetlerinin faşist cuntanın iade istemini yerine getirmemelerinin nedenini, faşist cuntanın gerçek yüzünün uluslararası alanda da ortaya konması ve keyfice yargılamalar, sanıkların savunma haklarının oldukça sınırlı olduğu, sahte şahitler gösterilerek yargılamalara gidilmesi, işkence vb. üzerine haberlerin uluslararası alanda da duyulması ve bunların Türkiye'ye giden çeşitli hukuk komisyonları tarafından da doğrulanması oluşturuyordu.

Bonn, Yılmaz Güney'e garanti veremeyeceğini, Federal Almanya ile Türkiye arasında yapılan "Avrupa İade Antlaşması" ile gerekçlendirmektedir. Radyo konuşmasında Adalet Bakanlığı'nın bir sözcüsü, "Bay Güney'in sınırı geçtiğinde her hallükârda ele geçmesini sağlamak lâzım ve sonrada bu maksatla tutuklamak gerekir" dedi. Güney'in ilkin "olayla ilintili olarak bir soruşturmaya tabi tutulması gerekli." daha sonra Federal Hükümet, "amaca uygun olup omadığı bakış açısı altında", yani dış ve "mahkeme işlevi politikası" açısında Güney'in sınırdışı edilip edilmeyeceğini "kararlaştırılacaktır." diyor sözcü.

Bilindiği gibi, faşist cunta Yılmaz Güney'i "çeşitli suçlardan" ötürü aramaktadır. Bu yılın ocak ayında askeri diktatörlük Güney'i vatandaşlıktan çıkardı. Güney, yurtdışına kaçmadan önce sözümona bir hakimi öldürdüğü gerekçesiyle mahkeme tarafından 19 yıl ağır hapis cezasına çarptırılmıştı. Ayrıca yakın geçmişte faşist cuntanın "bağımsız" mahkemeleri Güney'i 1979 yılında yazdığı bir makaleden dolayı "komünizm propagandası yaptığı" gerekçesiyle gıyabında 7 yıl 6 ay hapis cezasına çarptırdılar.

Türkiye'deki gerçek durumla ilintili olarak "duvar" adlı film çekimi çalışmalarını sürdüren Güney şu an özellikle Fransa'da sürekli kaldığı yerleri değiştirerek, yaşamaktadır.

Koyu gericiliğin hükümetinin, Güney Federal Almanya'ya giriş yaptığı taktirde derhal tutuklayarak, faşist cuntaya da teslim edebileceği tehditi büyük bir skandaldır!

Yılmaz Güney ve Cem Karaca'nın eserlerinin bulundurulması yasaklandı

Türkiye'de askeri faşist diktatörlük, ilerici ve yurtsever sanatçılara karşı da saldırılarını olanca şiddetiyle sürdürmektedir. O, Y. Güney ve C. Karaca'yı vatandaşlıktan çıkarmakla yetinmeyip, onların yaptıkları ilerici sanattan da öcü gibi kormaktadır.

Her türlü ilerici sanatın emekçi halkın uyanmasına hizmet edeceğinden, böylece halkın kendi gerçek yüzlerini daha iyi bir şekilde göreceğinden dolayı, bunu önlemeye çalışan faşist generaller güruhu, şimdi Yılmaz-Pütün (Güney) ve Cem Muhtar Karaca'ya ait her türlü resim, yazılı eser, kaset, plak, film ve video bantlarının basımı, dağıtımı, bulundurulması ve taşınmasını yasakladı. Ve sonra bu karara uymayanlar yani en geç 25 Mayıs 1983'e kadar onlarla ilintili malzemeleri teslim etmeyenler hakkında yasal işlemlerin yapılacağı tehditini savurdular.

Faşist cunta daha önce de yazar Aziz Nesin'in 1956 yılında Akşam gazetesinde yayınlanan ve daha sonra "Az Gittik, Uz Gittik" adlı kitapta derlenen yazılarından dolayı kendisi hakkında dava açtı.

Askeri faşist diktatörlük, yönetime el koyduğundan beri, ilerici, halktan yana olan ne varsa, hepsini yasaklamaya, böylece gerçekleri halkın belleğinden silmeye çalıştı, çalışıyor. Ancak o bunları yaparken, halkın her günkü öz yaşamını dile getiren bu kitapları, filmleri vs. yasaklamakla bu gerçekleri onların belleğinden silemeyeceğini unutuyor.

Federal Hükümet'in izlediği katı iltica politikası bir kişinin ölümüne daha yol açtı

Bir ilticacı daha intihar etti

Dortmund'da bir Ghanalı ilticacı, iltica dilekçesinin reddedilmesinden dolayı, ümitsizliğe düşerek intihar etti.

Siyasi iltica hakkının giderek kısıtlanması ile karakterize edilen Batı Alman devletinin siyasi iltica politikası kurbanlara yol açmaktadır. Buna aynı zamanda iltica istemlerinin reddedilmesinden sonra geldikleri ülkelere geri gönderilen ve işkence ve ölümle karşı karşıya bıraktırılanlar, Federal Almanya'nın sınırdışı etme korkusu ile intihar edenler de dahildir.

Bu son olaydan önce bir Türkiyeli ilticacı da içinde bulunduğu durumdan dolayı bunalarak kendini asmıştı. Hanau'da intihar eden Ali Kurt, iltica talebinin reddedilmesinin den sonra ikinci bir kez iltica isteminde bulunmuştu. Ne var ki, ikinci iltica isteminin de askıda olmasından dolayı Ali Kurt özellikle Türkiye'ye iade edilmesinden korkuyordu. Ve büyük beklentilerle geldiği Federal Almanya'da tam ters yönde gelişmeleri yaşaması, bir konut bulamaması, iltica isteminin kabul edilmemiş olması ve Türkiye'ye iade edilme korkusu sonucunda o geçen yılın ekim ayında intihar etmişti. Kuşkusuz ki, onun intihar etmesine yol açan neden Federal Almanya'da iltica kanunun giderek kuşa çevrilmesi, ilticacıların yoğun baskılara tabi tutulması, aşağılayıcı ve insanlık dışı hakaretelere uğramalarıdır. Bu baskılar, saldırılar sonucunda o ailesini ve çocuğunu geride bırakarak canına kıymıştı. Ve Ali'nin Kohl Hükümeti'nin işbaşına gelmesinden sonra intihar etmesi de bir rastlantı sonucu değildi. Tam tersine koyu gericiliğin hükümetinin açıkladığı, yaratmaya çalıştığı piskolojik baskılar ister istemez ilticacıları ağır bir şekilde etkiliyordu.

Nitekim daha bu olayın ardından fazla bir zaman geçmeden, Nisan ayı sonunda ise Dortmund'da bir Ghanalı ilticacı intihar etti.

3 Mayıs'ta Dortmund-Dorstfeld'de bulunan bir ilticacı yurdunda asansörü tamir etmek isteyen tamirciler korkunç bir olayı açığa çıkardılar.

Bir odanın önündeki balkonunda 28 yaşındaki Ghanalı Abu. D. kendisini asmıştı. Tahminen nisan ayının son haftasında meydana gelen bu olayın farkına ilticacılar yurdunda kalan hiç bir kimse varmamıştı.

Kuşkusuz ki, Abu D'nin niçin intihar ettiğinin nedenleri diğerleri tarafından çok açık bir şekilde biliniyor: İntihar etmeden önce Abu D. Federal Almanya'da kendisine iltica hakkı tanınmayacağını öğrenmişti. Görüldüğü kadarıyla bundan dolayı endişelen Abu D. intihar etmekten başka çıkış yolu bulamıyor. O bir buçuk yıldan beri Federal Almanya'da yaşıyordu.

Şimdi Kohl Hükümeti, zaten kuşa çevrilmiş olan iltica hakkının daha da sertleştirilmesi gerektiğini hükümet açıklamasında belirtti. O böylece "sığınma hakkının kötüye kullanılmasını önlemek" istediklerini vurguladı. Açık olan şudur ki, onun bununla kasettiği, Hitler faşistlerinin takibatına uğrayan anti-faşistlerin ve demokratların mücadelesi sonucunda Federal Anayasaya alınan bu hakkın bir bütün olarak tasfiye edilmesidir. İltica hakkı tasfiye edildikten sonra artık onu kötüye kullanan da olmaz! Bunun için rotayı koyu gericiliğin hükümeti çoktan belirledi. Ve izlenen bu rota sonucunda iki sığınmacı intihar etti, bir çokları ise geldikleri ülkelerin cellatlarına teslim edildiler, edilmektedirler.

Hükümetin, demokratik bir hak olan sığınma hakkını tasfiye etmesine göz yummak ya da seyirci kalmak demek, daha bir çok ilticacının canına kıyması ortamının yaratılmasına katkıda bulunmak demektir.

Bunun için partimiz KPD, iltica hakkının tasfiye edilmesine son verilmesini talep ediyor. Bunun için tüm siyasi sığınmacılara sığınma hakkı tanınmalıdır!
Demokratik bir hak olan iltica hakkının kısıtlanması önlenmelidir!

YORUM

Gericiler ve tepkileri

Hükümet programı açıklamasına ve daha sonra bunun üzerine sürdürülen tartışmalara ilişkin olarak çok şey yazıldı, söylendi. Ve aynı şekilde Kızıl Şafak'ın da bununla ilişkili olarak ayrıntılı bir şekilde görüş belirtmesi gereklidir.

Kohl'un konuşmasına ilk yankıyı ele aldığımızda, bunu şu noktada özetleyebiliriz: Hoşnutsuzluk.

***Hoşnutsuz olan Franz Josef Strauss, bir bütün olarak CSU partisi ve intikam alma birlikleri idi.** Onlara göre Alman sorununa ilişkin açıklamalar yumuşaktı, pek saldırgan değildi. CSU takımı Polonya'ya talepte bulunurken, orada şimdiki politikanın "sürekliliği" vurgulandı.*

***Hoşnutsuz olanlar yalnızca bunlar da değildi. Aynı şekilde işveren birlikleri de hoşnutsuzdular.** Onlara göre Kohl'un ekonomik ve sosyal politikaya ilişkin olarak yaptığı açıklamalar oldukça yumuşak ve geneldiler. Daha önce ileri sürülen, kamuoyunda tartışılan planların vs. bunda sözü edilmediğini belirtiyorlar onlar. İşveren birlikleri, kendilerine yapılan vergi hediyelerini, sosyal hakların daha da kısıtlanmasını ve kâr getirici devlet siparişlerini yeterli görmüyorlar artık. İşverenler işyerlerinde "dönüşümün" ne olduğunu — buna bilhassa sendikal hakların yok edilmesi de dahildir — yaşama geçirmeye başlarken, orada hâlâ taktik uygulanıyordu.*

***Diğer yandan DGB ve onun başkanı Ernst Breit de hoşnutsuzdular.** Seçimden hemen sonra bunun "demokratik seçim" olduğunu açıklayan o, şimdi "endişelerini" dile getirdi. Breit, bu koalisyonun daha başından politikası olarak ilan ettiği şeyi uygulayacağından endişeleniyor her halde. O, tüm sosyal ortaklık politikasının suya düşeceğinden endişelenmektedir. Ancak ne var ki, onların "sosyal denge" ile ilintili olarak söyledikleri daha geçen yılın ekim ayında Schmidt hükümeti düşürüldüğünde oyun planından çıkarılmıştı.*

Demek ki hoşnutsuzluk genel olarak hepsinde mevcut. Ne var ki, bu hoşnutsuzluk çok farklı bir şekilde ifade edildi. Gericiler kendilerinin hoşlarına gitmeyen şeyin ne olduğunu çok açık bir dille ifade ettiler. Onlar daha değişik, daha kapsamlı ve daha açık ilerleme istedikleri doğrultusunda net talepler ileri sürdüler. Ayrıca gericiler "düzeltme önerilerini" gerçekleştirmek için gerekli baskıyı nasıl örgütleyeceklerini de açıkca ortaya koydular. Buna karşılık Alman Sendikalar Birliği, DGB bu tür bir adımdan oldukça uzaktı ve tavrı en fazlasından çağrılar yapmaktan öteye gitmedi.

Bu hükümet açıklamasının "genelleştiricilerin" bir şah eseri olduğunu yazıyordu burjuva basın yorumcuları. Tabi ki bu da söz konusu yorumcunun siyasi parti çıkarlarına göre ya olumlu yöndeydi ya da alaycı bir tarzdaydı. Ve bu da genel hoşnutsuzluğun nedeniydi işverenlere göre. Kuşkusuz ki, bu da ancak şartlı olarak doğrudur.

Çünkü sorunu ilik ya da ikincil planda bay Dr. Kohl'un siyasi yeteneklerinin (ki, o BASF Denetleme Kurulu üyesi olarak bunların kötü olmadığını ispatladı) ne olduğu oluşturmuyor. Aksine sorunu ilk planda, bu sağ koalisyonda çeşitli siyasi akımların yer aldığı ve bunların kısmende çeşitli farklı çıkarların bekçiliğini yaptıkları oluşturuyor. Ve bunları birleştirmek için Kohl gibi bir genelleştirici hiçte kötü bir zemin oluşturmamaktadır. Nitekim bunun için de o başbakan oldu.

***Sorunu, onun, gerici politikanın her türüne yer verdiği hükümet açıklamasına baktığımızda daha açık bir şekilde görebilmekteyiz.** Onun 7 başlıca düşüncesinin 3 temel merkezi, gerici politikanın daha da keskinleştirilmesinin ana çekirdeğini ve çıkış noktasını oluşturmaktadırlar: "Ekonominin" güçlü kılınması, diğer bir deyişle işverenlerin kârlarının artırılması, (Yabancılar, kadınlar, gençler, sosyal yardım alanlar hariç, ...) "insancıl toplum" ve sözüm ona bir yılgınlığın yerine "Alman sorunun da gerçek bir politika."*

Bunun ardında hangi emellerin yattığını şu an hem CSU açıkca ortaya koymakta hem de sosyal hakların kısıtlanmasını hızlandıracak olan ve şimdi tartışılan "Stoltenberg Planı" gözler önüne sermektedir.

Yabancı düşmanlığına ve insan haklarının çiğnenmesine karşı protesto toplantısı

Nisan 1983'te Frankfurt'ta Federal Almanya çapında çeşitli insiyatifler, örgütler, şahıslar ikinci bir kez toplanarak, başlangıçta "Yabancılar Politikası ve İnsan Hakları" Mahkemesi olarak yapılmak istenen toplantının örgütlenmesini görüştüler. Bu buluşmada çeşitli öneriler yapıldı.

Daha sonra yapılan bir buluşmada ise "Yabancılar politikasının ve insan haklarının çiğnenmesinin açık yargılanması" adı altında üç gün süren bir toplantının yapılması kararlaştırıldı.

3-5 Haziran 1983 tarihleri arasında Frankfurt'ta yapılacak bu Mahkemede, çeşitli konular ele alınacaktır.

Örneğin kültürel gösterilerin yanı sıra, kurulan çeşitli çalışma gruplarında göçün nedenlerinden tut, yabancılar için siyasi haklar noktasına kadar olan konular tartışılacaktır.

Bu sayıda gazetemizin Almanca bölümünde yayınlanan toplantının çağrı bildirisini ve toplantının programını, gelecek sayıda Türkçe olarak da yayınlayacağız.

Toplantıya çağrıyı partimiz KPD de desteklemektedir.



Solingen'de 1 Mayıs coşkuyla kutlandı

Partimiz KPD MK'sinin 1 Mayıs'la ilgili yapmış olduğu çağrısına kulak vererek, gücümüz oranında Solingen'de DGB'nin düzenlemiş olduğu, 1 Mayıs yürüyüşüne katıldık. 1 Mayıs yürüyüşüne 400'den fazla yerli ve yabancı emekçi katıldı. Kitle tahminen saat 10.30'da yürüyüşe geçti. Yürüyüş boyunca düzenli olmasa da "yaşasın 1 Mayıs!", "yaşasın Uluslararası Dayanışma!" vb. sloganlar haykırıldı. Ve uzun sayılmayacak bir yürüyüşten sonra miting alanına gelindi. Miting alanında yapılan konuşmalardan sonra eylem son buldu. Daha sonra kitle alanı terk etti.

Eğer biz kültürel gösteri, müzik grubu vb. örgütleyebilseydik, kitle alanı hemen terk edip gitmezdi. Bu bizim bir eksikliğimizdir. Bunu önümüzdeki dönemde aşmaya çalışacağız.

1 Mayıs eyleminin gelişimini ve nasıl sonuçlandığına bir göz attıktan sonra, şimdi biraz da bizim eylemdeki tavrımıza değinelim. 1 Mayıs yürüyüşü için önceden istenilen derecede bir hazırlık yapamamıza rağmen bu yürüyüşe belirli bir gücü seferber edebildik, bu eylemde gazete satmak, bildiri dağıtmak vb. şeyleri en iyi bir şekilde yapmaya çalıştık. Bunların yanı sıra Türkçe-Almanca yazılmış olan KPD imzalı bir de pankart taşındı. Eylem genel olarak disiplinli ve mücadeleci bir hava içinde geçti. Bu eylem önemli tecrübeler bıraktı, ileriki eylemlerde yapabileceğimiz çok şeyler vardır. Bu sefer olan eksikliklerimizi ileriki eylemlerde tekrarlamamak için çalışacağız.

Partimiz MK'sının yapmış olduğu çağrıdaki şu talepleri bundan önce olduğu gibi, bundan sonra da yerli ve yabancı işçilerin uğruna mücadele sürdürmesi gereken taleplerdir:

★ İşsizliğe ve çılgınca silahlanmaya karşı!
★ Tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası!
★ Nükleer orta menzilli füzelerin yerleştirilmesine hayır!
★ Dönüşüm durdurulmalı!

Milliyetinden ve ırkından bağımsız olarak tüm işçilerin çıkarına olan bu talepler uğruna mücadele sürdürmek için haydi göreve! Yaşasın Uluslararası İşçi Sınıfının Birlik, Dayanışma ve Mücadele Günü, 1 Mayıs!

Solingen'den Bir Grup Yoldaş

Türkiye'de

Faşist cuntaya göre 20 bin siyasi tutuklu var!

Kenan Evren faşist cuntasının yaptığı açıklamaya göre Türkiye'de yuvarlak olarak 20 bin kişi siyasi görüşlerinden dolayı hapis yatmaktadır. Ankara'daki "Sıkıyönetim Koordinasyon Merkezi" bunların hepsinin "terörist suçlardan dolayı" hapis yattıklarını belirtmektedir. Yapılan açıklamada tüm tutukluların yarısının sol grup ve partilere dahil olduklarına, bunlardan 4 binin Kürt "ayrılıkçı örgütleri"nden oluştuğuna işaret edilmektedir.

Ankara'daki faşist cuntanın bugün sayısını resmi olarak 20 bin gösterdiği siyasi tutukluların sayısı 150 bini aşkındır. Ve onun "terörist" diye niteledikleri, açlığa, baskıya ve zulme karşı çıkan özgür bir düzen isteyen insanlardır. Faşist cuntaya göre hakkını arayan herkes bile bir "terörist"tir.

Diğer yanda onun Kürt ulusu üzerindeki baskılarının şiddetinin ne olduğunu, Kürt ulusundan insanlara karşı askeri mahkemelerde yapılan yargılamalar en açıklığıyla ortaya koymaktadır. Geçenlerde Diyarbakır'da yapılan bir duruşmada yargılanan 49 kişinin 7'si hakkında idam cezası, 42'si hakkında ise 3 ile ömür boyu hapis cezaları arasında değişen kararlar alındı. Yapılan her siyasi duruşmada olduğu gibi bunda da ana suçu, askeri diktatörlük tarafından yasaklanan bir Kürt işçi partisinin üyesi olmak oluşturuyordu.

Faşist cuntanın terörist metodlarına karşı özellikle Avrupa kamuoyunda yükseltilen yoğun eleştirileri hedefleyen Türk Dışişleri Bakanı İlter Türkmen tehditler savurdu. Belçika Uluslararası İlişkiler için Kırallık Enstitüsü'nün bir toplantısında Türkmen Türkiye'ye karşı "düşmanca tutum" son bulmalıdır dedi ve Türkiye'nin AET'ye tam üyeliğinin kabul edilmesini talep etti, aksi takdirde bunların NATO için olumsuz sonuçlarının olacağı tehditini dile getirdi.

Kızıl Şafak'a bağış kampanyasına katıl!

Hedef: 30 bin DM



Her gün her şeyin pahalılandığını duyuyoruz. Ancak buna karşılık Kızıl Şafak'ın fiyatı değişmemektedir. Bu tuhaf belirtinin nedeni, onun yayımcısı olan KPD'nin, haftalık komünist gazetesinin açığını kapatmasında yatıyor.

Tüm gerçek masrafları hesapladığımızda, Kızıl Şafak'ın bir adeti satış fiyatı olan 1 DM'ın iki katından daha fazla miktarda bir paraya mal olmaktadır. Bu masraflar, yazarlar ve yayın evinde çalışan diğerleri için ödenen ücretlerden başlayarak, Yazı Kurulu için gazete aboneleri ve ihtisas literatürü giderlerini, Kızıl Şafak'ın büro kirasındaki payını, kalörifer, cerayan ve telefon masraflarını kapsamaktadır. Diğer gider faktörlerini ise paketleme materyalleri ve posta ücretleri, defter tutma, ve tabiki dizgi, film ve basım masrafları oluşturuyor.

Gerçekten gerekli olan çok tesirli bir fiyat artışı, şu an var olan mevcut açığı, partinin Kızıl Şafak'a yaptığı "para yardımlarını" düşürmekle, önlenebilir. Bunun en iyi yolu, muazzam bir şekilde trajı yükseltmektir. Bu hem siyasi hem de ekonomik olarak en iyi yoldur. Ne var ki, önümüzde bulunan yaz ayları ve "pazarın" gerçek değerlendirilmesi, tek bir yol olarak bu yolun pek başarılı olacağını göstermiyor. Bunun için tüm yoldaşları, arkadaşları ve Kızıl Şafak okurlarını KŞ'ın açığını 30 bin DM düşürmeye katkıda bulunmak için bağış kampanyasına katılmaya çağırıyoruz. Böylece gazetenin fiyatının yükseltilmesi önlenmiş ve Kızıl Şafak'ın gerekli yayginlaştırılmasında "2 DM" engeli mani olmamış olur.

Bağışlarınızı şu hesap numarasına havale edin: KPD, 46 Dortmund 30
Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Konto-Nr. 321004547
ya da Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Konto-Nr. 6420-467